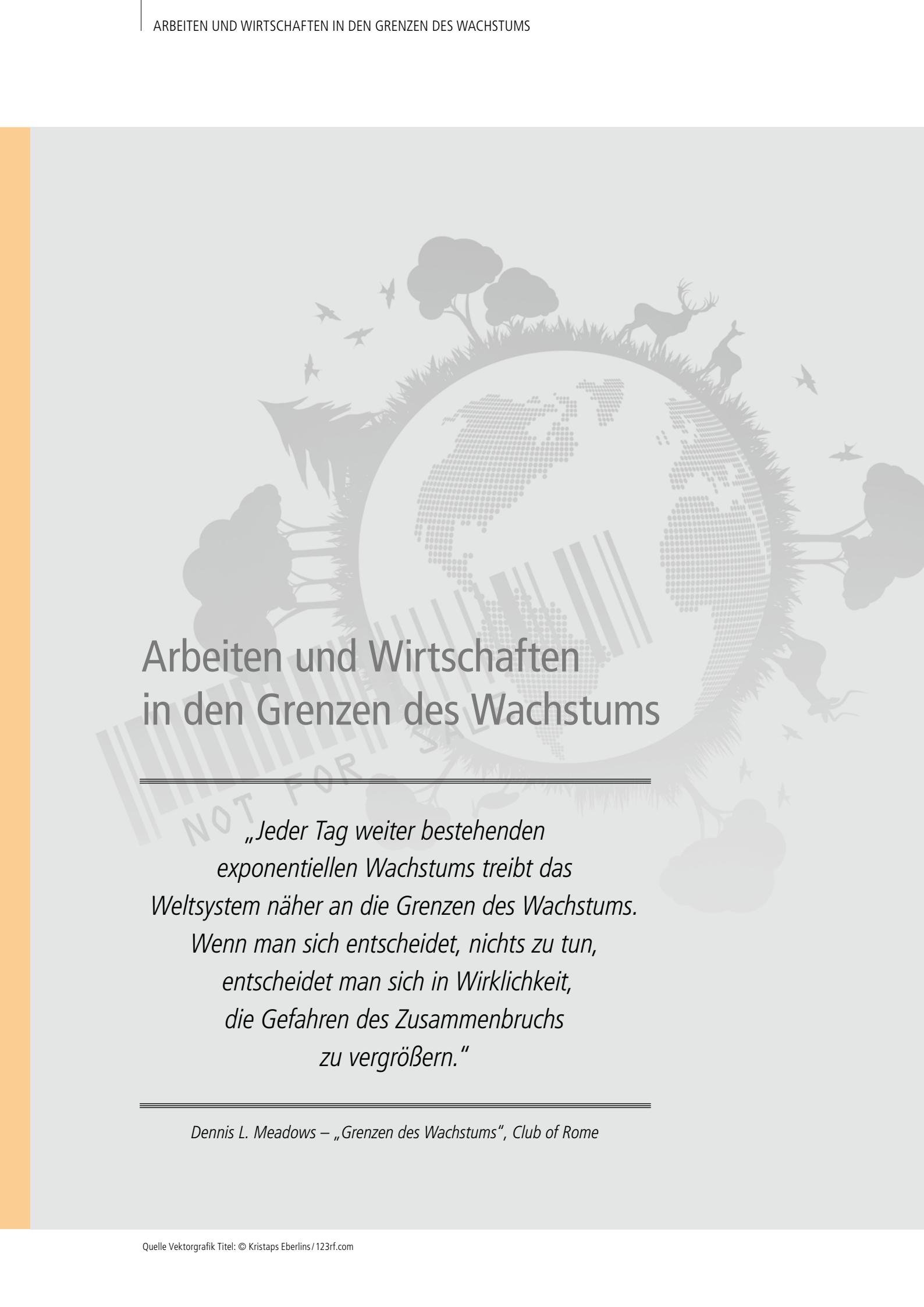




Arbeiten und Wirtschaften in den Grenzen des Wachstums

Die Rolle der Gewerkschaften in einer
ökologischen und sozialen Transformation.





Arbeiten und Wirtschaften in den Grenzen des Wachstums

*„Jeder Tag weiter bestehenden exponentiellen Wachstums treibt das Weltssystem näher an die Grenzen des Wachstums.
Wenn man sich entscheidet, nichts zu tun,
entscheidet man sich in Wirklichkeit,
die Gefahren des Zusammenbruchs
zu vergrößern.“*

Dennis L. Meadows – „Grenzen des Wachstums“, Club of Rome



Inhalt

Vorwort S. 4

Zahlen und Fakten: Teste Dein Wissen! S. 5

1 — EINFÜHRUNG: DIE GRENZEN DES WACHSTUMS

- | | |
|---|-------|
| 1.1 Wachstumswirtschaft als Ursache der Megakrisen: Der verschwundene Bäcker und das TV-Gerät auf dem Klo | S. 10 |
| 1.2 Imperiale versus solidarische Lebensweise: Gutes Leben für alle statt Dolce Vita für wenige | S. 16 |
| 1.3 Gutes Leben: „Würdige Arbeit ist fundamental im Guten Leben“ | S. 22 |

2 — AUS DEN GEWERKSCHAFTEN: FÜR EINE ÖKOLOGISCHE, SOZIALE UND DEMOKRATISCHE TRANSFORMATION

- | | |
|--|-------|
| 2.1 Ein breites Bündnis für ein neues Gesellschaftsmodell: „Ohne mehr Demokratie kann es auch keine Nachhaltigkeit geben!“ | S. 26 |
| 2.2 Vom Finanzmarktdiktat zu Wirtschaftsdemokratie: Derivate, Diesel und Demokratie | S. 32 |
| 2.3 Chancen einer Dienstleistungsökonomie: Entscheidend ist, was wächst | S. 39 |

3 — VON DER IDEE ZUR PRAXIS: ES GEHT AUCH ANDERS!

- | | |
|---|-------|
| 3.1 Solidarische Wirtschaft als Widerstand gegen den Bergbau: Vor dem Scheideweg | S. 44 |
| 3.2 Ernährungssouveränität statt Ernährungssicherheit: Raus aus der Sackgasse: eine demokratische Landwirtschaft für alle | S. 50 |
| 3.3 Emanzipierung von Arbeiterinnen im informellen Sektor: Kampf um die Infrastruktur | S. 54 |
| 3.4 Lebensgrundlagen als Gemeineigentum: Commons: Grundlage einer solidarischen Wirtschaft | S. 58 |
| 3.5 Die Demokratisierung des Wissens: Freies Werkzeug oder Ware | S. 62 |

Zum Weiterlesen S. 67



Vorwort

Es ist eine der großen Fragen unserer Zeit, vielleicht die drängendste: Wie können wir unsere Wirtschaft so gestalten, dass wir auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen eine global sozial gerechte Gesellschaft ermöglichen? Und wie erreichen wir den dafür notwendigen großen Wandel, der das Wohlergehen der Menschen und des Planeten auf dem wir leben in den Mittelpunkt stellt statt das Wachstum um jeden Preis? Nur allzu oft werden in der Diskussion ökologisches, faires Wirtschaften und Standortpolitik samt Arbeitsplätzen gegeneinander ausgespielt. Welche Vision haben wir als Gewerkschaften für eine Wirtschaft, die Wachstum nicht über alles stellt?

Wachstumsparadigma in einer Welt mit begrenzten Ressourcen

Zunehmend wird klar, dass die derzeitige Wirtschaftsweise ihre Grenzen erreicht hat. Täglich sehen wir die Auswirkungen: den Klimawandel mit all seinen Folgen; zur Neige gehende Rohstoffe und die Verwerfungen, die die Sicherung der letzten Vorkommen produziert; Verschmutzung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Meere, Süßwasser, Land, Luft; eine rapide Abnahme der Artenvielfalt unseres Planeten.

Gleichzeitig nimmt die soziale Ungleichheit weltweit zu, die Einkommen klaffen immer weiter auseinander. Global gesehen besitzen immer weniger Menschen einen immer größeren Anteil an eigentlichen Gemeingütern wie Land, Wohnen, Wasser, Bildung. Entsprechend gibt es immer mehr Menschen, die keinen Zugang mehr zu diesen existenziell wichtigen Ressourcen haben.

*Es besitzen immer weniger Menschen
einen immer größeren Anteil an Gemeingütern
wie Land, Wohnen, Wasser, Bildung.*

Zugleich geht die steigende Konzentration innerhalb der globalisierten Wirtschaft einher mit machtpolitischen Veränderungen: Sie hat Auswirkungen auf Entscheidungsstrukturen und demokratische Prozesse und beeinflusst damit auch die Mitsprachemöglichkeiten von Gewerkschaften, Arbeitnehmendenvertretungen und der Zivilgesellschaft.

Wer etwas verändern will, muss die internationalen (Macht-)Ungleichheiten in Frage stellen, nicht nur innerhalb von Gesellschaften, sondern auch global. Die vielfältigen Krisen und ihre Zusammenhänge zeigen deutlich, dass eine wirkliche, eine so genannte große Transformation nicht eindimensional ökonomisch sein kann. Sie muss einhergehen mit sozialen, ökologischen und politischen Veränderungen.

Eine große Transformation – was soll das denn sein?

Aber was versteht man eigentlich unter dieser großen Transformation? Und was haben wir als Arbeitnehmende, Gewerkschafter_innen und Bürger_innen damit zu tun? Diese Fragen müssen wir uns stellen. Wir wollen mit diesem Heft die Debatte wieder beleben, angesichts einer globalisierten Wirtschaft nach neuen – auch globalen – Antworten suchen. Welche Visionen haben wir, welche Antworten auf die drängenden globalen Probleme? Welche Rolle wollen wir als Gewerkschaften weltweit in einer wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und demokratischen Transformation spielen? Wie wichtig ist internationale Solidarität auf Augenhöhe angesichts einer wirtschaftlichen Globalisierung, die extreme Machtungleichgewichte geschaffen hat? Wir lassen Gewerkschafter_innen, Forscher_innen, Autor_innen und Vertreter_innen sozialer Organisationen aus verschiedenen Teilen der Erde zu Wort kommen, die sich diesen Fragen aus verschiedenen Thematiken und unterschiedlichen Perspektiven heraus zuwenden oder schon Alternativen leben.

Die Beiträge sind aus kulturell, politisch, historisch und wirtschaftlich sehr diversen Kontexten heraus entstanden. Dadurch sollen sie die historisch gewachsenen Themenfelder der Gewerkschaften um eine globale Dimension erweitern. Sie zeigen, wie die derzeitige Wirtschaftsform die zunehmende Ungleichheit weiter verstärkt, welche Auswirkungen sie auf die Natur, Soziales, demokratische Strukturen, lokale Ökonomien und gute Arbeit weltweit hat. Sie erzählen, wie regional unterschiedliche Alternativen und Strategien entwickelt und gelebt werden – oftmals als Form des Widerstands gegen das Wachstums- und Entwicklungsparadigma zum Wohle Weniger. Im Fokus stehen dabei immer wieder die vielfältigen Formen würdiger Arbeit und die Notwendigkeit einer Demokratisierung und internationaler Solidarität angesichts der aktuellen globalen Entwicklung mit ihren wachsenden Machtungleichgewichten.



Zahlen und Fakten – Teste dein Wissen!

Wenn alle Menschen auf der Erde so viele natürliche Ressourcen verbrauchen würden, wie ein(e) durchschnittliche(r) Deutsche(r), wie viele Erden bräuchten wir dann?

- a) Eher so 2 bis 3 Erden.
- b) Einen, mehr haben wir ja nicht.
- c) Wenn alle so umweltfreundlich wären wie die Deutschen, wäre die Erde nicht überlastet.

Hat der Ressourcenverbrauch in den letzten 20 Jahren weltweit ab- oder zugenommen?

- a) Abgenommen, da die Herstellung durch Innovationen effizienter geworden ist.
- b) Zugenommen. Da die Wirtschaft wächst, brauchen wir heute mehr als noch vor 20 Jahren.
- c) In etwa gleich: Der erhöhte Bedarf durch mehr Produktion und die verbesserte Effizienz gleichen sich ungefähr aus.

Wie hoch ist der Anteil des reichsten 1 Prozent der Bevölkerung am globalen Einkommen?

- a) Das reichste 1 Prozent verdient etwa halb so viel wie die ärmeren 50 Prozent der Weltbevölkerung.
- b) Er ist rund doppelt so hoch wie der der ärmeren Hälfte.
- c) Dreimal so hoch wie der Anteil der ärmeren Hälfte.

Wieviele Sklav_innen arbeiten für dich?

- a) natürlich keine
- b) keine Ahnung
- c) 40 bis 70

04

Womit misst man, wie gut es der Bevölkerung eines Landes geht?

- a) Mit dem Happy Planet Index.
- b) Mit dem Bruttoinlandsprodukt.
- c) Mit dem Human Development Index.

05

Was sind die Auswirkungen hoher sozialer Ungleichheit?

- a) Wirtschaftswachstum
- b) Sinkende Lebensqualität für alle

06



Antworten

1

a) Wir bräuchten 3 Erden.

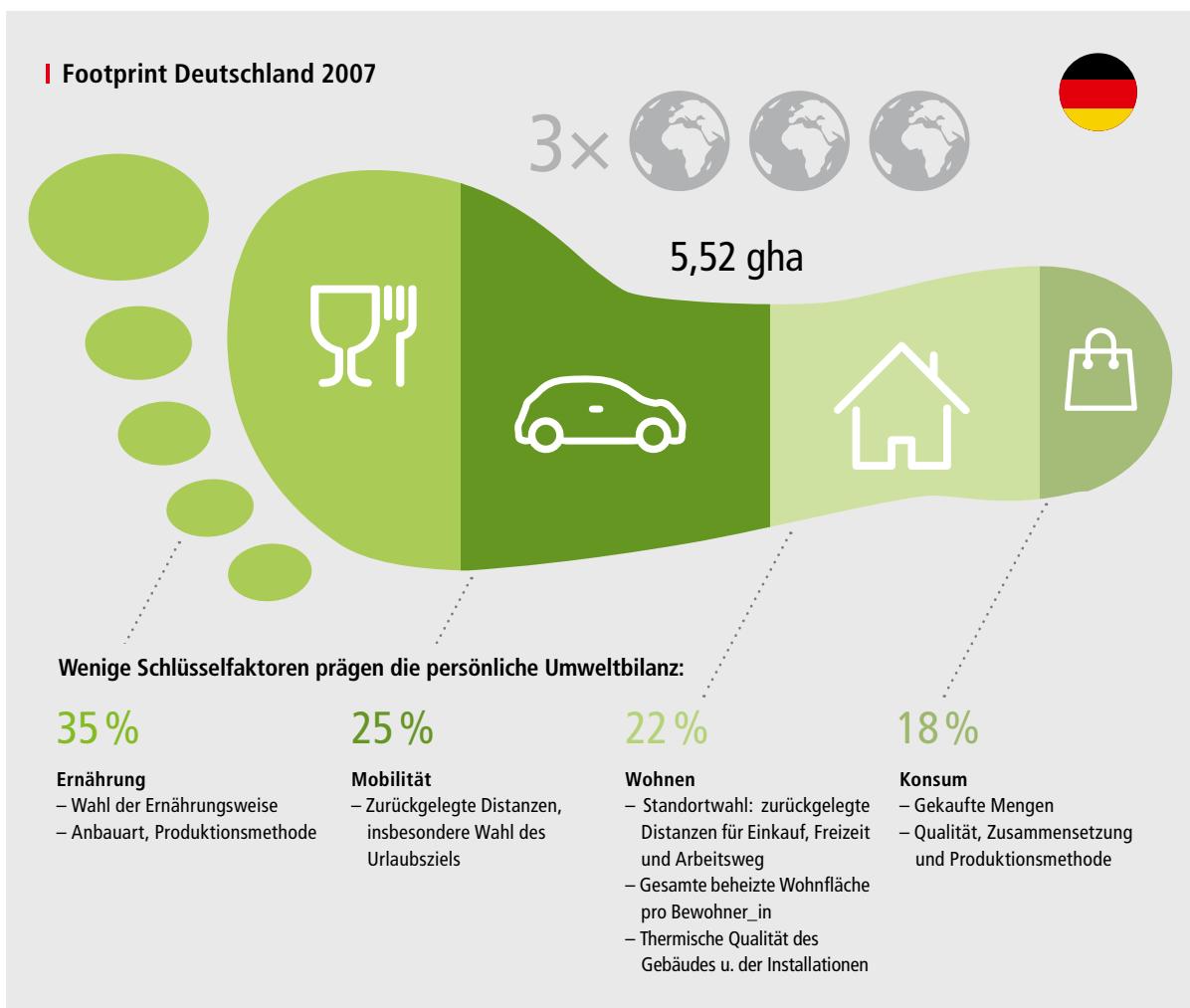
Wieviel Ressourcen verbrauchen wir im Vergleich zur Kapazität unseres Planeten? Das will der „ökologische Fußabdruck“ vereinfacht anschaulich machen. Damit die Erde sich regenerieren kann und wir nachhaltig und gut auf ihr leben können, sollte der ökologische Fußabdruck pro Erdenbewohner_in unter 1,7 globalen Hektar liegen. Ein Mensch in Deutschland braucht aktuell rund 5,4 globale Hektar zur Sicherung von Verkehr, Wohnen, Nahrung und anderem Konsum. Dabei ist der Verbrauch der natürlichen Ressourcen keineswegs gerecht verteilt: Einige Regionen der Erde leben schon heute auf Kosten anderer.

Unter fußabdruck.de könnt ihr euren eigenen ökologischen Fußabdruck schätzen! Mehr Infos auf S. 17.

2

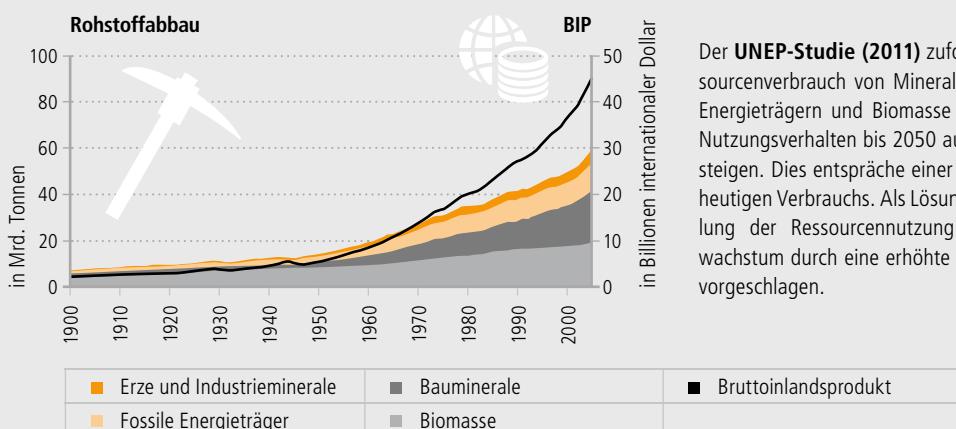
b) Zugenommen. Da die Wirtschaft wächst, brauchen wir heute mehr als noch vor 20 Jahren.

Zwar ist der Materialaufwand im Vergleich zum BIP kleiner geworden, und auch der Anteil an erneuerbaren Energien steigt. Dennoch: Der Gesamtverbrauch der Rohstoffe hat sich von 1980 bis 2005 mehr als verdoppelt! Die Auswirkungen des weltweiten run auf Rohstoffe – wie Erdöl, Gas, Metalle und seltene Erden – auf die Menschenrechte zeigen sich überall auf der Welt. Wir kommen nicht mehr um die Frage herum: Wie lange können wir noch wachsen, bis wir an die Grenzen des Planeten stoßen? Ist es überhaupt möglich, den Ressourcenverbrauch drastisch zu senken und gleichzeitig weiter zu wachsen, ihn also „vom Wachstum zu entkoppeln“? Können wir weitermachen wie bisher, nur eben etwas effizienter und umweltfreundlicher?





| Weltweiter Rohstoffabbau in Relation zum Ressourcenverbrauch von 1900 bis 2005



Der **UNEP-Studie (2011)** zufolge würde der Ressourcenverbrauch von Mineralien, Erzen, Fossilen Energieträgern und Biomasse bei unverändertem Nutzungsverhalten bis 2050 auf 140 Mrd. Tonnen steigen. Dies entspräche einer Verdreifachung des heutigen Verbrauchs. Als Lösung wird die Entkopplung der Ressourcennutzung vom Wirtschaftswachstum durch eine erhöhte Ressourceneffizienz vorgeschlagen.

3

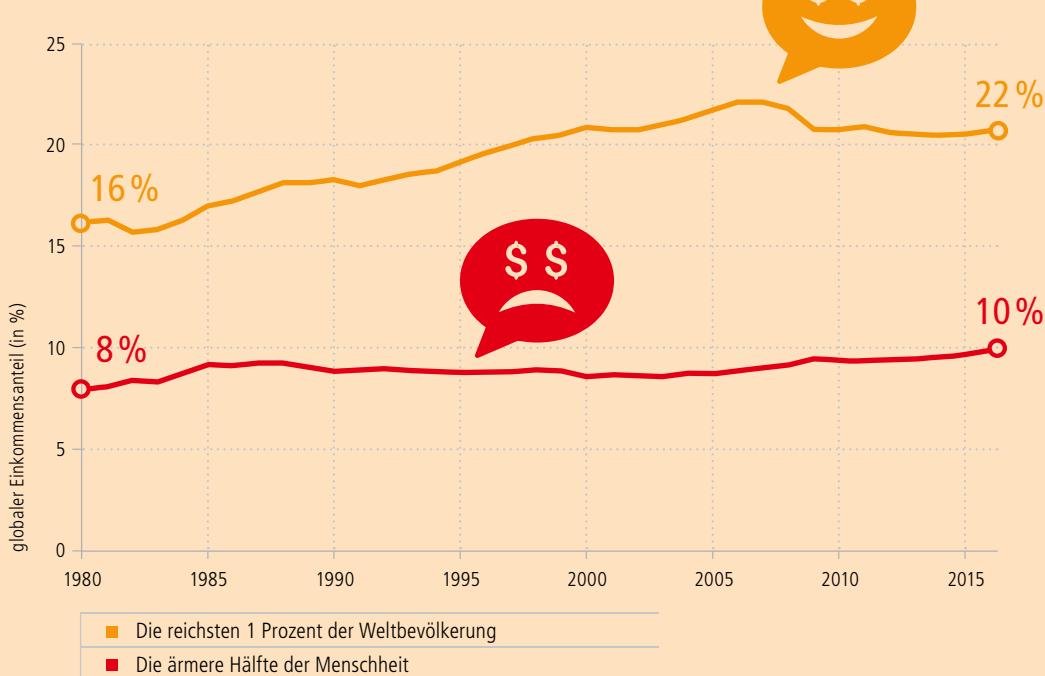
b) Er ist rund doppelt so hoch wie der der ärmeren Hälfte.

Das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung bekommt derzeit etwa doppelt so viel vom globalen Einkommen ab wie die unteren 50 Prozent. Das zeigt der Weltungleichheitsreport von 2018. Insbesondere in den letzten 30 bis 40 Jahren hat

die Ungleichheit stark zugenommen. Und während das Vermögen in privater Hand stetig gewachsen ist und sich dabei auf immer weniger Menschen verteilt, sinkt das Kapital der öffentlichen Hand.

→ <http://wir2018.wid.world/files/download/wir2018-summary-english.pdf>

| Der Anteil des obersten Prozents am globalen Einkommen im Vergleich zu den unteren 50 Prozent von 1980 bis 2016





4

c) 40 bis 70 Sklav_innen arbeiten für mich.

Weltweit werden fast 21 Millionen Menschen zur Arbeit gezwungen, 11,4 Millionen Frauen und Mädchen, 9,5 Millionen Männer und Jungen – auch in den Wertschöpfungsketten internationaler Konzerne. Außer der sogenannten modernen Sklaverei ist aber auch die Ausbeutung billiger Arbeitskraft eine Grundlage der neoliberalen Globalisierung. Unser Lebensstil bestimmt also, wie stark wir dazu beitragen, dass Menschen auf diese Weise ausgebeutet werden.

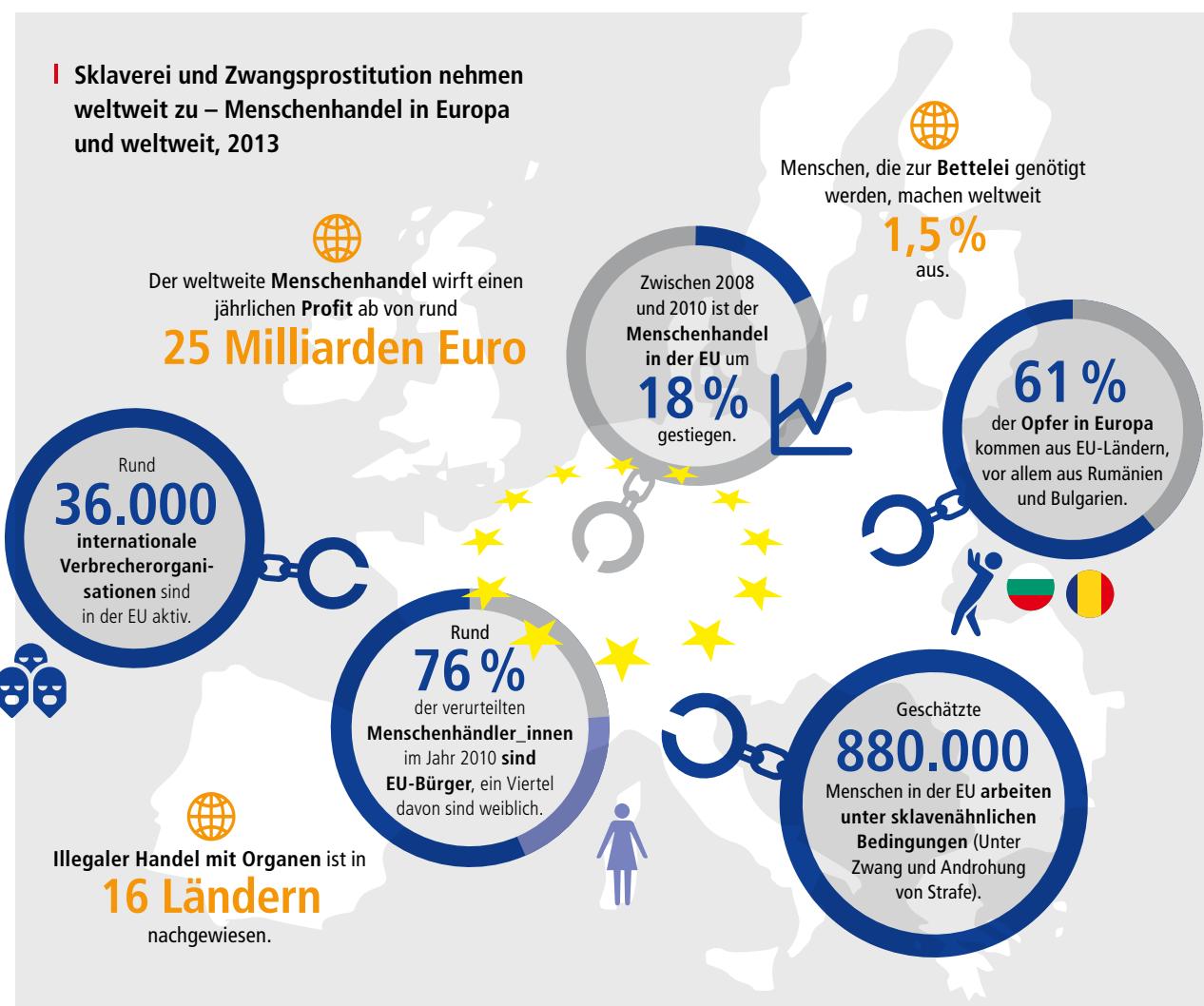
Auf slaveryfootprint.org kann jede_r sich individuell den eigenen Sklaverei-Fußabdruck errechnen lassen. Dabei erfährt man noch Details zum Thema – etwa dass Zehntausende Kinder in Indien unter unwürdigen Bedingungen Glitter herstellen, der Bestandteil von Make-up ist. Footprint-Tests im Umfeld der Redaktion ergaben übrigens Werte zwischen 40 und 70.

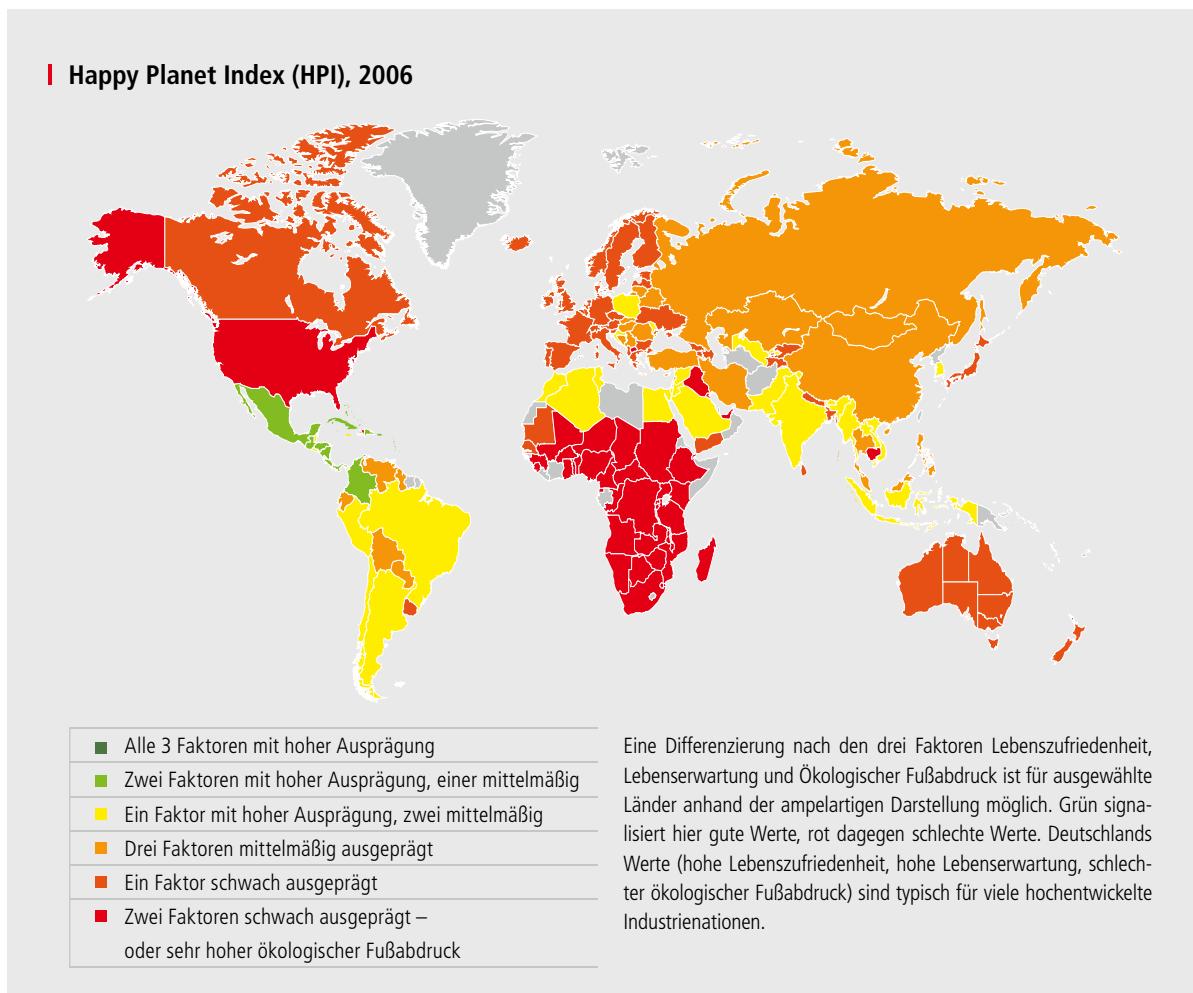
- a) Mit dem Happy Planet Index,
- b) Mit dem Bruttoinlandsprodukt,
- c) Mit dem Human Development Index.

5

Es kommt darauf an, was man unter Wohlstand verstehen will: Traditionell galt das BIP, also das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Wirtschaftsleistung eines Landes, als Maß aller Dinge. Da das BIP aber weder Bereiche wie Schattenwirtschaft oder Tauschhandel erfasst, noch einen Unterschied macht, ob mit dem Geld die Umwelt ausgebeutet wird oder Pflege finanziert wird, und es auch egal ist, wie sich das Einkommen verteilt, gilt dieser Index für die Wohlstandsmessung als überholt.

Der HPI (Happy Planet Index) und der HDI (Human Development Index) sind zwei Versuche, umfassendere Alternativen zu entwickeln. Der HDI berücksichtigt beispielsweise neben der Wirtschaftsleistung pro Kopf auch Lebenserwartung und





Bildung. Der HPI misst ebenfalls zusätzlich die Lebenserwartung, aber auch den ökologischen Fußabdruck.

Weiterlesen:

- <http://happyplanetindex.org>
- <http://hdr.undp.org/en/content/human-development-index-hdi>

Depressionen, Gewalt – und hohe gesellschaftliche Kosten für Gesundheit, Sicherheitspersonal, Polizei, Gefängnisse. Ausführlich aufgeschrieben haben das als erste die beiden britischen Gesundheitswissenschaftler Richard Wilkinson und Kate Pickett 2010 in ihrem Buch „Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind“.

6

b) Sinkende Lebensqualität für alle.

Dass große Ungleichheit in einer Gesellschaft zu mehr Wirtschaftswachstum führt, weil die Menschen am unteren Ende sich anstrengen aufzusteigen und die am oberen Ende, dort zu bleiben, gehörte lange zum Lehrbuchwissen der neoklassischen und neoliberalen Wirtschaftswissenschaften.

Tatsächlich tendiert die neuere Forschung dahin, dass große Ungleichheit in einer Gesellschaft zum einen Menschen in den ärmeren Schichten Stress macht, sie krank werden lässt, und zum anderen das Zugehörigkeitsgefühl in der gesamten Gesellschaft senkt und sie verrohen lässt. Das Ergebnis sind





1 — Einführung: Die Grenzen des Wachstums

1.1 WACHSTUMSWIRTSCHAFT ALS URSACHE DER MEGA-KRISEN

Der verschwundene Bäcker und das TV-Gerät auf dem Klo

Die Behauptung, dass stetiges wirtschaftliches Wachstum irgendwann allen Menschen Wohlstand ermöglicht, ist längst widerlegt. Die planetaren Grenzen sind erreicht, regelmäßig verbraucht die Menschheit mehr Ressourcen, als die Erde regenerieren kann. Trotzdem wird der Glaube aufrechterhalten, weil er ein Grundprinzip des herrschenden Wirtschaftssystems ist. Die Folge ist eine Vielzahl von Krisen, schreibt *Annette JENSEN* und erklärt, wie diese miteinander verwoben sind.

Es ist unübersehbar – wir steuern mit voller Kraft in Richtung Eisberg. Die Probleme spitzen sich rasant zu: Finanz- und Verschuldungskrisen, Ressourcenverbrauch, Artenschwund, Klimawandel, Kriege, über 60 Millionen Flüchtlinge weltweit, Spaltung der Gesellschaften. Die globalen Megakrisen sind unauflöslich ineinander verwoben – und haben alle einen engen Zusammenhang mit der Wachstumsnotwendigkeit des heutigen Wirtschaftssystems. Doch genau das wird tabuisiert.

Das Wesen des Kapitalismus ist Profitstreben und damit Konkurrenz: Wer oder was nicht wächst, muss weichen. Geld wird nur dann investiert, wenn am Schluss absehbar mehr herauskommt, als am Anfang aufgewandt wurde. Dabei sinken bei Massengütern die Preise. Die ersten Farbfernseher in den 1970er Jahren kosteten in Deutschland 2.500 Mark. Heute ist ein solches Gerät für ein Zehntel des Preises zu haben – und dabei ist die Inflation noch nicht mitberechnet. Der gleiche Trend lässt sich bei T-Shirts, Computern, Mixern, Waschmaschinen oder auch Flugreisen beobachten.

Wer billiger anbietet kann, macht das Rennen

Ein Großteil der Textil- und Elektronikindustrie ist vor Jahrzehnten aus Europa und den USA nach Asien und Lateinamerika verlagert worden. Jedes Mal, wenn die Löhne in einem Land stiegen, zog die Karawane weiter. In Bangladesch arbeitet eine Näherin heute bis zu 15 Stunden am Tag, nicht selten sieben



Oft arbeiten Näher_innen bis zu 15 Stunden am Tag, und gewerkschaftliche Organisation wird unterdrückt



Tage die Woche. Nur so kann sie genug verdienen, um das Allernötigste zu bezahlen.

Um bei sinkenden Verkaufspreisen trotzdem steigende Gewinne zu erzielen – und genau das erwarten die Aktionäre –, müssen die Hersteller laufend die Verkaufsmengen erhöhen. Am günstigsten ist es, in großen Fabriken riesige Mengen eines Produkts herzustellen und damit die gesamte Welt zu beliefern. Die taiwanesische Firma Foxconn produziert Laptops, Smartphones, Computer, Handys und Playstations im Auftrag von Apple, Microsoft, Sony, Nintendo, Nokia – 40 Prozent aller elektronischen Geräte weltweit. Dafür betreibt sie die größten Fabrikgelände weltweit, regelrechte Städte mit mehreren Hunderttausend Einwohnern. Über 1,2 Millionen Chines_innen sind unter unmenschlichen Bedingungen damit beschäftigt, die Kommunikations- und Unterhaltungselektronik zu montieren, die Verbraucher_innen auf allen Kontinenten mit sich herumtragen. CO₂-Emissionen, Luft- und Wasserverschmutzung durch die Produktion entstehen in China – die Klimabilanz der Hauptabnehmerländer bleibt davon unberührt.

Zehn Konzerne kontrollieren 85 Prozent des Lebensmittelmarktes

Wachstum und Konzentrationsprozesse gehen Hand in Hand: Die Marktbedingungen sind für große Betriebe günstiger als für ihre kleinen Konkurrenten: Sie müssen weniger Kreditzinsen bezahlen, haben niedrigere Einkaufspreise, weil sie so große Mengen abnehmen, sowie andere Vorteile – etwa beim Transport der großen Stückzahlen an Produkten. Wer kein Nischenprodukt im Angebot hat, wird über kurz oder lang von den Konzernen verschluckt. Das gilt sowohl für Industrie als auch für Landwirtschaft, Fischerei und Handel. Der Bäcker an der Ecke ist fast überall verschwunden – und Ketten wie Kamps in Deutschland machen das Geschäft. Das Gleiche gilt für Lebensmittelläden, Fluglinien oder Fastfoodanbieter, deren immer gleiche Logos inzwischen fast in jeder Weltmetropole zu finden sind. Ein besonders gefährlicher Vielfraß ist der US-Konzern Amazon, der sich den gesamten Einzelhandel weltweit einverleiben will.

Wer kein Nischenprodukt im Angebot hat, wird über kurz oder lang von den Konzernen verschluckt. Das gilt sowohl für Industrie als auch für Landwirtschaft, Fischerei und Handel.

Global kontrollieren heute zehn Konzerne 85 Prozent des Lebensmittelmarktes. Weniger als 800 Unternehmen vereinen 80 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung auf sich.

Die Macht Amazons

Unter reinen Onlinehändlern steht der US-Konzern Amazon schon längst weltweit an der Spitze. Aber seit 2017 gehört er auch zu den zehn größten Einzelhändlern der Welt. Das zeigt eine Studie der Beratungsgesellschaft Deloitte, die auf Zahlen von 2015 beruht. Spitzenreiter im weltweiten Einzelhandel ist demnach der US-Konzern Walmart mit einem Jahresumsatz von rund 482 Milliarden US-Dollar. Auch die Plätze zwei und drei werden von US-amerikanischen Unternehmen belegt. Auf Platz vier findet sich die Schwarz-Gruppe, die hinter dem Discounter Lidl steht, mit einem Umsatz von rund 94 Milliarden US-Dollar. Auf Platz acht liegt Aldi mit 82 Milliarden US-Dollar. Mit rund 79 Milliarden US-Dollar Umsatz schaffte Amazon erstmals den Sprung auf Platz 10.

Amazon erscheint immer wieder in den Schlagzeilen, weil dem Konzern Steuertricks vorgeworfen werden. Sowohl Beschäftigte und Gewerkschaften als auch Zulieferer klagen über schlechte Vertrags- und Arbeitsbedingungen. Datenschützer warnen vor der „Datenkrake“. Nicht zuletzt über die Sprachsteuerungs-App „Alexa“ sammle der Konzern immer mehr Kundendaten.



Alexa: „Die Fangarme der Datenkrake“ Amazon

Nicht die Nachfrage treibt das Wachstum an, sondern das Angebot

Dem einzelnen Manager ist das nicht vorzuwerfen: Das profitorientierte Wirtschaftssystem verlangt ständiges Wachstum. Wer aussteigen will, geht unter. Weil die Preise sinken, müssen immer größere Mengen auf die Märkte gedrückt werden.



Der Motor im Kapitalismus sind nicht Nachfrage und Bedarf, sondern Angebote: Ununterbrochen und in wachsender Geschwindigkeit müssen immer größere Warenmengen an Mann, Frau und Kind gebracht werden.

Der Motor im Kapitalismus sind nicht Nachfrage und Bedarf, sondern Angebote: Ununterbrochen und in wachsender Geschwindigkeit müssen immer größere Warenmengen an Mann, Frau und Kind gebracht werden.

Aber selbst wenn Fernseher demnächst für 50 Euro zu haben sein werden: Niemand will neben Wohn- und Kinderzimmern auch sämtliche Klos, Dachkammern und Heizungskeller mit TV-Geräten ausstatten. Um dennoch immer neue Apparate loszuwerden, konstruieren die Hersteller diese längst so, dass sie schnell kaputt gehen und nicht reparabel sind. Softwareinnovationen, die für viele Kund_innen und Nutzer_innen völlig überflüssig sind, machen Ersatzkäufe im IT-Bereich unumgänglich.

Braucht der globale Süden Wachstum, um aufzuschließen?

Anders als bei uns, wo die Kleiderschränke überquellen und die Nachfrage nach zusätzlichen Konsumgütern mit aufwändigen Werbekampagnen befördert werden muss, ist eine eigene Waschmaschine für viele Menschen in aufstrebenden Ländern

ein arbeitserleichterndes Novum, das ihnen nicht mühsam durch ausgeklügelte Marketingaktivitäten aufgedrängt werden muss. Tatsächlich sind in den vergangenen Jahrzehnten weltweit hunderte Millionen Menschen zu einem bescheidenen materiellen Wohlstand gekommen – vor allem in China und Indien. Der Ungleichheitsforscher Branko Milanovic hat eine Formel entwickelt, die Einkommen in Ländern mit unterschiedlichen Preisen vergleichbar macht. Er hat ausgerechnet: Nur ein jährliches Wirtschaftswachstum von 8,6 Prozent in China und 17 Prozent in Indien könnte verhindern, dass die Kluft zwischen Durchschnittspersonen in diesen Ländern und den USA weiter zunimmt.

Der Anreiz ist groß, in die reichen Länder zu ziehen

Ist es möglich, dass mittelfristig alle Menschen durch einen steigenden Wohlstandspegel mit nach oben getragen werden und die Armut nach und nach verschwindet? Nein. Das funktioniert weder im globalen Norden, noch im globalen Süden. Sowohl die Beschäftigten in der deutschen Autoindustrie als auch die in den Sonderwirtschaftszonen Chinas und sogar in den Nähhereien in Bangladesch verdienen mehr als die Menschen, die in der jeweiligen Landwirtschaft arbeiten. Doch das gesamte Konzept fußt auf einem weltweiten Unterbietungswettbewerb. Milanovic weist nach, dass Globalisierung tendenziell dazu geführt hat, die Unterschiede innerhalb der Länder zu erhöhen. Wo jemand in der weltweiten Einkommenspyramide steht, hängt aber immer noch zu 80 Prozent vom Wohnort und der Herkunfts-familie ab. Kein Wunder also, dass viele Menschen versuchen, irgendwie in die reichen Länder zu kommen.

| Der Rebound-Effekt am Beispiel der Automobilindustrie



VW Käfer

BJ 1955, 739 kg, 30 PS, 110 km/h, 7,5 l/100 km



VW Beetle

BJ 2005, 1.200 kg, 75 PS, 160 km/h, 7,1 l/100 km



Bei den Rohstoffen sind die planetaren Grenzen absehbar

Klar ist außerdem: Es gibt nicht genug Rohstoffe, um den Lebensstil der reichen Länder überall einzuführen. Schon heute werden Bodenschätze knapp, die beispielsweise zur Herstellung moderner Elektronik gebraucht werden. Die wachsenden Mengen an Kupfer, Eisen oder Platin sind nur mit immer größeren Umweltschäden zu gewinnen. So werden inzwischen auch Vorkommen abgebaut, die zu gewinnen vor einigen Jahren aufgrund ihrer geringen Konzentration noch unrentabel war. Und einige davon befinden sich in empfindlichen Ökosystemen oder den artenreichsten Gebieten der Erde.

Zwar ist der Materialaufwand für viele Einzelprodukte in den vergangenen Jahren deutlich gesunken – doch das Mengenwachstum überrollt jeden Einsparerfolg: *Rebound-Effekt* heißt das im Fachjargon. Recycling ist ebenfalls nicht genug: Selbst wenn theoretisch das gesamte eingesetzte Material wieder verwendet würde, was schon aus technischen Gründen ausgeschlossen ist, macht der Wachstumszwang einen permanent steigenden Abbau von frischen Rohstoffen notwendig.

Die digitale Welt ist nicht umsonst zu haben

Allerdings haben sich im Kapitalismus in den vergangenen Jahren neue, lukrative Geschäftsfelder entwickelt, deren Kernangebot nicht auf materiellen Gütern basiert: Daten gelten als das Gold des 21. Jahrhunderts. Google und Facebook sind binnen weniger Jahre zu Weltkonzernen aufgestiegen. Ihre Angebote sind scheinbar kostenlos – doch tatsächlich zahlen die Nutzenden mit detaillierten Informationen über ihre Interessen, Kontakte, Vorlieben und Probleme. In Zeiten, in denen kaum etwas so schwer zu gewinnen ist wie die Aufmerksamkeit, sind Firmen bereit, viel Geld für personalisierte Daten auszugeben, mit denen sie punktgenau Werbung platzieren können.

Selbst wenn theoretisch das gesamte eingesetzte Material recycelt würde, was schon aus technischen Gründen ausgeschlossen ist, macht der Wachstumszwang einen permanent steigenden Abbau von frischen Rohstoffen notwendig.

Ziel ist wie eh und je, eine vorher nicht vorhandene Nachfrage zu wecken. Zwar sind die Daten selbst ein immaterielles Gut. Doch ohne Hardware in Form von vielfältiger IT-Technik sind sie

nicht zu gewinnen, die Herstellung und Nutzung verschlingt Unmengen Energie. Und: Sie zielen erneut darauf ab, den Absatz von Produkten anzukurbeln. Auch wenn vieles, was es heute zu kaufen gibt, eine Dienstleistung ist, kommt fast keine ohne eine materielle Basis aus: Nur mit einem bestimmten Smartphone kann ich viele Apps erwerben, und ohne Flugzeug ist das Wellness-Angebot auf Teneriffa nicht in Anspruch zu nehmen.

Auf der Suche nach neuen lukrativen Geldanlagen

Acht Männer besitzen heute so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit. Damit die Reichen ihr Vermögen anlegen – und mehren – können, muss der Kapitalismus immer neue Märkte finden. Gemeingüter wie Bildung, Gesundheit, Kultur, Wasser und Gensequenzen sind zunehmend zu Waren geworden. Auf der Suche nach neuen Kapitalanlagen nach der Weltwirtschaftskrise 2008, gingen auch Millionen Hektar Land in Afrika, Asien, Osteuropa und Lateinamerika in den vergangenen Jahren ebenso in das Eigentum von Großinvestoren über wie ganze Wohnblocks in Großstädten.



Lebensbedingungen von Zwangsumgesiedelten in Kambodscha nach Landvergabe an private Investoren zur agro-industrielle Plantagenwirtschaft



Vor allem aber der Handel mit Aktien und anderen Wertpapieren ist geradezu explodiert. Binnen 20 Jahren wuchs die spekulative Geldwirtschaft um den Faktor 200, während sich die materielle Produktion nur verdreifachte.

Beliebt bei den Gewinnern im Börsenkasino ist es außerdem, produzierende Firmen mit dem einzigen Ziel aufzukaufen, sie auf kurzfristige Effizienz zu trimmen und nach wenigen Jahren deutlich teurer zu veräußern. Beispiele für eine solche Heuschreckenstrategie in Deutschland sind die Übernahme des Ökoklamottenherstellers Hess Natur oder der Autozulieferer Kiekert und Schefenacker durch Finanzinvestoren. Internationale Hedgefonds wie Bridgewater Associates oder eine Tochter von JP Morgan haben ausgeklügelte Handelssy-

steme entwickelt, um mit Derivaten und Leerverkäufen hohe Renditen zu erzielen. Und wozu? Damit am Schluss noch größere Zahlen auf ihren Konten stehen, die wieder irgendwo investiert werden wollen.

Die Schuldenkrise begann in den 1970ern

Weil die materielle Produktion schon in den 1970er-Jahren nicht mehr ausreichte, um all das Geld zu absorbieren, begann damals der Ausverkauf der Zukunft. Zunächst bekamen Entwicklungsländer hohe Kredite, was sie in eine Schuldenkrise führte und sie zwang, harte Strukturanpassungsprogramme durch IWF und andere Gläubiger zu akzeptieren. Später drängten die Banken auch Privatleuten ohne materiellen Be-



Traditionelle Verarbeitung von Reis und Getreide, zum Verkauf auf dem lokalen Markt bestimmt



sitz Darlehen auf, damit sie Häuser bauen und teure Konsumgüter anschaffen konnten. Das kurbelte zwar kurzfristig die Realwirtschaft an, führte aber 2008 zu einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Nun sind viele Länder und Personen über viele Jahre verpflichtet, den Gläubigern das Geld inklusive Zinsen zurückzuzahlen. Oft müssen sie sich dafür immer weiter verschulden – und so fressen sich die Ansprüche der Reichen immer tiefer in die Zukunft.

Klima- und Hungerkrise sind im gegenwärtigen Wirtschaftssystem unlösbar

Die Wachstumswirtschaft überfordert die Natur – und zerstört damit die eigenen Grundlagen. Seit knapp einem Vierteljahrhundert versucht die Menschheit, durch internationale Verhandlungen den Klimawandel in den Griff zu bekommen, doch der CO₂-Ausstoß ist immer weiter gewachsen. Die Regierungschefs streiten über die Verteilung von „Verschmutzungsrechten“, blenden aber die Wachstumswirtschaft als Ursache des ganzen Desasters aus.

Auch wurden große Anstrengungen unternommen, den Hunger zu bekämpfen. Doch im bisherigen Wirtschaftssystem wird er nie verschwinden. In vielen Ländern leben kleinbäuerliche Familien von ihren Erträgen. Sie verdienen zwar häufig nicht einmal die 1,90 US-Dollar pro Kopf, die die Weltbank als absolute Armutsgrenze definiert hat – aber viele von ihnen haben ausreichend zu essen. Was sie vor allem bedroht, sind der Klimawandel, Konzerne, die ihnen nicht vermehrbares Saatgut und Pestizide verkaufen, sowie Spekulanten und Großunternehmen, die sich ihre durchschnittlich ein bis zwei Hektar Land einverleiben wollen. Müssen die Kleinbauer_innen in die Städte ziehen, finden sie dort kaum ein Auskommen. Und selbst wenn sie mehr als 1,90 Dollar verdienen, ist ihre Lage meist deutlich schlechter als zuvor.

Die Regierungschefs streiten über die Verteilung von CO₂-Verschmutzungsrechten, blenden aber die Wachstumswirtschaft als Ursache aus.

Weil sich die Staaten finanziell nicht in der Lage sehen, das Hungerproblem zu lösen, sollen jetzt ausgerechnet die Reichen die Aufgabe übernehmen. Die Bill & Melinda Gates-Stiftung setzt dabei auf Gentechnik und mit Vitaminen angereicherte industrielle Lebensmittel von Großunternehmen. So wird der Hunger nie verschwinden.

Die Privatisierung der Weltrettung durch die Gates

Wenn der französische Präsident Emmanuel zum One Planet Summit nach Paris ruft, ist er dabei, bei der Sicherheitskonferenz in München, bei der UN-Vollversammlung: Microsoft-Gründer Bill Gates hat sich vom Software- zum privaten Weltrettungs-Monopolisten entwickelt. Instrument ist die Bill & Melinda Gates Foundation, mit fast 40 Milliarden US-Dollar die größte Privatstiftung der Welt. Jährlich fördert sie Projekte und Forschung zur Armuts- und Hungerbekämpfung, Landwirtschaft und Gesundheit mit rund vier Milliarden Dollar, Tendenz steigend.

Das hat dem laut dem US-Magazin „Forbes“ reichstem Mann der Welt zum einen Anerkennung gebracht, vor allem aber auch Einfluss auf Regierungen, Universitäten und die Vereinten Nationen. Melinda Gates, die der Stiftung gemeinsam mit Bill und dessen Vater William vorsitzt, wird in der gleichen Quelle als drittstärkste Frau der Welt nach der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und der britischen Premierministerin Theresa May geführt.



Melinda Gates

Wer Geld von der Stiftung bekommt, muss sich nach deren Vorgaben richten. Und die setzt auf öffentlich-rechtliche Partnerschaften und technokratische Lösungen: Den Hunger will sie mit Gentechnik und industriellen Lebensmitteln bekämpfen, die mit Zusatzstoffen angereichert sind. Dabei arbeitet sie auch mit umstrittenen Konzernen zusammen, etwa mit Monsanto oder Coca Cola. Bei der Bekämpfung von Krankheiten fließt das Geld statt in staatliche Gesundheitssysteme in die Forschung nach Impfstoffen. Das bringt ihr Kritik ein. Noch schwerwiegender ist aber, dass sie ihre Fördergelder in der Regel nur vergibt, wenn die jeweiligen Regierungen die Projekte kofinanzieren. Damit geben die Gates die Richtung von Forschung und Entwicklungsprojekten vor und binden öffentliche Gelder.



1.2 IMPERIALE VERSUS SOLIDARISCHE LEBENSWEISE

Gutes Leben für alle statt Dolce Vita für wenige

Nach wie vor bedient sich der Globale Norden an den ökologischen und sozialen Ressourcen des Globalen Südens. Denn ohne dessen Rohstoffe, billige Arbeitskräfte und biologische Senken könnten wir unsere Konsum- und Produktionsmuster nicht aufrechterhalten. Wie zerstörerisch diese Lebensweise ist, zeigen *Ulrich Brand* und *Markus Wissen*. Sie analysieren, welche Mechanismen und Akteure dahinter stecken, fordern ein neues, solidarisches Modell und entwickeln, welche Fragestellungen sich daraus für die Gewerkschaften ergeben.

Was ist imperiale Lebensweise?

Soziale Fragen sind häufig ökologische Fragen, und umgekehrt handelt es sich bei ökologischen Fragen vielfach um soziale. An den lauten und vielbefahrenen Straßen sind die Mieten günstiger, weshalb dort Menschen mit geringerem Einkommen leben. Industriell produzierte Lebensmittel sind häufig günstiger als lokal und ökologisch hergestellte. Insbesondere der Betrieb ist, wenn es etwa um Gefahren am Arbeitsplatz geht, der Ort von Nachhaltigkeitsrisiken – aber auch der Entwicklungspotenziale von Menschen.

Besonders deutlich wird der Zusammenhang zwischen sozialen und ökologischen Fragen in Ländern des globalen Südens. Vielen Menschen fehlt der Zugang zu sauberem Trinkwasser, Kleinbäuer_innen werden von ihrem Land vertrieben, damit die Konzerne auf Großplantagen Palmöl für die globale Lebensmittelindustrie anbauen können, die Arbeitsbedingungen beim Abbau von Gold oder Coltan für moderne High-Tech-Produkte sind ökologisch und sozial oft katastrophal. Und das sind nur einige Beispiele.

Die industriell gefertigten Lebensmittel, Autos oder High-Tech-Geräte sind in seinen Ländern nicht nur deshalb erschwinglich, weil die entsprechenden Industrien und damit die Beschäftigten so produktiv sind. Sie sind es auch, weil die Produkte selbst oder Vorprodukte eben unter oft so schlechten sozialen und ökologischen Bedingungen in den Ländern des globalen Südens produziert wurden. Viele Kosten unseres Wachstums- und Wohlstandsmodells werden also in andere Regionen ausgelagert. Wir bezeichnen das als „imperiale Lebensweise“, die im Grunde noch mehr ist: eine imperiale Produktions-, Lebens- und Arbeitsweise.

Viele Kosten unseres Wachstums- und Wohlstandsmodells werden in andere Regionen ausgelagert. Wir bezeichnen das als „imperiale Lebensweise“.

Die zunehmend globalen Produktions-, Distributions- und Konsumnormen sind tief im politischen, ökonomischen und kulturellen Alltag verankert. Ihre negativen Voraussetzungen und Folgen sind allerdings den meisten Menschen nicht bewusst oder sie werden ignoriert, die bestehenden Verhältnisse werden darüber normalisiert. Man sieht dem neuen Smartphone seine problematische Produktionsgeschichte nicht an.

Imperiale Lebensweise und Ungleichheit

Die imperiale Lebensweise, wie sie in Europa gelebt wird, ist eine statusorientierte Lebensweise, die nicht nur die Umwelt zerstört, sondern auch auf sozialer Ungleichheit basiert und die soziale Ungleichheit zugleich verlängert. Die Eliten und Mittelschichten haben nicht nur mit ihrem höheren Einkommen tendenziell einen größeren „ökologischen Fußabdruck“. Sie grenzen sich gegen die unteren Schichten auch bewusst ab, indem sie zeigen, dass sie sich aufgrund ihres hohen Einkommens ein Auto und viel Konsum leisten können. Damit schließen sie Menschen mit weniger Geld umso mehr aus. Ein anderer Bereich, in dem sich Ungleichheit ausdrückt, ist jener der Pflege. Menschen mit höherem Einkommen können auf Pflegekräfte zurückgreifen, die oft aus anderen Ländern wie Polen oder Ungarn kommen. Christa Wichterich spricht hier



Erdüberlastung: Von Fußabdrücken und Biokapazitäten

Mit dem Konzept des *Ökologischen Fußabdruck* lässt sich herausfinden, wieviel Fläche auf der Erde ein Mensch oder ein Unternehmen braucht, um seinen Lebensstandard beziehungsweise seine Art des Wirtschaftens aufrechtzuerhalten. Dabei geht es zum einen um die Flächen, die nötig sind, um Nahrung, Kleidung, Produkte oder auch die benötigte Energie herzustellen.

Zum anderen werden die Flächen miteingerechnet, die gebraucht werden, um den produzierten Müll zu entsorgen oder sogenannte Senken bereit zu stellen, die das freigesetzte Kohlendioxid binden, also etwa Bäume. Der ökologische Fußabdruck wird in globalen Hektar (GHA) ausgewiesen. Besonders aussagekräftig

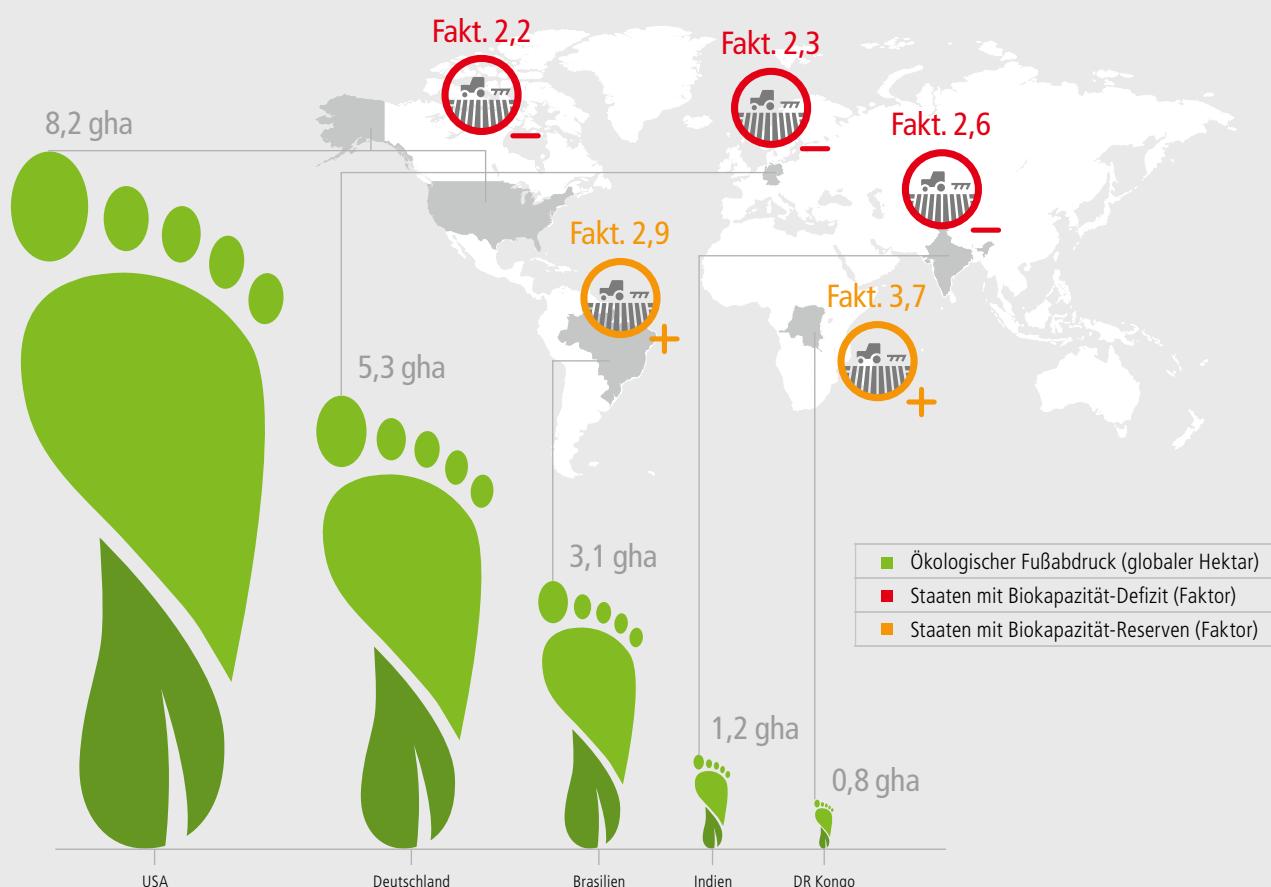
wird das Konzept, wenn man auch die sogenannten *Biokapazität* hinzunimmt. Das ist die Fähigkeit von Ökosystemen, nutzbringendes Material zu produzieren und von Menschen produzierten Abfall aufzunehmen.

Ein *ökologisches Defizit* entsteht, wenn der ökologische Fußabdruck einer Bevölkerung ihre verfügbaren biologisch leistungsfähigen Landflächen übersteigt. Umgekehrt existiert eine *ökologische Reserve*, wenn die biologisch produktiven Landflächen größer sind als der ökologische Fußabdruck der Bevölkerung.

Diverse Webseiten bieten Rechner, auf denen jede und jeder den eigenen Abdruck errechnen kann – etwa hier:¹

→ www.fussabdruck.de

I Ausgewählte Staaten mit ökologischem Fußabdruck pro Kopf und Biokapazität-Reserven bzw. -Defizit, 2012



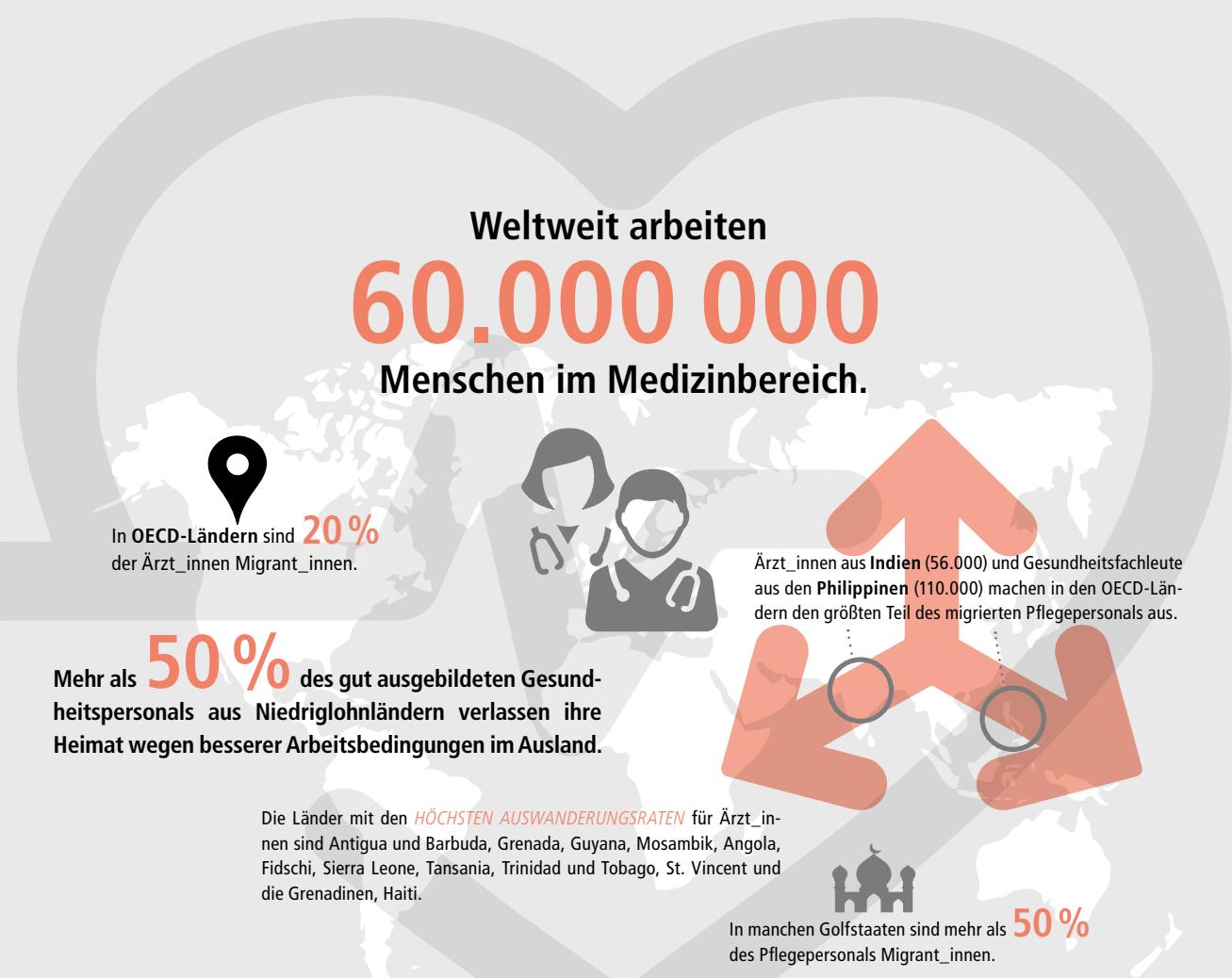


von einem „Sorgeextraktivismus“, der eben die Arbeitskräfte den anderen Gesellschaften entzieht, um hierzulande die Reproduktion zu gewährleisten.

Imperiale Lebensweise und Globalisierung

Die imperiale Produktions- und Lebensweise wurde in den letzten 30 Jahren tiefgreifend verändert – und zwar nicht in Richtung Solidarität und Nachhaltigkeit. Im Kern ist die Globalisierung eine kapitalgetriebene Umgestaltung der internationalen

Arbeitsteilung. Gewollt und betrieben wird diese Veränderung nicht nur von den transnationalen Unternehmen und Finanzmarkakteuren. Auch die Regierungen und Wirtschaftseliten der Süd-Länder haben ein Interesse daran, weil sie vom Export von Rohstoffen, Industriegütern oder Dienstleistungen profitieren. Die Investitionsbedingungen wurden über den Abschluss von Freihandelsabkommen oder die Einrichtung von freien Produktionszonen verbessert und Arbeits- und Umweltstandards dabei häufig missachtet, die Bildung von Gewerkschaften wurde erschwert oder gar offen unterdrückt. Insbesondere



Sorgeextraktivismus / Care drain

In der Nord-Süd-Debatte ist der Begriff „Extraktivismus“ schon seit längerem geläufig. Er meint die (Über)ausbeutung von – meist nicht nachwachsenden – Rohstoffen im globalen Süden für den Export in den globalen Norden, wobei nur ein geringer Teil der Wertschöpfung im Ursprungsland selbst bleibt. Traditionell geht es dabei um Ressourcen aus der Erde – wie Öl, Gas, Gold

oder andere Metalle – oder auch aus dem Meer – wie etwa Fisch. Es kann aber auch um die Migration von gut ausgebildetem Medizinpersonal aus ärmeren Ländern in die Industriestaaten gehen, die dann in ihrer Heimat fehlen. Dann spricht man von „Sorgeextraktivismus“ oder – angelehnt an die Migration von Fachkräften („Brain drain“) auch von „Care drain“.



schmutzige, also Umwelt und Menschen belastende, Industrien wie Aluminium-, Stahl- und Textilproduktion wanderten zuerst in andere Länder.

Die Investitionsbedingungen wurden über den Abschluss von Freihandelsabkommen oder die Einrichtung von freien Produktionszonen verbessert und Arbeits- und Umweltstandards dabei häufig missachtet, die Bildung von Gewerkschaften wurde erschwert oder gar offen unterdrückt.

Globalisierung bedeutet also eine Vertiefung der imperialen Produktions- und Lebensweise im globalen Norden – und ihre dynamische Ausweitung in manchen Ländern des globalen Südens. Sie hat bei Teilen der Bevölkerung Erwerbsarbeit und Einkommen geschaffen, allerdings ohne dass die konkreten Produkte oder Arbeitsbedingungen von den Beschäftigten gestaltet werden konnten.

Solidarische Lebensweise: Gutes Leben, Gute Arbeit

Die Kritik an den Kosten der Wachstumsmodelle kommt in der Regel nicht von den Regierungen und Unternehmen. Und auch nicht von den Beschäftigten in den Branchen und Betrieben: Diese kämpfen zuvorderst für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Das bedeutet zwar auch: für bessere Umweltbedingungen im Betrieb und um ihn herum. Oft sind sie aber nicht in der Lage oder auch nicht willens, darüber hinaus den globalen Zusammenhang zu erkennen. Denn dann müssten sie „ihre“ Branche und damit ihre Lebensgrundlage infrage stellen.

Deshalb kommt Widerstand zuvorderst von jenen, denen die Lebensgrundlage geraubt wird. Das sind Kleinbäuer_innen, indigene Völker oder von Vertreibung bedrohte Stadtbewohner_innen. Und angesichts der katastrophalen Umweltzustände in Städten wie Peking oder Dehli formiert sich auch dort Kritik.

Eine solidarische Produktions- und Lebensweise bedarf anderer, nicht zerstörerischer Formen der Bedürfnisbefriedigung: Ernährung und Wohnen und Kleidung, Mobilität und Kommunikation. Dafür wird es weiterhin Industriebetriebe, auch globale, und Großunternehmen geben, aber die einseitige Orientierung am Profit und kapitalistisch getriebenen Wachstum wird deutlich zurückgedrängt. Das Leitbild ist nicht mehr „Dolce Vita für wenige“, sondern „Gutes Leben für alle“.



Kann Geld jemals soziale Transformation fördern? – Salzburg Global Seminar zu Finanzierungsmechanismen, die den sozialen Wandel unterstützen

Das wird mit erheblichen Konflikten einhergehen, auch mit Veränderungen für die Mehrzahl der Menschen, die heute vielleicht nicht wünschbar sind, aber gelernt und damit zu neuen Gewohnheiten werden können. Eine solidarische Produktions- und Lebensweise ist im Kern eine solidarische Arbeitsweise. Das bedeutet zuvorderst Gute Arbeit für die Beschäftigten, also sinnvolle, materiell auskömmliche Tätigkeiten unter guten sozialen und ökologischen Bedingungen.

Was bedeutet das für die Gewerkschaften?

Man kann von den Beschäftigten der Automobilindustrie in China oder Deutschland kaum erwarten, dass sie ihre eigenen Arbeitsplätze abbauen. Umbauprozesse müssen gesellschaftspolitisch organisiert werden, die Macht von Kapital und Unternehmensleitungen muss eingehetzt werden, Alternativen sind auszuarbeiten. Die weitgehende Verfügungsmacht über den Produktionsapparat, damit über Investitionen, Arbeitsplätze und künftige Produkte ist weiterhin profitgetrieben und muss infrage gestellt werden.

Welche Rolle sollten die Gewerkschaften in diesem Prozess spielen? Zuvordest muss in zähen internen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen darum gerungen werden, dass sie sich auch verstärkt als Teil eines Umbauprozesses hin zu einer solidarischen Gesellschaft sehen – und nicht nur als Vertreter_innen der Kernbelegschaften. Es bedarf einer „Ökologie der Arbeit“ (Urban 2018), also eines genaueren politischen Verständnisses aktueller und notwendiger Entwicklungen und insbesondere ihrer globalen Dimensionen. Zentral ist es, die umfassende Reproduktion der Arbeitskraft, der Gesellschaft und der Natur zu ermöglichen, nicht die Reproduktion des einen auf Kosten des anderen. Zugespitzt: Umwelt- und Klassenfragen gehören zusammen.



Es bedarf einer „Ökologie der Arbeit“.

Zentral ist es, die umfassende Reproduktion der Arbeitskraft, der Gesellschaft und der Natur zu ermöglichen, nicht die Reproduktion des einen auf Kosten des anderen.

Die Auseinandersetzungen werden innerhalb von Betrieben, Belegschaften und Gewerkschaften stattfinden, aber nicht im luftleeren Raum. Sie sind Teil gesellschaftlicher Aufbrüche und Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie NGOs, sozialen Bewegungen, Kirchen und kritischer Öffentlichkeit. Es gibt in dieser Gesellschaft mehr Unbehagen an den Arbeitsbedingungen für viele Menschen, aber auch an der imperialen Lebensweise, als uns die dominante Öffentlichkeit glauben machen möchte.



Umbau bedeutet auch Rückbau

Soziales und nachhaltiges Wirtschaften bedeutet auch, problematische Branchen wie die industrielle Landwirtschaft oder den Automobilsektor zurückzubauen – selektiv und gesteuert. Die Automobilisierung der Welt kann so nicht weitergehen. Der aktuell viel diskutierte Umstieg auf Elektroautos wird nicht reichen, da auch deren Produktion enorme Ressourcen benötigt und der Flächenbedarf für den Verkehr weiterhin hoch bleibt. Der Rückbau des Automobilsektors kann nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen. Die Diskussion kann aber auch nicht einfach abgeblockt werden, indem man auf die Arbeitsplätze verweist.

Eine andere Arbeitszeitpolitik

Eine solidarische Lebensweise bedeutet nicht nur den selektiven Rückbau einzelner Branchen, sondern auch eine andere Arbeitszeitpolitik. Aktuell wird die Arbeit immer stärker verdichtet und prekarisiert, gleichzeitig haben viele Menschen keine Möglichkeit, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Letzteres ist aktuell in Deutschland und Österreich nicht so sichtbar, in vielen anderen Ländern dagegen schon. Und Gute Arbeit für ein gutes Leben für alle bedeutet auch, dass die vielen nicht-entlohnnten Tätigkeiten der Sorgearbeit sowie der gesellschaftlichen und politischen Arbeit aufgewertet werden müssen.

Rechte und rechtsextreme Wirtschaftspolitik ist neoliberal, die entsprechende Gesellschaftspolitik ist unsolidarisch und zerstörerisch. Dem gilt es ein solidarisches und attraktives Leitbild des Guten Lebens für alle und entsprechende Umbaustrategien in unserer Gesellschaft entgegenzusetzen.

Im Nord-Süd-Verhältnis (was EU- und Osteuropa impliziert) geht es darum, Kämpfe von Kolleg_innen um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und gegen ökologische Zerstörung zu unterstützen. Dazu muss aber auch hierzulande die Wettbewerbs- und Standortlogik auf betrieblicher und gesellschaftlicher Ebene hinterfragt werden, denn diese erzeugt in Ländern wie Griechenland enormen Druck und lässt viele Menschen verarmen.

Dazu kommt, dass jene Länder, die in der internationalen Arbeitsteilung vor allem die Rolle der Ressourcenlieferanten spielen und dem Wohl und Wehe der Nachfrage und der Preise

auf dem Weltmarkt ausgeliefert sind, stabilere Wirtschaften aufbauen können.

Zukunftsfragen und die Rechte

In der aktuellen Situation werden Fragen der Zukunft und politischen Leidenschaft vor allem von der politischen Rechten gestellt bzw. entfacht. Ihr Versprechen ist ein gutes Leben für wenige in den wohlhabenden Ländern (insbesondere für jene mit dem richtigen Pass). Doch von diesen Wenigen sollen dann besonders wenige, nämlich die Reichen, besonders viel haben. Rechte und rechtsextreme Wirtschaftspolitik ist neoliberal, die entsprechende Gesellschaftspolitik ist unsolidarisch und zerstörerisch. Dem gilt es ein solidarisches und attraktives Leitbild des guten Lebens für alle und entsprechende Umbaustrategien in unserer Gesellschaft entgegenzusetzen. So kann emanzipatorische Politik wieder zukunfts- und mehrheitsfähig werden.

Über Ulrich Brand und Markus Wissen

Ulrich Brand und Markus Wissen lehren und forschen an der Universität Wien bzw. an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR). Gemeinsam haben sie im März 2017 das Buch „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“ (oekom-Verlag München) veröffentlicht. *Ulrich Brand* gab gemeinsam mit Kathrin Niedermoser im November 2017 das Buch „Gewerkschaften in der Gestaltung einer sozial-ökologischen Gesellschaft“ (ÖGB Verlag Wien) heraus. *Markus Wissen* arbeitet im Arbeitskreis „Zukunft der Automobilindustrie“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit und hat jüngst mit Bernd Röttger einen Aufsatz über „ökologische Klassenpolitik“ veröffentlicht.



1.3 GUTES LEBEN

„Würdige Arbeit ist fundamental im Guten Leben“

Gutes Leben für alle – *Buen Vivir* – ist nur möglich, wenn die Natur vom Objekt wieder zum Subjekt wird, wenn Kooperation Konkurrenz und Suffizienz Effizienz als Grundprinzip ersetzen und die Beziehungen zwischen den Menschen – aus dem globalen Süden wie aus dem globalen Norden – auf Vertrauen und Respekt aufbauen. So umschreibt der ecuadorianische Intellektuelle *Alberto Acosta* im Gespräch mit *Sonja Gündüz* die Pfeiler eines Gesellschaftsmodells, in dem es nicht um eine alternative Entwicklung, sondern um eine Alternative zur Entwicklung geht.



Neues Konzept für das westliche Denken

*Sonja Gündüz, Nord | Süd-Netz: Alberto, was ist *Buen Vivir* oder „Das Gute Leben“ wie es auf Deutsch heißt?*

Alberto Acosta: Die Lebensweise, die Ideen des *Buen Vivir* wurden nicht an Universitäten entwickelt. Sie wurden auch nicht von einer politischen Partei entworfen. Sie kommen aus verschiedenen indigenen Gemeinschaften und haben eine lange Geschichte. Wie man in Harmonie miteinander und mit der Natur leben kann: Es gibt keine Modelle, keinen Masterplan,

wie man das konstruieren soll. *Buen Vivir* ist keine Entwicklungsalternative sondern eine Alternative zur Entwicklung. In dieser Hinsicht sind die Ideen, die Werte, die Erfahrungen und vor allem die vielen Praktiken mehr ein Erleben als ein in sich geschlossenes theoretisches Konzept, sozusagen eine Philosophie ohne Philosophen, die im Verlauf der Jahrhunderte weiterentwickelt wurde – und sie wird immer noch praktiziert.

Der Entwicklungsgedanke ist eng mit Wachstum verbunden. Warum nennst du das Gute Leben eine Alternative zur Entwicklung?

Die Entwicklung wurde zum großen Projekt aller politischer Kräfte, von rechts bis links. Entwicklung wurde zur globalen Aufgabe, wir haben uns mit Entwicklungstheorien, Entwicklungsprojekten, -plänen, -hilfe, -zusammenarbeit beschäftigt. Als wir die ersten Probleme erkannt haben, haben wir der Entwicklung so etwas wie einen Vornamen gegeben: Wirtschaftsentwicklung, soziale Entwicklung, nachhaltige Entwicklung, lokale Entwicklung, globale Entwicklung.

Doch nun haben wir festgestellt, es sind nicht die Wege zur Entwicklung, die das Problem ist, es ist die Entwicklung selbst: Entwicklung liefert keine Antworten auf die drängenden Probleme – Klimawandel, globale Ungleichheit, Ungleichheit innerhalb der Gesellschaften, die zurückgehende Biodiversität und andere. Es gibt auch immer noch Hunger, obwohl es genug Nahrung für die Menschheit gibt.

Sollen wir das durch immer mehr Wachstum lösen? Wir müssen akzeptieren, dass ständiges Wirtschaftswachstum in einer Welt mit begrenzten Mitteln nicht möglich ist. Es ist Wahnsinn! Wir müssen das hinter uns lassen. Nicht alle Menschen können so viel konsumieren wie die Reichen dieser Welt. Dies ist der Rahmen, in dem wir uns mit dem Guten Leben beschäftigen.



Was sind die Grundprinzipien des Buen Vivir?

Für diese Weltanschauungen spielt die Mutter Erde eine wichtige Rolle und das Leben in der Gemeinschaft. Im Gegensatz zu sogenannter Entwicklung, die einen Anspruch auf Universalität hat, können diese Vorstellungen nicht auf ein einziges Modell reduziert werden, das ist ein entscheidender Punkt. Aber alle stellen das Prinzip des harmonischen Zusammenlebens mit sich und mit der Natur in den Mittelpunkt. Die Individuen, die Gesellschaft, Gesellschaften miteinander.

Was heißt das genau?

Die Grundsätze des *Buen Vivir* wurden in die Verfassungen von Bolivien und Ecuador aufgenommen. Zwar bedeutet das nicht, dass sie schon in der Politik umgesetzt werden, aber sie sind politisch ausformuliert. Ich schlage drei Punkte als Grundpfeiler vor: Verbundenheit mit der Natur. Der Mensch ist Natur und Teil der Natur, die Natur muss sich nicht dem Menschen unterordnen. Ein konkretes Beispiel: Mit der Vermarktung der Natur werden sich die Probleme nicht lösen lassen. Wenn wir die Natur kaputt machen, machen wir die Grundlagen unserer Wirtschaft, unserer Gemeinschaftsleben, unseres politischen Lebens kaputt. Wir haben die Rechte der Natur in der Verfassung verankert: Die Natur vom Objekt zum Subjekt gemacht. Wie gesagt, dies ist noch nicht in die Praxis umgesetzt worden. Aber wie lange hat es gedauert, bis die Länder die Menschenrechte akzeptiert haben?

*Ein Grundpfeiler des Buen Vivir ist die:
Verbundenheit mit der Natur.*

*Der Mensch ist Natur und Teil der Natur,
die Natur muss sich nicht dem
Menschen unterordnen.*

Ein zweiter Punkt ist Gemeinschaftssinn, auf der Basis der Gemeinde. Natürlich gibt es globale Probleme und natürlich müssen sie global gelöst werden, aber bis die Mächtigen sich einigen und das umsetzen, können wir nicht zusehen wie die Welt zugrunde geht. Wir müssen uns organisieren, aber dafür brauchen wir andere Prinzipien, wie unsere Wirtschaft und Gesellschaft aussehen soll. Statt Egoismus Kooperation und Komplementarität; statt Wachstum Nachhaltigkeit; statt Profit Gegenseitigkeit, bessere Verteilung von Reichtum und Einkommen; nicht nur Effizienz, sondern auch Suffizienz, Maß halten: Wie viel ist genug, um gut zu leben, darüber müssen wir alle



Alternative zum Wachstumszwang – das *Buen Vivir* steht für ein harmonisches Zusammenleben mit sich und der Natur

gemeinsam diskutieren. In der Politik auf internationaler Ebene gibt es auch Beispiele: Entscheidungsfindung durch Konsens treffen, und zwar durch alle Mitglieder einer Gesellschaft, nicht nur Expertengruppen. Die Entscheidungsfindung dauert viel länger, aber sie ist dauerhafter.

Der dritte Grundpfeiler: Die spirituellen oder geistigen Beziehungen. Das hat nicht unbedingt etwas mit Religion zu tun, sondern dreht sich um die Frage: Wie sollen die Beziehungen zwischen den Menschen aussehen? Sie müssen auf Respekt, auf Freundschaft, auf Vertrauen basieren. Konkret geht es hier auch um eine gemeinsame Arbeit der Menschen aus dem globalen Süden und globalem Norden, denn die Probleme sind global. Dabei dürfen die unterschiedlichen Kulturen nicht idealisiert werden, auch in den indigenen Gemeinschaften gibt es Kapitalismus. Der Kolonialismus ist nicht zu Ende gegangen, als die Spanier vor 200 Jahren Lateinamerika verlassen haben. Bis heute fordern sowohl die neoliberalen als auch die progressiven Regierungen das Voranschreiten des Extraktivismus, der verbunden ist mit Konflikten.

In einer vergleichsweise kleinen indigenen Gemeinschaft kann man sich das gut vorstellen. Aber wie soll das etwa in Deutschland funktionieren?

Kann man diese Praktiken einfach übertragen? Ganz eindeutig nein. Aber wir können lernen, was die Grundideen vom Guten Leben sind, und vielleicht können sie uns helfen, unsere Gesellschaften zu überdenken und ein Gutes Leben für alle aufzubauen.



Als erstes müssen wir uns von dieser Wachstumsreligion befreien, die uns nicht mehr erlaubt, sie zu hinterfragen; wir glauben, dass wir durch Wachstum alles lösen können. Das ist Quatsch! Ab einem bestimmten Punkt sind die Menschen nicht mehr glücklicher, wenn sie mehr haben. Das ist das sogenannte Wachstumsparadox. Auch müssen wir uns fragen: Können wir durch immer mehr Welthandel die Probleme lösen? Nein, wir müssen die Externalisierung der Kosten unserer Lebensweise berücksichtigen. Zum Beispiel bei der Produktion von Nahrungsmitteln. Eine Tomate aus Chile kostet wenige Cent, obwohl sie 13.000 Kilometer Transport hinter sich hat, die Ausbeutung der Arbeiter_innen wird nicht berücksichtigt, ebenso wenig die Ausbeutung der Natur.

Die Umverteilung ist ein wichtiger Aspekt. Ohne Verteilung des Reichtums geht es nicht. Wenn wir von einem Post-Extraktivismus und Postwachstum sprechen, verteidigen wir nicht die jetzigen sozialen Verhältnisse. Die große Kluft zwischen Arm und Reich muss sich grundsätzlich reduzieren. Dafür brauchen wir kein Wachstum. Ich gebe Dir ein Beispiel: Das Erdöl im Amazonasgebiet Yasuni-ITT soll ausgebeutet werden, weil Ecuador das Geld braucht. Die Regierung spricht von 18 Milliarden US-Dollar für die nächsten 20 bis 23 Jahre auf Realwert gerechnet. Würde man die Steuern für die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung um 3,6 Prozent erhöhen, hätte der Staat mehr als das.



Umverteilung von Reichtum macht ausbeuterische Ölgeschäfte überflüssig

Wahrscheinlich müssen wir auch die Arbeit besser verteilen. Das soll nicht heißen, dass die Rechte der Arbeiter_innen beeinträchtigt werden, sondern dass sie für gleiche Löhne weniger arbeiten. Früher haben die Leute auch 48 Stunden pro Woche gearbeitet, und wie wir in diesen Tagen in Deutschland sehen, geht die Tendenz weiter nach unten. Wir müssen sehen, dass strukturelle Unterdrückung Teil des Kapitalismus ist. So wie das Kapital die Arbeit ausbeutet, ist auch die Unter-



Zum Konzept des Buen Vivir gehört auch eine besser verteilte, nachhaltige Arbeit, ohne Ausbeutung und Unterdrückung

drückung der Frauen und die Ausbeutung der Natur Teil der strukturellen Ausbeutung. Daher sollte jede Arbeiter_innenorganisation auch den Kampf für Gleichberechtigung sehr wichtig nehmen, ebenso die Ökologie.

So wie das Kapital die Arbeit ausbeutet, ist auch die Unterdrückung der Frauen und die Ausbeutung der Natur Teil der strukturellen Ausbeutung.

Welche konkreten Beispiele gibt es für eine Umsetzung?

Es gibt in Deutschland eine Vielzahl von Gruppen, die sich organisieren und beispielsweise neue Verkehrskonzepte für die Städte entwickeln, oder Ernährungsräte, die darüber nachdenken, wie man die Ernährung in der Stadt re-lokalisieren kann, oder es werden „Tage des Guten Lebens“ organisiert. Auch gibt es viele Genossenschaften, die eine solidarische Wirtschaftsform sehr konkret umsetzen in vielen Bereichen. Es gibt eine Menge konkreter Projekte. Bisher spielt sich viel auf kommunaler Ebene ab, oder in kleinen ökologischen Gruppen, einer Art Hippies am Rande der Gesellschaft. Aber was könnte passieren, wenn sich diese vielen interessanten Ansätze verbreiten, die in verschiedenen Teilen der Welt zu finden sind?



Stichwort Genossenschaften. Die „solidarische Wirtschaft“ ist ein wichtiger Teil von Buen Vivir. Wie könnte man diese vorantreiben?

Auch im globalen Süden gibt es eine ganze Reihe Genossenschaften, die sich auf einer solidarischen Basis organisiert haben. Man könnte beispielsweise eine Finanzpolitik vorantreiben mit besseren Bedingungen für Kredite – niedrigere Zinssätze und langfristigere Zahlungsziele –, die von Gemeinschaften aufgenommen werden, als von privaten Unternehmen. Oder auch eine öffentliche Beschaffung, die kleine Unternehmen und Genossenschaften fördert. So gab es beispielsweise in Brasilien den Ansatz, dass das Gemüse für das Schuleßen landesweit von den Kleinbäuer_innen aus der Umgebung geliefert wurde.

Ist würdige Arbeit weltweit auch ein Aspekt des Guten Lebens?

Aber natürlich, würdige Arbeit ist fundamental im Guten Leben. Eine würdige Arbeit an sich ist nicht nur die Basis für die wirtschaftlichen, sondern auch für die sozialen und die kulturellen Beziehungen einer Gemeinschaft. Aber Arbeit muss auch auf Reziprozität und guten Beziehungen mit der Natur beruhen. Und natürlich muss man auch berücksichtigen, dass es keine zu großen sozialen Unterschiede geben darf, und da gehören auch Löhne dazu: Die Löhne sollten auf einem relativ ähnlichen Niveau sein, auch etwa zwischen einem Unternehmensvorstand und einem Arbeitenden, auf jeden Fall aber

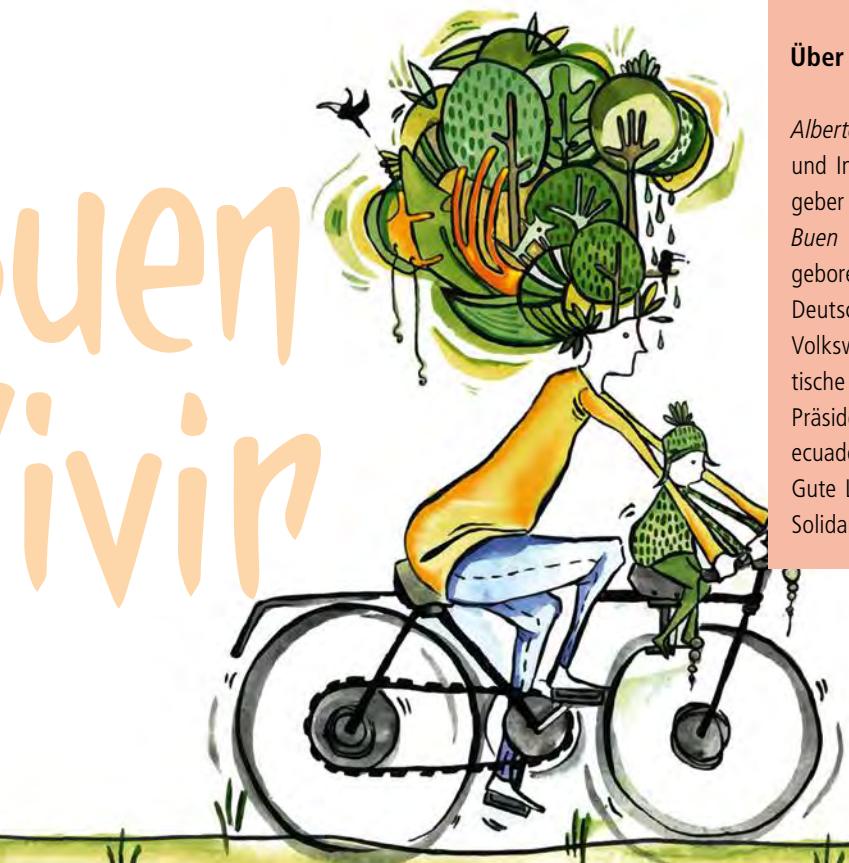
darf es keine Unterschiede zwischen Frauen und Männern geben. Und das erfordert natürlich bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für die Arbeiter_innen weltweit.

In Deutschland wird ja zu Recht gefordert, dass man von seinem Lohn würdig leben kann. Arbeiter_innen in armen Ländern haben genau das gleiche Recht, und das müssen wir anpacken. Die Gewerkschaften sollten dabei international solidarisch sein, sich dafür einsetzen, dass auch andere Arbeiter_innen in anderen Ländern sich organisieren können. Als deutsche Gewerkschaft sollte man nicht sagen: „das sind meine Rechte“, sondern: „das sind die Rechte der Arbeiterklasse der ganzen Welt“. Die deutschen Gewerkschaften müssen eine weltweite Betrachtungsweise in ihre eigene Politik integrieren, man muss die weltweiten Zusammenhänge sehen. Das bedeutet auch, sich selbst zu hinterfragen, beispielsweise die Waffen- oder Autoindustrie.

Wir brauchen eine neue Welt, eine Welt, in der wir alle in Würde und angemessen leben können. Meine Schlussfolgerung: Wir brauchen einen großen Dialog, wir müssen Brücken schlagen zwischen den Gemeinschaften, zwischen globalem Süden und Norden, wir brauchen eine große Veränderung in der Welt. Und wir können nicht warten, dass sie irgendwann einmal geschieht, dass die Mächtigen sich irgendwann einmal einigen, sie muss heute und hier anfangen. Es geht um nichts weniger als um das Leben unserer Enkelkinder. Und das besser zu machen, werden wir nur erreichen mit mehr Demokratie, nie mit weniger.

Über Alberto Acosta

Alberto Acosta ist Wirtschaftswissenschaftler, Politiker und Intellektueller, vor allem aber ein wichtiger Impulsgeber in Deutschland für die Verbreitung der Ideen des *Buen Vivir*, des Guten Lebens: 1948 in Quito, Ecuador geboren, verbrachte er einen Großteil der 1970er Jahre in Deutschland, wo er unter anderem ein Studium als Diplom Volkswirt abschloss. Später übernahm er diverse diplomatische und politische Ämter in und für Ecuador, und war Präsident der Verfassunggebenden Versammlung. Die ecuadorianische Verfassung schreibt unter anderem das Gute Leben, die Rechte der Natur und eine Soziale und Solidarische Wirtschaft fest.



Quelle Illustration: Buchtitel „Buen vivir – Vom Recht auf ein Gutes Leben“, Alberto Acosta, oekom verlag 2015



2 — Aus den Gewerkschaften: Für eine ökologische, soziale und demokratische Transformation

2.1 EIN BREITES BÜNDNIS FÜR EIN NEUES GESELLSCHAFTSMODELL

„Ohne mehr Demokratie kann es auch keine Nachhaltigkeit geben!“

Im derzeitigen Wirtschaftssystem werden die demokratischen Rechte und somit auch die der Beschäftigten systematisch unterhöhlt. Wir brauchen ein neues Geschäftsmodell, sagten sich die Gewerkschaften des gesamt-amerikanischen Kontinents. In einem kontinentalen Bündnis mit Kleinbäuer_innen, Frauen- und Umweltorganisationen kämpfen sie für eine nachhaltige Gesellschaft – wirtschaftlich, sozial, ökologisch und politisch. Kerngedanke: Das herrschende System und Demokratie sind absolute Gegensätze, aber ohne Demokratie gibt es auch keine nachhaltige Welt. Die Gewerkschaften müssen als wichtige Akteure für einen Wandel eintreten, sagt Victor Báez im Interview mit Sonja Gündüz. Aber sie müssen auch bei sich selbst anfangen.

Sonja Gündüz, Nord | Süd-Netz: Die dem amerikanischen Gewerkschaftsbund CSA angeschlossenen Gewerkschaften haben zusammen mit anderen Organisationen eine gemeinsame politische Strategie für den amerikanischen Kontinent erarbeitet, die sogenannte PLADA. Wie kam es dazu?

Victor Báez: Wir haben mit einem Forderungskatalog für arbeitnehmer_innenrelevante Themen begonnen, bei der wir die Ziele der Arbeitnehmer_innen für die Arbeitswelt schriftlich festgehalten haben. Doch dann wurde uns klar, dass das nicht genug ist, da die Durchsetzung der Rechte von Arbeitnehmer_innen vom *Entwicklungsmodell* in ihren jeweiligen Gesellschaften abhängt.

Daraufhin haben wir unter Beteiligung der Gewerkschaftsorganisationen von Kanada bis Argentinien begonnen, einen Ge genentwurf zum vorherrschenden Modell zu entwickeln. Daran haben sich auch einige nicht dem CSA angeschlossene Organisationen, andere Gewerkschaften aber auch verschiedene Umweltschutzverbände und Organisationen beteiligt, die sich für die Rechte von Frauen einsetzen.

Haben die Gewerkschaften aus den verschiedenen Ländern des amerikanischen Kontinents dabei nicht sehr unterschiedliche Interessen verfolgt?

Wir haben die Strategie für die Entwicklung Amerikas, kurz PLADA, sehr partizipativ entwickelt, und wir haben festgestellt, dass es auf diese Weise möglich ist, die Unterschiede zu überwinden. Auf dem amerikanischen Kontinent gibt es Gewerkschaftsorganisationen aus entwickelten Staaten wie den USA und Kanada, aus aufstrebenden Ländern wie Brasilien, Mexiko, Kolumbien, Argentinien oder Chile, aber auch wenig entwickelten Ländern wie Paraguay, Mittelamerika, Peru, Bolivien, und hier liegt mit Haiti auch eines der ärmsten Länder der Welt.

Ist es da möglich, in einem Dokument die Träume und Wünsche von Menschen, von Arbeitnehmenden aus all diesen unterschiedlichen Ländern mit ihren unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen wiederzugeben?

Ja, es ist möglich. Und genau das ist die PLADA, keine Bibel, sondern ein Dokument, das ständig weiterentwickelt und





verbessert wird. Die PLADA wurde den Regierungen Lateinamerikas vom ehemaligen Präsidenten Lula empfohlen, die chilenische Präsidentin Bachelet stellte sie in Chile vor. Auch in Argentinien wurde sie präsentiert, so wie auch in Uruguay vom damaligen Präsidenten Mujica und fünf seiner Minister. Auch in Mittelamerika haben wir mit verschiedenen Regierungen Gespräche zur PLADA geführt.

Was sind die Eckpunkte der PLADA?

Bei der Erarbeitung der PLADA haben wir uns Folgendes gesagt: Seit den Siebzigerjahren sprach man im Umweltbereich von Nachhaltigkeit, später dann von wirtschaftlicher und schließlich auch von sozialer Nachhaltigkeit. Und wir haben dem auch noch die politische Nachhaltigkeit hinzugefügt. Denn ohne mehr Demokratie wird es keine nachhaltige Welt geben.

Um eine nachhaltige Welt zu schaffen, braucht man eine Demokratie, an der die Menschen sich an den Entscheidungen über die natürlichen Ressourcen beteiligen können.

Um eine nachhaltige Welt zu schaffen, braucht es eine Demokratie, bei der die Menschen an den Entscheidungen über die Zukunft ihres Gemeinwesens direkt mitwirken können, sei es in der Stadt oder auf dem Land. Die Menschen müssen sich auch an den Entscheidungen über die natürlichen Ressourcen beteiligen können.



Eine Reform der Gewerkschaftsbewegung von innen heraus, hin zu mehr Demokratie innerhalb der Organisationen, ist ja auch ein Aspekt der PLADA.

Obwohl es meiner Auffassung nach in der Gewerkschaftsbewegung im Vergleich zu anderen Bereichen schon ziemlich demokratisch zugeht, brauchen wir auch da noch mehr Demokratie, beispielsweise bei der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen. Aber wir brauchen nicht nur mehr Demokratie nach innen, sondern mehr Demokratie in der gesamten



Gesellschaft, denn politisch betrachtet gibt es keine direkte Beteiligung und auch keine Demokratie.

Du sagst, dass die Durchsetzung der Rechte der Beschäftigten im vorherrschenden Entwicklungsmodell nicht möglich sei. Kannst du erklären, welche Umstände zur Entwicklung der PLADA geführt haben?

Mir ist bekannt, dass die Frage der Migration in Deutschland ein sehr heikles Thema ist. Ich glaube, dass die Gewerkschaftsbewegung weiter für die Gleichberechtigung von eingewanderten Arbeitnehmer_innen in den Aufnahmeländern sowie für das Recht auf freie Einwanderung kämpfen muss. Aber das alleine reicht nicht aus, denn sowohl die internationalen als auch die nationalen Gewerkschaftsbewegungen müssen auch für das Recht kämpfen, nicht auswandern zu müssen. Menschen, die in ein anderes Land auswandern, tun dies ja nicht aus Spaß oder weil sie dort Urlaub machen wollen, sondern weil ihnen ihre Länder nicht die Chancen bieten können, die sie woanders suchen. Diese Chancen müssen sie also auch in ihren eigenen Ländern finden.

Und warum bekommen sie diese Chancen nicht? Weil die dortige Wirtschaft nicht nachhaltig ist?

Ein Grund sind zum Beispiel illegale Geldflüsse: Jedes Jahr fließt laut dem Forschungsinstitut Global Financial Integrity eine Billion US-Dollar aus den Entwicklungsländern zu den Banken der entwickelten Länder und in Steuerparadiese. Das verursacht immer größeres Elend im Süden und nimmt den Menschen die Chance, in ihren eigenen Ländern bleiben zu können. Davon profitieren aber nicht die Beschäftigten in den entwickelten Staaten, und es schafft auch nirgendwo neue Arbeitsplätze. Wer profitiert, sind die Banken, ist die Finanzbranche, und die Spekulation nimmt zu. Dieses Geld stammt nicht nur aus dem Drogenhandel und anderen illegalen Aktivitäten. Von dieser Billion US-Dollar kommen 83 Prozent durch falsche Rechnungen im Welthandel, die man den großen transnationalen Unternehmen durchgehen lässt.

Welche Rolle spielt Korruption?

Oft heißt es, dass die Menschen im Süden im Elend leben, weil die Politiker korrupt sind. Das stimmt, es gibt Korruption



und die muss auch bekämpft werden. Aber wir dürfen auch die Augen vor dem Diebstahl in der Privatwirtschaft nicht verschließen, den Diebstahl, den multinationale Unternehmen Jahr für Jahr begehen. Wenn man genau hinschaut stellt man fest, dass die großen Privatunternehmen den Ländern mehr rauben als die Korruption im staatlichen Bereich. Beides muss bekämpft werden.

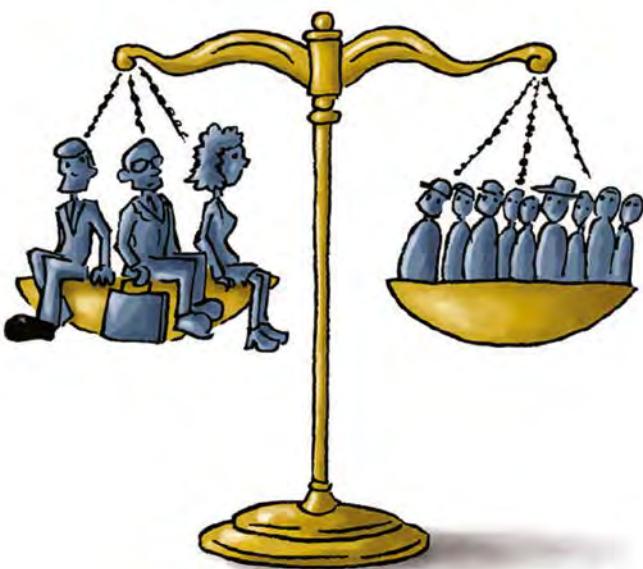
Wenn man genau hinschaut stellt man fest, dass die großen Privatunternehmen den Ländern mehr rauben als die Korruption im staatlichen Bereich.

Beides muss bekämpft werden.

Mexiko zum Beispiel ist weltweit das Land mit den drittgrößten illegalen Finanzströmen. Wenn Herr Trump statt einer Mauer für Menschen eine Mauer für diese illegalen Finanzströme zu den nordamerikanischen Banken errichten ließe, und wenn dieses Geld dafür verwendet würde, die Produktion zu diversifizieren und Chancen für Bildung, Arbeit und Gesundheit zu eröffnen, dann würden Millionen von Mexikaner_innen in ihrem Land bleiben, statt in die USA auszuwandern.

Was trägt der Wachstumszwang zu der Problemlage bei? Das ständige Bedürfnis nach Wachstum zieht es doch nach sich, dass immer neue Märkte erschlossen und mehr Bodenschätze ausgebeutet werden müssen.

Das neoliberalen Modell fordert von uns, weiterhin Rohstoffe zu exportieren. Das aber löst hier in unseren Ländern das Beschäftigungsproblem nicht. Wir brauchen eine ganzheitliche Politik, um Arbeitsplätze zu schaffen, die Beiträge zur Sozialversicherung zu erweitern und damit die sozialen Sicherungssysteme selbst zu stärken.



Bei der ILO hört man die Arbeitgeber-Vertreter_innen oft von der Notwendigkeit der Nachhaltigkeit in Unternehmen sprechen. Was wir wollen, ist eine nachhaltige Wirtschaft, dauerhafte Arbeitsplätze. Allerdings schaffen die großen Unternehmen nicht viele Arbeitsplätze. Nach Angaben der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik CEPAL schafft jede Direktinvestition von einer Million US-Dollar in einem Land des globalen Südens einen bis sechs Arbeitsplätze. Das bedeutet, dass mit jeder Investition in Höhe von einer Milliarde US-Dollar in einem beliebigen Entwicklungsland im besten Fall 6.000 Arbeitsplätze entstehen.

Anderseits weist die Wirtschaftskommission auch darauf hin, dass sich 60 Prozent der Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen befinden. Ich vermute allerdings, dass das nicht nur in Entwicklungsländern der Fall ist, sondern auch in Deutschland oder Spanien, vielleicht sogar in allen Staaten. Aus diesem Grund müssen wir uns fragen, ob wir zur Schaffung von Arbeitsplätzen hier nur auf ausländische Direktinvestitionen setzen sollten oder nicht vielmehr darauf, in unseren Ländern mithilfe von angemessener Finanzierung und Unterstützung kleine und mittlere Unternehmen zu fördern.



Unserer Auffassung nach ist das zweite richtig: Wir müssen kleine und mittlere Unternehmen fördern und unsere Produktion so diversifizieren, dass wir den Mangel an Arbeitsplätzen lösen sowie Missstände wie Kinderarbeit, fehlende soziale Sicherheit und ähnliche beseitigen können. Die sich entwickelnden Länder können nicht weiterhin nur vom Rohstoffexport leben.

Wie hängt das mit Umwelt und Demokratie zusammen?

Die Frage ist doch, wie diese multinationalen Unternehmen die Welt so wenig nachhaltig machen, nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, nicht nur aus sozialer Sicht, sondern auch unter Umweltaspekten. Die Unternehmen gehen dahin, wo die Investitionen sie am wenigsten kosten und wo sie die Bedingungen stellen können. Das tun sie, indem sie mit Hilfe ihrer Lobbyisten Gesetze durchsetzen, die auch die Umwelt immer weniger schützen.

Zudem machen nicht nur die großen Unternehmen, sondern auch das unproduktive Kapital die Welt immer weniger nachhaltig, auch politisch betrachtet. Es bestätigt sich immer mehr,



dass der Kapitalismus in seiner aktuellen Form und die Demokratie völlige Gegensätze sind. Viele europäische Intellektuelle sprechen sogar schon von einer „schwach ausgeprägten Demokratie“, also einer Demokratie, in der es zwar weiterhin Wahlen gibt, aber in der das Kapital immer weitgehendere Sonderrechte bekommt, womit die Rechte der Menschen ausgehöhlt werden.

Daher müssen wir in jedem einzelnen unserer Länder handeln, und zwar als Teil regionaler und globaler Bündnisse, um die Bestrebungen dieser großen Unternehmen einzudämmen, die in unserer Welt zu immer mehr Ungleichheit und größerem Elend führen und aufgrund derer sie unter allen Gesichtspunkten immer weniger nachhaltig wird.

Gibt es konkrete Beispiele, wie die Rechte von Arbeitnehmer_innen ausgehebelt werden?

Der Staatsstreich, der in Brasilien stattgefunden hat, ist das beste Beispiel dafür, was mit der Demokratie geschieht. Das war ein Komplott vieler Bereiche der Wirtschaft. Und was war konkret das Ergebnis? Die jetzige Regierung unter Temer, die nicht gewählt, sondern dem Land aufgezwungen wurde, entzieht Arbeitnehmer_innen alle Rechte. Zuerst erlaubt sie das Outsourcen aller Unternehmensaktivitäten, auch der Kerntätigkeiten. Außerdem will sie den Beschäftigten ihren verdienten Ruhestand nehmen. Daneben hat sie die staatlichen Ausgaben auf 20 Jahre eingefroren, das bedeutet zum Beispiel, dass es für Beschäftigte im öffentlichen Dienst 20 Jahre lang keine Lohn- und Gehaltserhöhung geben wird.

Das aber wird nicht nur hier in Brasilien Folgen haben. Viele andere Regierungen, wie etwa die von Argentinien, sagen, dass

man sich Brasilien als Beispiel nehmen soll. Das wird Folgen für den ganzen amerikanischen Kontinent haben – und möglicherweise nicht nur hier. Man schaue sich nur einmal die Einschnitte an, die es in Europa gegeben hat und die es hier gibt.

Um gegen dieses Entwicklungsmodell vorzugehen, sucht die CSA eine Allianz, einerseits zwischen den Gewerkschaften auf dem amerikanischen Kontinent, andererseits auch zwischen den Gewerkschaften und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft. Wieso beides?

Vor dem oben beschriebenen Hintergrund sagen wir vom CSA: Erstens, muss die Gewerkschaftsbewegung gestärkt werden, die in Lateinamerika und der Karibik aus verschiedenen Gründen stark zersplittet ist. Unter anderem aus politischen Gründen, aufgrund von Diktaturen oder dem Vorgehen von Unternehmen. Wir brauchen nicht immer mehr Gewerkschaften mit immer weniger Beschäftigten, sondern weniger Gewerkschaften mit immer mehr Mitgliedern. Zweitens brauchen wir Allianzen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, die die gleichen Träume und Hoffnungen haben wie wir und die genauso wie wir auf Ungerechtigkeiten reagieren.

Mit welchen Organisationen schmiedet ihr diese Allianz?

Zum Beispiel mit Organisationen der Kleinbauer_innen, der Landlosen, der Obdachlosen, mit feministischen Organisationen, Menschenrechtsorganisationen, Umweltschutzverbänden, Stadtteil-Initiativen... Um Veränderungen in dieser Welt zu bewirken, ist es Zeit, ein Netzwerk zu schaffen, das dafür stark genug ist. Wir Gewerkschaften alleine werden diese Veränderungen nicht herbeiführen können, denn es geht dabei um den Kampf gegen ein uns aufgezwungenes Herrschaftsmodell. Wenn man sich das Netzwerk anschaut, das die großen multinationalen Unternehmen weltweit geknüpft haben, so sieht man, dass dieses nur von einem anderen Netzwerk aus bekämpft werden kann: dem Netzwerk aus Gewerkschaften und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft, die für eine Veränderung dieses Modells kämpfen, eines Modells, das wir überwinden müssen, wenn wir eine nachhaltigere Welt wollen.

| Die vier Säulen der PLADA



„Wir Gewerkschaften alleine werden Veränderungen in dieser Welt nicht herbeiführen können, denn es geht dabei um den Kampf gegen ein uns aufgezwungenes Herrschaftsmodell.“



Aber all diese Organisationen verfolgen auch unterschiedliche Ziele. Was verbindet sie und welche Rolle spielen die Gewerkschaften?

Das neoliberalen Modell bringt Ungleichheiten hervor und das betrifft nicht nur die Arbeitnehmer_innen, sondern auch Kleinbauer_innen, Frauen, Kinder, die indigene Bevölkerung. Es ist ein Modell, das ausgrenzt, und das wirkt sich auf alle aus. Es untergräbt unsere Rechte, es führt zu einer Anhäufung von extremem Reichtum in den Händen sehr weniger Menschen und zur Verarmung weiter Bevölkerungsschichten, verursacht die Zerstörung der Umwelt und zerschlägt das Zusammenleben der Gesellschaft. Es führt zu Autoritarismus und Ausgrenzung, denn ohne das könnte es nicht überleben. Für uns ist diese gemeinsame Arbeit mit anderen Gruppierungen nichts Neues. So haben wir auch früher schon gearbeitet und so zum Beispiel dazu beigetragen, die gesamtamerikanische Freihandelszone zu verhindern.



Die globale neoliberalen Politik beschneidet Arbeitnehmer_innenrechte

Welche Strategien gibt es zur Stärkung dieser Netzwerke?

Zurzeit arbeiten wir weiter an der Stärkung des „Kontinentalen Treffens für Demokratie und gegen Neoliberalismus“. Dies ist ein Prozess, der vor zwei Jahren begann, also zehn Jahre nachdem wir gemeinsam die gesamtamerikanische Freihandelszone FTAA bekämpft haben. Wir vom CSA haben uns mit den anderen Organisationen zusammengesetzt, und stellten gemeinsam fest, dass wir unter einem heftigen Angriff des Neoliberalismus stehen, und dies geht einher mit einer starken Offensive multinationaler Unternehmen. Dagegen müssen wir vorgehen! Wir müssen weiter für die Demokratie kämpfen! Und zwar nicht nur für eine Verbesserung der repräsentativen Demokratie, sondern auch für die Stärkung einer partizipativen Demokratie.

Was heißt das nun für die Gewerkschaftsbewegung?

Die Gewerkschaftsbewegung muss national und international in Bewegung kommen, denn wir sind Arbeitnehmende, wir

sind Akteure der Entwicklung und können die Augen nicht vor dem verschließen, was geschieht. Wir müssen darauf aufmerksam machen was hier gerade passiert und dafür kämpfen, dass sich etwas ändert. Darin besteht die Rolle der Gewerkschaftsbewegung.

Weiterlesen: Zusammenfassungen, eine Comicversion und den Gesamttext der PLADA gibt es hier in verschiedenen Sprachen:
→ <http://csa-csi.org/Plada.asp?pageid=195>

Über Victor Báez und CSA/TUCA

Victor Báez ist Generalsekretär des (Gesamt)Amerikanischen Gewerkschaftsbundes CSA/TUCA. Dieser ist eine Regionalorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbunds IGB/ITUC. Er entstand im März 2008 als Zusammenschluss von 65 Gewerkschaftsdachverbänden des gesamten amerikanischen Kontinents und vertritt rund 24 Millionen Mitglieder. Er versteht sich als das „historische Vermächtnis der autonomen, unabhängigen, demokratischen, klassenorientierten, pluralistischen, solidarischen und kämpferischen Gewerkschaftsbewegung und verfolgt einen Ansatz, der auf einen „humanitären, nachhaltigen und solidarischen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprozess“ abzielt.“



Victor Báez



Über Sonja Gündüz

Sonja Gündüz ist aktuell Projektleiterin im DGB-Bildungswerk BUND und zuständig für Globales Lernen für Arbeitnehmende im Nord-Süd-Netz. Sie arbeitet seit einigen Jahren zu den Themen Ernährungssouveränität, Arbeitsrechte, Welthandel und Gutes Leben, insbesondere in Lateinamerika.



2.2 VOM FINANZMARKTDIKTAT ZU WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE

Derivate, Diesel und Demokratie

Statt Wirtschaften am Nutzen für Mensch und Natur zu orientieren, sind Kapitalertrag und Marktchancen im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus das entscheidende Kriterium. Beispiel ist der Diesel-Skandal: Obwohl er deutlich gemacht hat, dass das an der vom Shareholder-Value-dominierten Autoindustrie orientierte Mobilitätskonzept grandios gescheitert ist, wird etwa die E-Mobilität bereits wieder nach Finanzmarkt-interessen strukturiert. Um diese Bindung zu überwinden, ist eine sozial-ökologische Transformation unvermeidbar. Durchzusetzen ist diese aber nur mit der *Demokratisierung von wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen* – global, regional und im Betrieb. Dafür braucht es eine starke Gegenmacht, ein „mosaiklinkes Bündnis“, in dem die Gewerkschaften eine wichtige Rolle übernehmen müssen, analysiert Hans-Jürgen Urban und erklärt, welchen Herausforderungen sie sich dabei stellen müssen.

Dass wir in einer Zeit krisenhafter Umbruchs leben, ist offensichtlich: Kriegerische Konflikte zwischen Staaten, Glaubensgemeinschaften und ethnischen Bevölkerungsgruppen nehmen zu. Die Demokratien der kapitalistischen Welt geraten vielfach unter den Druck nationalistisch-rassistischer Bewegungen. Reichtum und Vermögen konzentrieren sich in den Händen weniger Superreicher, während der Kampf gegen Hunger und Ausbeutung in etlichen Weltregionen nicht wirklich vorankommt. Und schließlich spitzt sich der Antagonismus zwischen den vorherrschenden Wachstumsmodellen der Wirtschaft und den Nachhaltigkeitserfordernissen der Natur immer weiter zu.

(Finanz)Märkte sind das Problem, nicht die Lösung

Nicht die einzigen, aber wesentlichen Ursachen für diese Krisen sind die Funktionsmechanismen des Gegenwartskapitalismus. Kapitalistisches Wirtschaften orientiert sich nicht am Gebrauchswert von Gütern und dem Nutzen für Menschen und Gesellschaft, sondern an Marktchancen von Waren und maximaler Verwertung von privatem Kapital. Politische Entscheidungen richten sich oftmals nicht nach den Interessen der Bevölkerung, sondern folgen Marktzwängen sowie den Macht- und Gewinninteressen der Eliten. Und in den Öffentlichkeiten dominieren mitunter nicht demokratische Diskurse, sondern neoliberalen Dogmen, die Märkte und Konkurrenz als Lösungsmechanismen gesellschaftlicher Aufgaben propagieren.

Vor allem aber hat sich der Gegenwartskapitalismus zu einem globalen Finanzmarktkapitalismus entwickelt. Der Finanzsek-

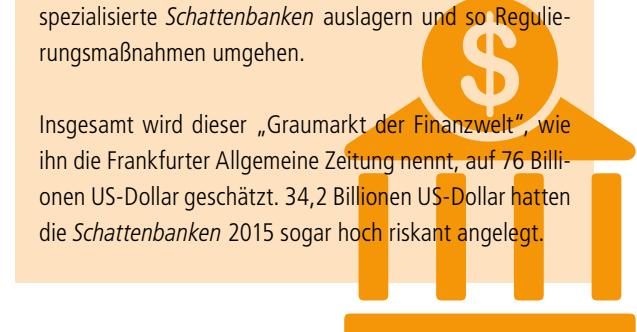
tor hat gerade in den schwach regulierten Sphären ein riesiges Ausmaß erreicht. Nicht Banken, sondern Versicherungen, Pensionsfonds und eine wachsende Zahl anderer Finanzvermittler haben zuletzt fast die Hälfte des gesamten Finanzvermögens auf der Welt bewegt – rund 149 Billionen US-Dollar.

Nicht Banken, sondern Versicherungen, Pensionsfonds und andere Finanzvermittler haben zuletzt fast die Hälfte des gesamten Finanzvermögens auf der Welt bewegt.

Schattenbanken – die Unregulierten

Zu den neuen Akteuren gehören auch *Schattenbanken*, die bankähnliche Funktionen wahrnehmen, also etwa Kredite vergeben, aber keine echten Banken sind und deshalb auch nicht der Regulierung für Kreditinstitute unterliegen. Regulierte Kreditinstitute können Geschäfte an spezialisierte *Schattenbanken* auslagern und so Regulierungsmaßnahmen umgehen.

Insgesamt wird dieser „Graumarkt der Finanzwelt“, wie ihn die Frankfurter Allgemeine Zeitung nennt, auf 76 Billionen US-Dollar geschätzt. 34,2 Billionen US-Dollar hatten die *Schattenbanken* 2015 sogar hoch riskant angelegt.





Hedgefonds – die Hochspekulativen

Wichtige Player sind auch *Hedgefonds*, die wenigen oder gar keinen Anlagerestriktionen unterliegen. Das Geld der Anleger_innen kann nicht nur in Aktien oder Anleihen investiert werden, dem Fondsmanagement stehen auch derivative Finanzinstrumente zur Verfügung. „Derivativ“ heißt „abgeleitet“, das bedeutet, dass sich diese Finanzinstrumente danach richten, wie die Kurse bestimmter anderer Investments schwanken. Mit ihnen lassen sich Wertverluste absichern – oder Spekulation betreiben.

Auch *Leerverkäufe* können die Fondsmanager tätigen: Dabei verkaufen sie Wertpapiere zu einem späteren Termin, die sie zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gar nicht besitzen. Insgesamt gelten *Hedgefonds* als Fondstyp, der mit hochspekulativen Anlagetechniken arbeitet.

Die weitgehend ungebändigten Finanzmärkte destabilisieren nicht nur die Finanz- und Realwirtschaft. Sie wirken in nahezu alle Felder der Gesellschaft und Politik hinein – nach eigenen Interessen und gegen alle Regeln der Demokratie. Institutionelle Investoren besitzen große Teile von Unternehmen und setzen durch, dass sich deren Strategien am Shareholder Value orientieren, also daran, wie am meisten für die Anteilseigner rauspringt. Mit ihrer politischen Lobbymacht setzen sie Staaten unter Druck, um die Privatisierung von sozialen Sicherungssystemen und Steuerprivilegien durchzusetzen.

Symptom Diesel-Skandal

Zur Lösung vieler der existierenden Probleme erweist sich eine öko-soziale Transformation als unverzichtbar. Dazu müssen die Regeln des Finanzmarktkapitalismus überwunden werden. Zweifelsohne ist dabei der *ökologische Umbau der Industrie* und damit des Automobilsektors eine Schlüsselaufgabe. Zu befürchten ist, dass der Diesel-Skandal des Jahres 2017 lediglich den Auftakt eines erzwungenen und krisenvermittelten Umbruchs markiert.

Die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, sind dabei, sich auf die Höhe der Herausforderung hinaufzuarbeiten. Diese Aufgabe muss in einer Periode gemeistert werden, in der die Automobilindustrie rasend schnell an Anerkennung und Ansehen verliert. Die Autokonzern-Vorstände sind mit ihrer Strategie, so zu tun, als ginge es weiter wie bisher, desaströs gescheitert.

Wie eine öko-soziale Transformation aussehen muss

Eine öko-soziale Transformation, die den Interessen von Arbeit, Gesellschaft und Natur gerecht wird, muss sich an vier Strategiezielen orientieren. Dabei werden immer wieder Zielkonflikte auftreten, die zu meistern sind:

- 1** *Ökologische Nachhaltigkeit* im Sinne einer naturverträglichen Produktion, Verteilung, Verwendung und eines Recyclings der Mobilitätsvehikel.
- 2** *Beschäftigungspolitische Nachhaltigkeit* im Sinne eines sozial gesteuerten Umbaus, der Beschäftigung in der zukünftigen Automobilindustrie sichert und zugleich adäquate Perspektiven für die eröffnet, deren Arbeitsplätze nicht erhalten werden können.
- 3** *Gute Arbeit* im Sinne arbeitspolitischer Interventionen, die auf Erhalt von Gesundheit und Beschäftigungsfähigkeit sowie auf die Eröffnung von Qualifikations- und persönlichen Entwicklungsperspektiven zielen.
- 4** *Wettbewerbspolitische Nachhaltigkeit* im Sinne einer politischen Regulierung des Transformationsprozesses, der die ökonomischen Markt- und Konkurrenzwünsche nicht ignoriert, ihnen gegenüber aber die Bedarfe von Arbeit, Gesellschaft und Natur zur Geltung bringt.

Die Ausbuchstabierung einer solchen Strategie ist ein Unterfangen, das nur innerhalb von konfliktreichen Diskurs- und Aushandlungsprozessen zu meistern sein wird. Das zeigt sich beispielhaft schon beim Ausbau des elektro-mobilen Anteils eines neuen Mobilitätskonzeptes.

Der Finanzmarktkapitalismus ist schon dabei, den Sektor der expandierenden Elektromobilität nach seinen Regeln zu strukturieren. Das heißt: Globale Elektromobilität wird als neues, äußerst lukratives Geschäftsfeld entwickelt. Gefragt, ob mit dem krisenvermittelten Umbruch in der Automobilindustrie nicht die Stunde der Finanzinvestoren schlagen könnte, antwortet Christian Kames, Deutschland-Chef für das Investmentbanking bei JP Morgan im August 2017 in einem Interview mit dem Handelsblatt: „Da bieten sich in der Tat jetzt Chancen. Für diejenigen Private-Equity-Gesellschaften, die Erfahrungen im Bereich Automotive haben, gibt es jetzt durchaus Chancen, sich günstig einzukaufen.“ Auch Analysten und Wirtschaftsmedien empfehlen in Unternehmen zu investieren, die mit der Beschaffung und Verarbeitung von Lithium, Kobalt, Grafit und



BÖRSE

Verkehrswende aus Sicht der Finanzmarktakteure ...

„Das aktuell diskutierte Fahrverbot für Diesel-PKW in unseren Innenstädten könnte den Trend hin zu Elektroautos weiter befeuern. Ganz klar: Davon werden neben den Herstellern von Elektrofahrzeugen, allen voran Tesla, auch ENERGIEKONZERNE wie E.ON PROFITIEREN!“

**neue Profite für
Energiekonzerne**

„Umstellung auf Elektroautos. Wird LITHIUM das neue ÖL?“

Lithium statt Öl

FOOL FAZ

„Der Autozulieferer Paragon nutzt den Hype um die E-Mobilität, um die IPO-BEWERTUNG² seiner BATTERIETochter Voltabox in die Höhe zu treiben.“

**Batteriehersteller
an die Börse**

FINANCE MAGAZIN

„Die neue maydornreport-Sonderstudie ist fertig. In ihr geht es um einen der wichtigsten und GRÖSSTEN MÄRKTE der kommenden Jahre: ELEKTROMOBILITÄT. Mit den richtigen Aktien können clevere Anleger hier eine Menge Geld verdienen.“

**Rendite durch
Elektromobilität**

„Das ist der Startschuss für die E-AUTO-REVOLUTION – diese 7 Gewinner-Aktien müssen Sie haben.“

E-Auto Revolution

MAYDORN

„Seien Sie beim neuen GAMECHANGER-DEPOT von Anfang an dabei.“

**Gamechanger-
Depot**

DER AKTIONÄR



... und die Sichtweise der Gesellschaft

„Menschen setzen wieder stärker auf temporäre MOBILE ENTSCHEUNIGUNG setzen. Radfahren und Zufußgehen rücken als entschleunigende Mobilitätsformen zurück in den Fokus. Auch Virtual Reality kann in Zukunft als ein weiterer entschleunigender Baustein im individuellen Mobilitätsmix wirken. Für Meetings und Reisen wird es künftig genügen, eine Brille aufzusetzen – und nicht mehr durch die Welt zu jetten.“

DIE ZEIT

mobile Entschleunigung

„Über Mobile Anwendungen lassen sich Fahrpläne studieren, einzelne Verkehrsträger online buchen und bei Mieträdern und Car-Sharing sogar das Smartphone als ‚Türöffner‘ einsetzen. So nutzen sie alle Potenziale der verschiedenen Mobilitätslösungen und erhöhen ihre persönliche REISE-EFFIZIENZ.“

DIE PROJEKTIONISTEN

Reiseeffizienz

„Elektromobilität: DGB will Vorfahrt für Öffentlichen Nahverkehr“

mehr Bus und Bahn

DGB

„Welche Vorteile hat ein KOSTENLOSER ÖPNV?“

kostenloser ÖPNV

ZDF

„Das eigene AUTO hat seine STATUSFUNKTION VERLOREN.“

Statusverlust Auto

VCD



Seltenen Erden als den unverzichtbaren Materialien der Akku- und Batterieproduktion befasst sind. Spekulationsoptionen und Aktienkursgewinne scheinen exorbitant.

Die Folgen dieser finanzkapitalistischen Landnahme sind absehbar. Zum einen werden die Marktsignale dafür sorgen, dass sich viel Kapital im Feld der E-Mobilität konzentriert, was Forschungs- und Entwicklungsausgaben befördern wird. Zum anderen wird es hohe soziale und ökologische Folgekosten geben: Diese werden bei der Extraktion der begehrten Rohstoffe und der anfallenden Ausbeutung der Arbeitskräfte beginnen und bei Fragen des Transportes rund um den Globus und der Entsorgung von Elektroautos mit ihren Batterien nicht enden.

Neue Aufgaben für die Gewerkschaften

Hier ist Gegenmacht angezeigt. Entscheidend wird sein, ob sich die Strukturierung des E-Mobilitätsmarktes nach finanzmarktüblichen Rentabilitätsgesichtspunkten vollzieht. Oder ob es gesellschaftlichen Bewegungen, Gewerkschaften und staatlichen Akteuren gelingt, in das elektro-mobile Spiel Nachhaltigkeitsregeln einzubeziehen, die den Reproduktionsbedürfnissen der Arbeitskraft und der Natur entsprechen. Die Gewerkschaften dürfen die strukturkonservativen *Muddling-Through-Strategien* der Vorstände – umgangssprachlich auch „Durchwurschtelei“ genannt – oder die Ökonomisierung der neuen Teilfelder nicht dulden. Sie müssen sich als Lobbyisten von Arbeit, Gesellschaft und Umwelt definieren und als Pressure Group gegen innovationsmüde Vorstände und passive Regierungen agieren.

*Reale Fortschritte bei der Demokratisierung
der Wirtschaft werden damit zur
Bedingung für einen öko-sozialen Fortschritt.
Eine solche öko-sozialen Wirtschaftsdemokratie
des 21. Jahrhunderts wäre als
ein Mehrebenen-Modell zu gestalten*

Wie eine demokratische Wirtschaft aussehen muss

Die hier skizzierten Aufgaben sind nur im Rahmen eines radikalen Politikwechsels mit entsprechenden Reformen zu meistern. Insgesamt wird ein gesellschaftlich gesteuerter und demokatisch legitimierter Umbau des deutschen Kapitalismus nur über eine umfassende Vergesellschaftung von Entscheidungsprozessen umzusetzen sein. Reale Fortschritte bei der

Demokratisierung der Wirtschaft werden damit zur Bedingung für einen öko-sozialen Fortschritt. Eine solche öko-sozialen Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts wäre als ein Mehrebenen-Modell zu gestalten:

- | Auf *globaler Ebene* stehen weitreichende strukturelle Reformen zur Re-Regulierung der Finanzmärkte an. Hier muss eine wirtschaftliche Sphäre gezähmt werden, die nicht nur mit der nächsten Großen Krise schwanger geht, sondern die sich anheischig macht, die Entwicklung der Gesellschaften insgesamt zu prägen.
- | Nicht minder bedeutend wäre eine Industrie- und Regionalpolitik, die den notwendigen Strukturwandel im Interesse von Gesellschaft und Natur lenkt. Hier geht es um wirtschaftliche Anreize und rechtlich verbindliche Vorgaben bei Umwelt- und Sozialstandards. Verstöße müssen mit weitreichenden Sanktionen belegt werden können und *nationale* und *europaweite* Entscheidungen müssen Hand in Hand gehen.
- | Schließlich müssen Entscheidungen in *Betrieben* und *Konzernen* *demokratisiert* werden. Die heutige Mitbestimmung reicht nicht aus. Reale und geeignete Einflussmöglichkeiten der Belegschaften und gegebenenfalls der Regionen müssen durch verbindliche und belastbare Rechte gesichert werden.

Insgesamt muss die kapitalistische Verbindung von Kapitalbesitz und Verfügungsrechten gelockert, mitunter entkoppelt werden. Kapitalistisches Privateigentum hat seinen Platz in einem wirtschaftsdemokratischen Eigentumsmix. Seine Verwendung darf jedoch den Erfordernissen von Gesellschaft und Natur nicht entgegenstehen.

Auch die Suche nach einem immerwährenden maximalen Wirtschaftswachstum erweist sich zunehmend als Sackgasse. Wir brauchen ein neues Verständnis von wirtschaftlichem Wachstum, gesellschaftlicher Wohlfahrt und ökologischer Nachhaltigkeit, kurzum ein neues Entwicklungsmodell.

*Wir brauchen ein neues Verständnis von
wirtschaftlichem Wachstum, gesellschaftlicher
Wohlfahrt und ökologischer Nachhaltigkeit,
kurzum ein neues Entwicklungsmodell.*

In einem solchen Modell würde die Wirtschaft langsamer, nachhaltiger, qualitativer und vor allem: demokratischer wachsen. Eine solche Transformation wird früher oder später mit





den Rendite- und Machtinteressen der wirtschaftlichen und politischen Eliten kollidieren. Auch die Arbeitsplatzinteressen der Beschäftigten blieben nicht unberührt. Vieles spricht dafür, dass hier die Stunde der Demokratie schlagen muss. Demokratie als einzige bewährte Methode, die Interessen einer Mehrheit gegenüber denen einer Minderheit zur Geltung zu bringen. Und als Verfahren der Verständigung unter sozialen Gruppen, die mit jeweils legitimen Interessen zu gemeinsamen Lösungen gelangen wollen. Somit wird (Wirtschafts-)Demokratie zum Dreh- und Angelpunkt von Übergangskonzepten, die eine naturverträgliche Produktions- und Konsumtionsweise mit sozialen und Beschäftigungsinteressen und der Überwindung der Shareholder-Value-Orientierung in den Unternehmen ausbalancieren wollen.

Mosaiklinke Allianzen

Können sich die Gewerkschaften als reformpolitische Treiber_innen dieses Transformationsprozesses profilieren? Das erfordert die Rückgewinnung von Organisations- und Verhandlungsmacht, um die wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Interessen der abhängig Arbeitenden wahren zu können. Es erfordert aber auch eine diskursive und strategische Öffnung. Zum einen in Richtung jener wachstumskritischen Debatten, die auf den Zusammenhang zwischen Profitproduktion und Naturzerstörung beharren und den Einstieg in ein anderes Entwicklungsmodell fordern. Zum anderen in Richtung strategischer Allianzen mit Bewegungen, Organisationen und Initiativen, die über Expertise und Kampferfahrungen in den Feldern verfügen, in denen die Gewerkschaften traditionell nicht zu Hause sind.

Dabei spricht vieles dafür, dass eine einzige Organisation, Bewegung oder Partei mit den anstehenden Aufgaben überfordert wäre. Aussichtsreicher ist eine Allianz von willigen und mächtigen Akteuren, die unterschiedliche Sichtweisen, Kompetenzen und Machtressourcen mitbringen und diese politisch bündeln. Schlüsselakteur_innen wären Gewerkschaften, die ihre Erfahrungen im Kampf für Verteilungsgerechtigkeit und soziale Rechte und gegen Kapitalübermacht und die Ausbeutung von Arbeitskräften und Natur einbringen müssen. Unverzichtbar sind aber auch authentische und legitimierte Vertreter_innen der Regionen, die gegen die Strukturen der kapitalistisch dominierten Weltwirtschaftsordnung um Entwicklungsperspektiven und wirtschaftliche, soziale und ökologische Menschrechte kämpfen.

Ein solches mosaiklinkes Bündnis wäre eine anspruchsvolle Veranstaltung. Je pluraler und demokratischer eine solche Allianz

ausfällt, desto schwieriger ist es, sich auf gemeinsame Projekte und eine Umsetzungsstrategie zu einigen. Komplizierte Strategie- und Zielkonflikte müssen bewältigt werden:

- | Wie lässt sich der Kampf um sozialen und wirtschaftsdemokratischen Fortschritt in den kapitalistischen Metropolen mit den berechtigten Erwartungen nach Wohlstand und Entwicklung der anderen Weltregionen verbinden?
- | Was können, was müssen auch die Gewerkschaften hierzu lande tun, um die Transformation in Richtung eines Modells voranzutreiben, in dem wirtschaftliches Wachstum, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Entwicklung einander verstärken und das deshalb globalisierbar sein könnte?
- | Wie können die bisher diskriminierten Regionen und Gesellschaften an der Konzept- und Strategiearbeit beteiligt werden, um nicht neue globale Dominanz- und Unterordnungsverhältnisse zu schaffen?
- | Wie kann wirtschaftliche Wertschöpfung naturverträglich organisiert werden?
- | Wie können die Erträge des Wirtschaftens gerecht verteilt werden?
- | Wieviel und welches Wachstum brauchen und vertragen Gesellschaften, die möglichst allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen?

Viele dieser und anderer Fragen harren noch hinreichender Antworten. Nur eines scheint sicher: Der demokratieverträgliche Finanzmarktkapitalismus wird keine brauchbaren Antworten liefern.

Über Hans-Jürgen Urban

Dr. Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und dort vor allem für Fragen der Sozial-, Arbeitsschutz- sowie der beruflichen Bildungspolitik zuständig. Zugleich ist er als Privatdozent für Soziologie an der Universität Jena tätig. Zu Beginn des Jahres 2018 erschien das „Jahrbuch Gute Arbeit 2018“ zum Thema „Ökologie der Arbeit“, das er gemeinsam mit Lothar Schröder herausgegeben hat.



2.3 CHANCEN EINER DIENSTLEISTUNGSÖKONOMIE

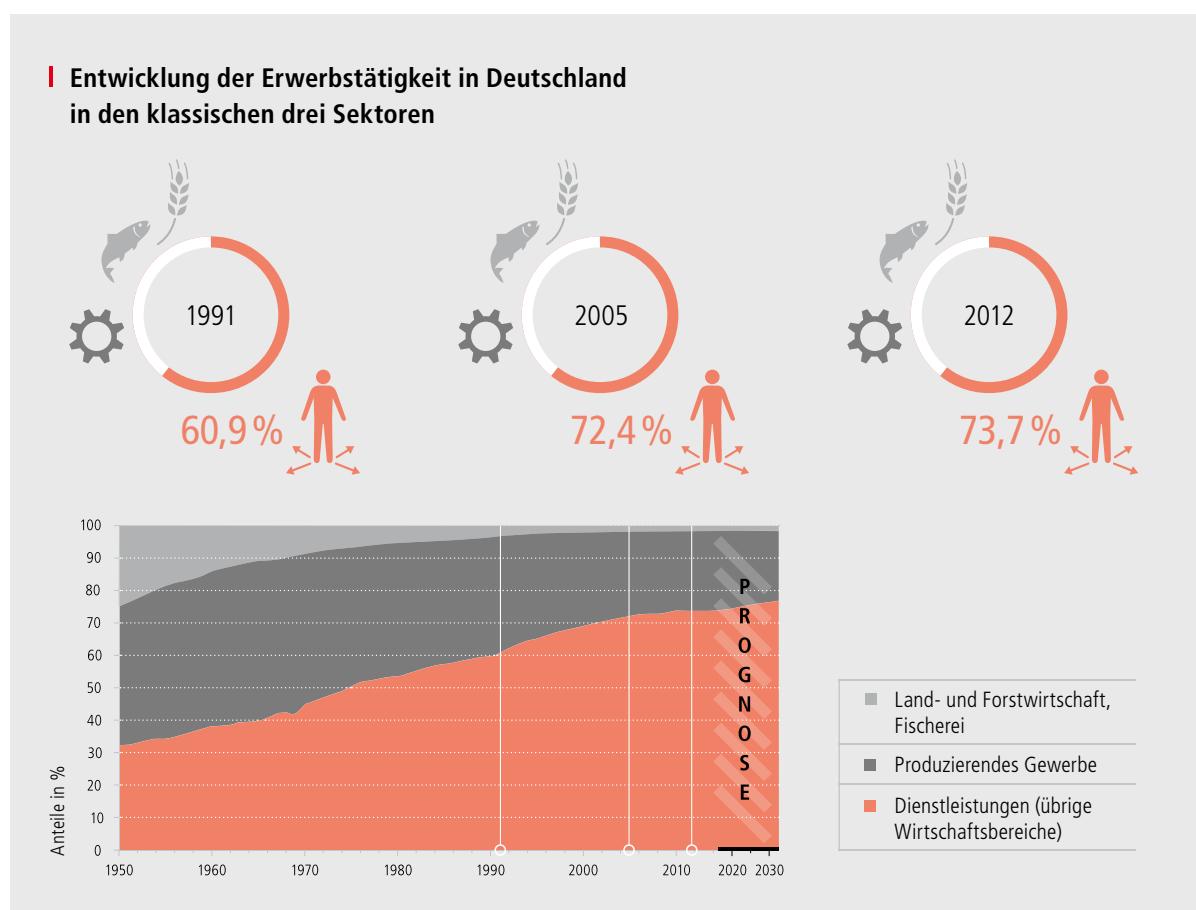
Entscheidend ist, was wächst

Wachstum ist nicht per se schlecht, es kommt nur drauf an, was wächst: In Deutschland ließen sich Dienstleistungen etwa in Pflege, Bildung oder Erziehung noch deutlich ausbauen. Das würde der Gesellschaft direkt zu Gute kommen, indem es nachhaltig Arbeitsplätze schafft, die kaum zu rationalisieren sind. Und indem es mehr Gerechtigkeit herstellt und auch die Umwelt schont, weil Dienstleistungen viel weniger Ressourcen verbrauchen als Industrien, schreibt *Norbert Reuter*. Dazu braucht es aber eine aktive staatliche Umverteilungs- und Wirtschaftspolitik, die den ökologischen und sozialen Herausforderungen gerecht wird.

Mehr Dienstleistung bringt weniger Wachstum

Der Dienstleistungssektor hat in Deutschland schon in den 1970er Jahren den bis dahin führenden Industriebereich überholt. Das gilt sowohl für die Wertschöpfung als auch für die Beschäftigung. Und die Entwicklung geht weiter. Offizielle Prognosen gehen davon aus, dass 2030 über 77 Prozent aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor beschäftigt sein werden (s. Abb. 1).

Gleichzeitig nehmen die wirtschaftlichen Wachstumsraten ab. Periodisch auftretende Krisen – wie zuletzt die globale Finanzkrise und in ihrem Gefolge die Eurokrise – verstärken lediglich einen dekadenübergreifenden Trend, der ebenfalls in allen industriell fortgeschrittenen Ländern zu beobachten ist. Seit Anfang der 2000er Jahre weisen die fortgeschrittenen Länder im Durchschnitt ein reales, also inflationsbe-reinigtes Wachstum von nur noch rund einem Prozent auf. Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung steht hierfür



Quelle Infografik (Abb. 1): Daten 1950–2014: Statistisches Bundesamt – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, bis 1990 früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-West; Daten 2020

und 2030: Berechnungen des Autors auf Basis des QuBe-Projekts 2014, Zwischenjahre interpoliert; Auszüge Daten 1991, 2005, 2012 IAB 2013



Reale Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland seit 1951

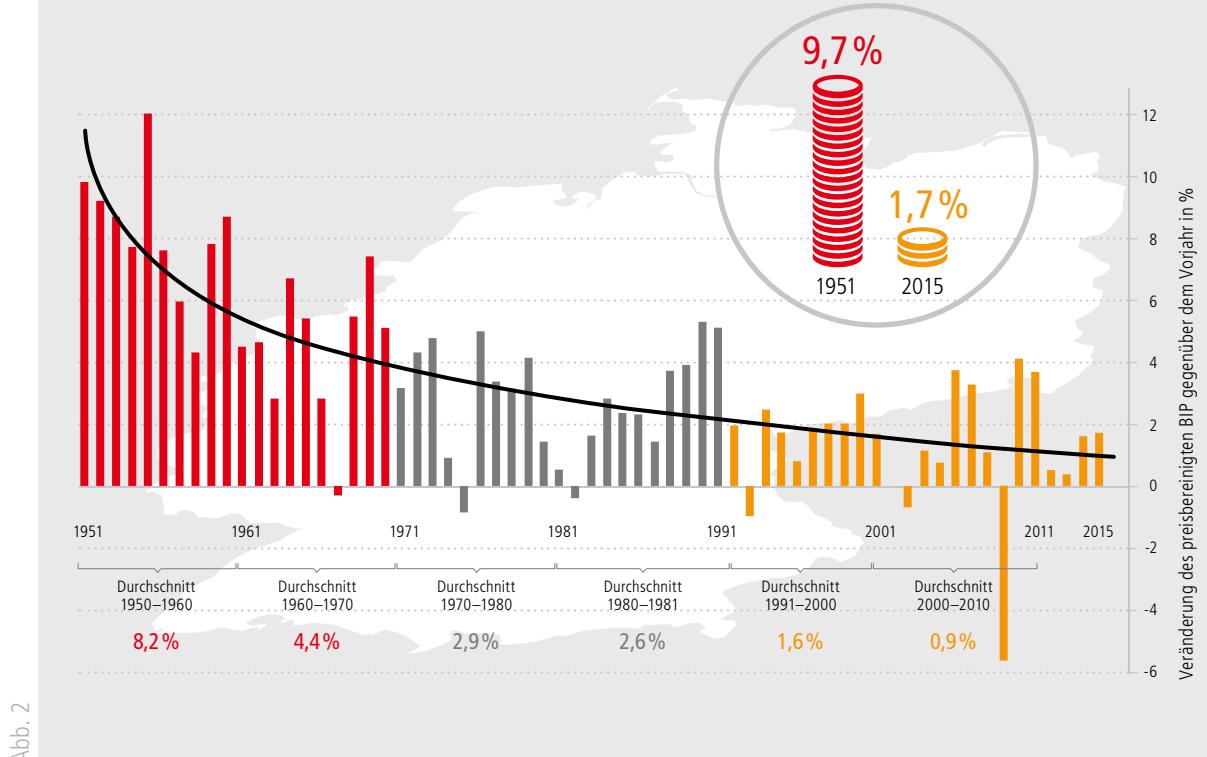


Abb. 2

geradezu symptomatisch (s. Abb. 2). Das kann auch nicht überraschen, gehört es doch zum Wesen von Dienstleistungen, dass sie – zumindest nach allen bisherigen Erfahrungen – nur in relativ geringem Umfang dem Produktivitätsfortschritt unterliegen, also rationalisierbar sind. Ursache ist, dass das Gros der Dienstleistungen – beispielsweise das Schneiden von Haaren oder die Pflege von Menschen – nur in vergleichsweise engen Grenzen von Maschinen, Computern oder die allgegenwärtige Digitalisierung allgemein zu ersetzen ist. Produktivitätsfortschritt, also die Fähigkeit der Beschäftigten, mehr Wert pro Stunde zu schaffen, ist aber Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Entsprechend kann es nicht verwundern, dass bei einem anteilmäßigen Anstieg von Dienstleistungen auch das Wachstum langsamer wird.

Eine Chance, kein Automatismus

Mit dieser globalen Entwicklung hin zu Dienstleistungsgesellschaften bei parallel sinkenden Wachstumsraten ist aus ökologischer Sicht eine doppelte Chance verbunden: Die Umweltbelastung kann anhaltend zurückgehen, der Verbrauch an Rohstoffen und Energie sinkt. Zugleich ergibt sich aus dem wachsenden Dienstleistungsanteil ein unmittelbar posi-

tiver Umwelteffekt. Denn der Energieverbrauch von Dienstleistungen ist der geringste von allen Produktionsbereichen. Während der Primärenergieverbrauch im Produzierenden Gewerbe in Deutschland im Durchschnitt bei 9,0 Megajoule je Euro Wertschöpfung liegt, werden bei öffentlichen und privaten Dienstleistungen nur 1,4 Megajoule, damit lediglich ein Bruchteil dessen verbraucht, was etwa bei der Metallerzeugung und -bearbeitung (50,4 Megajoule je Euro Wertschöpfung) an Energie verbraucht wird.

*Der Energieverbrauch von Dienstleistungen
ist der geringste
von allen Produktionsbereichen.*

Dass der Trend zu mehr Dienstleistungen die Möglichkeit bietet, Umwelt und Natur zu entlasten, muss als Chance verstanden werden. Einen Automatismus zur Ökologisierung der Wirtschaft gibt es nicht. Entscheidend bleibt das Verhalten der Menschen. Positive Umwelteffekte könnten wieder zunichte gemacht werden, wenn mehr Güter verbraucht werden – wenn sich also etwa immer mehr Menschen statt mit Kleinwagen



oder dem öffentlichen Verkehr mit energieintensiven SUVs, also großen Geländewagen, fortbewegen, könnte die industrielle Wertschöpfung und damit der Energie- und Umweltverbrauch sogar wieder steigen.

Auch der sogenannte spezifische Energieverbrauch beispielsweise bei Antriebstechnologien oder bei der Beleuchtung sinkt im Zuge der technischen Entwicklung. Das unterstützt den Trend zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Gleichzeitig besteht jedoch auch hier die Gefahr, dass das Einsparpotenzial derartiger Effizienzsteigerungen nicht oder nur teilweise verwirklicht wird, wenn geringere Kosten dazu führen, dass die Motoren oder die Lampen stärker genutzt werden. Anders wäre es, wenn die Verbraucher_innen stärker Dienstleistungen nutzen würden statt Güter besitzen zu wollen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Teilen (Sharing) von Fahrzeugen und anderen Gebrauchsgegenständen, das an Bedeutung zunimmt.

Der Einfluss von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Wie ein konkreter Prozess in Richtung Dienstleistungsgesellschaft verläuft und mit welchem ökologischen Fußabdruck er verbunden ist, hängt also von verschiedenen Einflussfaktoren ab. Es steht außer Frage, dass die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hierbei eine zentrale Rolle spielt. Die etwa in den USA verbreitete stärkere Konsumorientierung verbunden mit kulturell bedingten starken Vorbehalten gegenüber staatlichen Eingriffen in Wirtschaft und Gesellschaft (und die ihr entsprechende vorherrschende neoliberalen Wirtschaftstheorie) führt zu einer anderen Dienstleistungsgesellschaft als in den skandinavischen Ländern, die traditionell eine stark ausgeprägte Sozialstaatsorientierung haben. In Deutschland lassen sich sogar Phasen unterschiedlicher Entwicklung abgrenzen: Bis Ende der 1970er Jahre verlief der Ausbau der Dienstleistungswirtschaft anders als in der jüngeren Vergangenheit, in der wirtschaftsliberale Vorbehalte gegen einen starken Sozialstaat die Oberhand gewannen.

Wachstum von Dienstleistungen – ja bitte!

Empirische und theoretische Überlegungen deuten seit langem darauf hin, dass neue und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze vor allem dadurch zu erreichen sind, dass die Beschäftigung im Dienstleistungssektor ausgeweitet wird. Zudem herrscht allgemeiner Konsens darüber, dass Länder mit hohem Pro-Kopf-Einkommen und nicht zuletzt in Folge der demografischen Entwicklung einen hohen und weiter wachsenden Bedarf an

personenbezogenen Dienstleistungen haben: im Gesundheits-, Pflege-, Erziehungs- und Bildungsbereich.

Vor diesem Hintergrund kritisieren etwa Gewerkschafter_innen, unterstützt von kritischen Sozialwissenschaftler_innen und Ökonom_innen, dass die Vorstellungen, was Entwicklung bedeutet, längst überholt seien. Diesen Entwicklungsvorstellungen sei es aber zu verdanken, dass die Förderung des Exports immer noch im Mittelpunkt steht. Handels- oder Leistungsbilanzüberschüsse gelten weithin als erstrebenswert, wo doch permanente außenwirtschaftliche Überschüsse in einem Land notwendigerweise entsprechende Defizite und Verschuldung in anderen Ländern zur Folge haben – mit allen damit zusammenhängenden Problemen. Das hat die Eurokrise nachdrücklich gezeigt.

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik muss also darauf ausgerichtet sein, die inländische Nachfrage auszuweiten, insbesondere die Nachfrage nach Dienstleistungen. Das ist ganz einfach möglich, indem der Staat etwa deutlich mehr in Erziehung, Bildung, Forschung, ökologischen Umbau, ÖPNV, digitale Infrastruktur, öffentliche Verwaltung und ähnliches investiert. Der öffentliche Dienst könnte wieder zum Vorbild für die Beschäftigungsentwicklung werden, quantitativ wie qualitativ. Gleichzeitig müsste der Staat die Rahmenbedingungen für die Tarifpolitik der Gewerkschaften verbessern – etwa indem er es leichter macht, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, so dass sie für die ganze Branche inklusive der nicht-tarifgebundenen Betriebe, gelten. Oder durch einen arbeitsfesten gesetzlichen Mindestlohn.

Der Staat muss deutlich mehr in Erziehung, Bildung, Forschung, ökologischen Umbau, ÖPNV u. ä. investieren.

Folge der auf diese Weise gestärkten Binnennachfrage wäre nicht nur ein leistungsstarker Sozialstaat mit einem guten Erziehungs- und Bildungssystem, hochwertiger Pflege, geringerer Umweltbelastung. Es würde auch mehr Importe geben, die eine Rückkehr zu einer ausgeglichenen Leistungsbilanz unterstützen würden. Eine höhere Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen aus anderen Ländern würde deren Entwicklungschancen und damit ihre soziale Lage verbessern – und wäre zweifellos erst einmal mit höherem Wachstum dort verbunden.

Umso mehr darf es in den hochindustrialisierten Ländern kein Ziel mehr sein, unqualifiziertes Wachstum zu erreichen. Mit



Blick auf Deutschland würde der einseitige Strukturwandel zu gunsten der Exportindustrien beendet. Die Sektoren würden dem erreichten Entwicklungsniveau der Volkswirtschaft gemäß proportioniert, womit sich zugleich das Risiko von Strukturkrisen verringern würde. Der fortgeschrittenen Volkswirtschaften angemessene Entwicklungspfad würde dann sowohl die Expansion der vorhandenen Dienstleistungsproduktionen unterstützen als auch zur Entstehung neuer Dienstleistungsbereiche führen.

Die Rolle des Staates

Eine solche Entwicklung ist zweifellos damit verbunden, dass der Staat wieder eine größere Rolle bekommt, dass die Staatsquote

steigt, also der Anteil der gesamten öffentlichen Ausgaben an der wirtschaftlichen Gesamtleistung. Denn mehr qualitativ hochwertige öffentliche Beschäftigung, eine Ausweitung staatlicher Auftragsvergabe und eine aktive Beschäftigungspolitik erfordern höhere staatliche Ausgaben.

Weil der Staat dafür Geld braucht, gehört auch eine Steuerreform auf die Tagesordnung, die den extrem konzentrierten privaten Reichtum abschöpft und für die Gesellschaft nutzbar macht – und zwar nachhaltig. Denn dass die Steuereinnahmen gegenwärtig sprudeln, ist zwar sehr zu begrüßen, aber sie sind konjunkturell bedingt, also nur der aktuell guten Wirtschaftslage zu verdanken. Wird die wieder schlechter – was eher früher als später passieren wird –, werden sie ihr Ende

Wundertüte Sharing Economy

Zu teilen statt zu besitzen, also ein zumindest in Teilen gemeinschaftliches Wirtschaften, ist überhaupt keine neue Entwicklung, sondern der Rückgriff auf ein uraltes Prinzip. Neu sind aber die Möglichkeiten, die das Internet dafür bietet. Über mehr als 110 Plattformen können Privatpersonen Autos, Wohnungen, Gebrauchsgegenstände miteinander teilen. Praktisch, billig und ökologisch. So könnte es jedenfalls sein. Das Institut für ökologisches Wirtschaften (IÖW) hat ganz aktuell das Potenzial der sogenannten *Sharing Economy* für ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell untersucht und verschiedene Szenarien entwickelt:

Trendszenario

Konsum- und Eigentumseinstellungen ändern sich: Es wird wichtiger, flexibel zu sein, etwa mehrere Verkehrsträger problemlos kombinieren zu können, oder Kleidung für jeden Anlass leihen zu können. Dabei steht für die Menschen nicht die Nachhaltigkeit im Vordergrund, sie nutzen das Prinzip nur. Die steigende Popularität von Sharing-

Angeboten treibt eine Kommerzialisierung voran. Aus dem gemeinschaftlichen Teilen werden neue Marktstrukturen, in denen kommerzielle Plattformen, die professionell agieren, größere Chancen haben als gemeinwohlorientierte. Es gibt eine Tendenz zur Konzentration. Ökologisch bringt das Szenario nur beim Verkehr Vorteile.

Transformationsszenario

Die wachsende Nachfrage nach Sharing-Angeboten wird eingebunden in einen Prozess des gesellschaftlichen Wandels. Für die Menschen ist es wichtig, Zugang zu Dingen zu haben. Besitz empfinden sie eher als Last, wobei die Nachhaltigkeit eine große Rolle spielt. Hier haben gemeinwohlorientierte Plattformen bessere Chancen, die sich als Netzwerk empfinden und Nachhaltigkeitsaspekte wie geringen Ressourcenverbrauch, Fairness und Soziales in den Mittelpunkt stellen.

→ https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/News/2017/Arbeitspapier_5_Szenarien.pdf





Erzieher_innen streiken für eine Aufwertung ihrer Berufe und ein Ende der Blokadehaltung der VKA

finden. Vorschläge zu einer Steuerreform, die dem Staat auch dauerhaft höhere Einnahmen sichern, haben etwa Verdi oder der DGB seit langem ausgearbeitet: Kern müsste neben einer steigenden Bedeutung von regulierenden Ökosteuern eine wieder stärkere Einbeziehung von Gewinnen, Vermögen, Erbschaften und hohen Einkommen zur Finanzierung des Gemeinwesens sein. Das Potenzial einer Neuausrichtung des deutschen Steuersystems ist klar vorhanden: Allein die Steuerrechtsänderungen seit 1998 haben jährliche Steuerausfälle von durchschnittlich über 30 Milliarden Euro zur Folge.

Eine bessere Bezahlung von Erwerbsarbeit und eine durch eine ökologische und soziale Steuerreform ermöglichte Ausweitung der Staatsaktivität im Allgemeinen und der Beschäftigung im Bereich der öffentlichen wie privaten sozialen Dienstleistungen im Besonderen wäre gewissermaßen der Preis für den Übergang in eine ökologisch verträgliche und qualitativ hochwertige Dienstleistungsgesellschaft mit guten sozialen Standards, einem hohen Beschäftigungsstand, sinkender Umweltbelastung und zurückgehendem Energiebedarf.

Dies würde auch die Chance auf eine Gesellschaft eröffnen, die den großen sozialen und ökologischen Herausforderungen besser gerecht würde: Sie würde ausreichend qualitativ hoch-

wertige Dienstleistungen von der Erziehung bis zur Pflege bereitstellen und den geradezu dramatischen Anstieg der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen bremsen und statt dessen mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen herstellen.

Über Norbert Reuter

Norbert Reuter ist Volkswirt. Er leitet seit 2002 die tarifpolitische Grundsatzabteilung im Bundesvorstand der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und lehrt an der RWTH Aachen Universität. Er war viele Jahre Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und von 2011 bis 2013 sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Er hat über das Wachstumsthema habilitiert.



3 — Von der Idee zur Praxis: Es geht auch anders!

3.1 SOLIDARISCHE WIRTSCHAFT ALS WIDERSTAND GEGEN DEN BERGBAU

Vor dem Scheideweg

Durch die wachsende Gier nach Rohstoffen werden immer mehr Vorkommen abgebaut, selbst solche, die zuvor kaum rentabel waren – mit fatalen Folgen für Menschen und Umwelt. Die Abhängigkeit vom Rohstoffexport der ehemaligen Kolonien ist vielerorts ungebrochen, kein Wunder, dass Regierungen von links bis rechts den Extraktivismus durchdrücken – auch gegen Widerstand. Die Intag-Region in Ecuador wehrt sich schon seit 20 Jahren gegen den Kupferbergbau, die Bewohner_innen haben lokale Alternativen entwickelt: ökologische, dezentrale Stromgewinnung, Schutz von Waldkorridoren und Quellen, Öko-Tourismus und landwirtschaftliche Kooperativen. Wie würdige Arbeit, Ökologie und demokratisches Wirtschaften sich ergänzen, zeigt José Cueva.

Die Wirtschaftsgeschichte Ecuadors ist – wie die vieler ehemaliger Kolonien – gekennzeichnet von der Ausbeutung von Rohstoffen und deren Export in die heutigen Industrieländer. Als Fortführung kolonialer Wirtschaftsstrukturen war die Haupteinnahmequelle des Landes seit den Anfängen der Republik Ecuador (1830) der Export tropischer Früchte wie zunächst Kakao und später Bananen. Die politische und wirtschaftliche Stabilität hing jahrzehntelang direkt von den Weltmarktpreisen dieser Produkte ab und somit von Risiken wie Schädlingsbefall oder Krankheiten. So traten in den ersten 150 Jahren nach der Gründung der Republik immer wieder Phasen großer Instabilität auf. Die schwersten Wirtschafts-, Gesellschafts- und Beschäftigungskrisen in Ecuador resultieren aus dieser Abhängigkeit.

Der Fluch des Erdöls

Mit dem Beginn des Erdöl-Zeitalters ab 1970 eröffnete sich eine neue Einnahmequelle, es entstand aber auch eine neue Abhängigkeit. Zwar flossen in den ersten Jahren des Erdöl-Booms immer mehr Devisen in die Kassen, die in öffentliche Bauvorhaben reinvestiert wurden. Die Schattenseiten waren jedoch die ersten schweren sozialen und ökologischen Verwerfungen. Im ecuadorianischen Amazonasgebiet kam es zu regelrechten Ethnoziden. Ganze Völker verschwanden, wie die

Tetetes und die Sansahuaris. Andere, wie die Zápara, sind vom Verschwinden bedroht.

Außerdem ereignete sich eine der größten Umweltkatastrophen weltweit: Der US-amerikanische Konzern Chevron-Texaco zerstörte 450.000 Hektar tropischen Regenwald und verseuchte mehrere Wasser-Ökosysteme, als er bis 1992 im Nord-Amazonas nach Öl bohrte. Das hatte massive Folgen für die Gesundheit und das Leben tausender Bewohner_innen. Bis heute, 30 Jahre nach der ersten Klageerhebung, beschäftigt der Fall internationale Gerichte.



Verseuchung mit Erdöl im Amazonasgebiet durch Chevron/Texaco



Demonstration gegen umweltschädlichen Goldtagebau in Río Blanco, Azuay, Ecuador – der Ausbau des großindustriellen Bergbaus in Lateinamerika weckt vermehrt Widerstand in der Bevölkerung der betroffenen Dorfgemeinschaften. Beim Goldabbau kommen toxische Stoffe wie Quecksilber und Zyanid zum Einsatz, die unter anderem das Grundwasser vergiften

Während dieser beiden Phasen wirtschaftlicher Abhängigkeit gelang es dem Land kaum, die grundlegenden Ursachen von Armut und Unterentwicklung zu überwinden. Im Gegenteil: Die wiederholt auftretenden Krisen verstärkten die wirtschaftliche und soziale Benachteiligung. Zudem begünstigten die öffentlichen Investitionen in den meisten Fällen weiter diese traditionellen Wirtschaftssektoren. Möglichkeiten, die Ökonomie weiterzuentwickeln und ihre Grundlagen zu verbreiten, blieben ungenutzt.

Die Grenzen des Extraktivismus

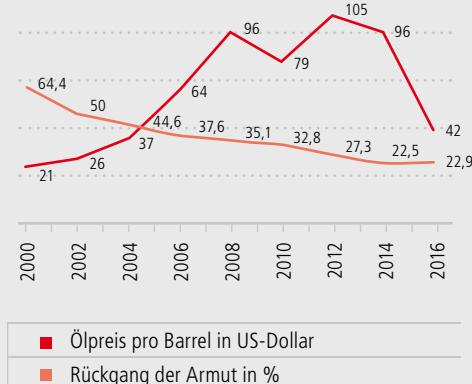
Die Entwicklungsindikatoren zeigen, dass das auf dem Export von Primärgütern basierende Wirtschaftsmodell die strukturellen Probleme von Armut, Arbeitslosigkeit, Korruption und Umweltzerstörung nicht löst. Mindestens vier weitere Jahrzehnte mit hohen Rohstoffpreisen und stabiler Rohstoffgewin-

nung wären erforderlich, um ein annehmbares Entwicklungsniveau zu erreichen. Es ist jedoch offensichtlich, dass für die nicht erneuerbaren Rohstoffe eine kritische Phase begonnen hat: die bestehenden Vorkommen sind nahezu erschöpft.

So hat Ecuador zwischen 2005 und 2007 das Ölfördermaximum erreicht, ein umfassend erforschtes Phänomen, das auch „Peak Oil“ genannt wird. Ab diesem Zeitpunkt konnte die Rohölproduktion nicht mehr gesteigert werden, auch nicht, als man entlegene Orte trotz aller ökologischen und sozialen Konflikte zur Ölförderung freigab. Ein Beispiel ist das ITT-Projekt im Nationalpark Yasuní, der eines der artenreichsten Gebiete der Erde ist und von der UNESCO zum Biosphärenreservat erklärt wurde. Er ist Heimat von zwei der letzten indigenen Völker, den Tagaeri und den Taromenani, die im Amazonasgebiet noch freiwillig isoliert und ohne Kontakt zur Außenwelt leben.



I Korrelation von Erdölpreisen und Rückgang der Armut in Ecuador von 2000 bis 2016



Trotz der gestiegenen Erdölleinnahmen in den letzten zehn Jahren dank des historischen Hochs der Weltmarktpreise müssten die hohen Preise noch mindestens vierzig Jahre stabil bleiben, um die Wechselbeziehung mit der Armut zu durchbrechen.

Das Problem: Die Exportabhängigkeit wird fortgeführt

Bedauerlicherweise wiederholt sich die Geschichte: Weil die Erdölleinnahmen offenkundig zurückgehen, hat sich Ecuador auf den Weg in eine neue Phase der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und wirtschaftlicher Abhängigkeit gemacht: Dieses Mal geht es um den Abbau metallischer Rohstoffe im großem Maßstab.



Radomiro Tomic Kupfermine, Chile

Das kleine Ecuador ist das am dichtesten bevölkerte Land Südamerikas mit der größten Biodiversität weltweit. Für die großen Bergbaugesellschaften war es lange nicht interessant.

Diese konzentrierten sich auf die Nachbarländer Chile, Peru oder Bolivien. Angesichts der bevorstehenden Verknappung der Erzvorkommen, insbesondere von Kupfer und Gold, hat sich das geändert und nun gilt Ecuador als neues und letztes Abbaugebiet. Tatsächlich hat das stetig steigende Interesse des Staates an der Erkundung von Bodenschätzen in den letzten beiden Jahrzehnten zur Entdeckung einiger Kupfer- und Goldvorkommen geführt.

Diese gehören zwar nicht zu den Weltklassevorkommen, aber weil die Regierungen sich bereit erklären, weitere wichtige Faktoren wie billige Energie und den Zugang zu Wasser und Land zur Verfügung zu stellen, erscheinen sie Investoren plötzlich sehr attraktiv. Nachdem die ecuadorianische Regierung in den letzten zehn Jahren mit Hilfe externer Berater ein umfassendes Gesetzeswerk ausgearbeitet und verabschiedet hat, sehen die regionalen Kleinbäuer_innen und die indigenen Völker ihre Rechte schwinden.

Sie werden kriminalisiert, damit transnationale Unternehmen Zugang zu den Ressourcen des Landes erhalten. Und ein großer Teil der öffentlichen Investitionen ist in den letzten Jahren in den Bau von Mega-Wasserkraftwerken geflossen, in Straßen, die die Häfen mit den wichtigsten Abbauzentren verbinden, sowie in soziale Ausgleichsprojekte in den Bergbauregionen.





Alternativen sind vorhanden: Eine Wirtschaft zum Nutzen der Menschen und im Einklang mit der Natur

Der Intag-Region im Nordwesten Ecuadors in der Provinz Imbabura im Kanton Cotacachi droht seit zwei Jahrzehnten der Bau eines riesigen Bergwerks, nachdem die Japan International Corporation Agency (JICA) in den 1990er Jahren dort Bodenschätze entdeckt hatte. Die Umweltverträglichkeitsstudie der JICA rief die Gemeinden auf den Plan, denn sie befürchteten massive Abholzungen, Veränderungen des lokalen Klimas, Verschmutzungen des Wassers mit Schwermetallen und weitere mögliche Auswirkungen.



Umweltschäden in den Quellgebieten vieler Flüsse durch die Probebohrungen nach Kupfererzen von CODELCO in den Nebelwäldern der Intag-Region

Die Erfahrungen zeigen, dass es möglich ist, ein alternatives Wirtschaftsmodell aufzubauen, das auf den Menschen gründet, von der Basis getragen wird und die Kraft der Natur als Verbündete nimmt.

Diese Gemeinden initiierten ab 1997 eine Widerstandsbe wegung und entwickelten Alternativen zum Bergbau. Zwei Jahrzehnte lang gelang es ihnen, den von verschiedenen Bergbaugesellschaften angestrebten Abbau zu verhindern. Vor allem aber entwickelten sie ein alternatives Modell, das auf der lokalen Wirtschaft aufbaute und das, obwohl es durchaus erfolgreich war, vom ecuadorianischen Staat systematisch untergraben wurde.

Dieser wollte die Region für die Investitionen der ausländischen Bergbaugesellschaften öffnen, was 2014 schließlich mit der Militarisierung des Gebiets und der Inhaftierung der lokalen Führer der Gemeinden gelang. Trotzdem zeigen die Erfahrungen, dass es möglich ist, ein alternatives Wirtschaftsmodell aufzubauen, das auf den Menschen gründet, von der Basis getragen wird und die Kraft der Natur als Verbündete nimmt.



Das Militär verschafft dem Bergbaukonzern CODELCO Zugang entgegen der Proteste der Anwohner_innen von Junín, Intag (2014)



Mit der Asamblea de Unidad Cantonal de Cotacachi, einem Gremium zur Einigung und Entscheidungsfindung aller Akteure des Kantons, erlebte die Intag-Region in den letzten beiden Jahrzehnten eine Entwicklung, die zu wichtigen Erfolgen führte: Dazu gehört der Wechsel vom herkömmlichen Kaffeeanbau hin zur Produktion eines qualitativ hochwertigen Gourmetprodukts, das für die Vermarktung auf dem nationalen und internationalen Markt lokal verarbeitet wird und dadurch höhere Einnahmen erzielt. Ebenso eine nachhaltige und diversifizierte landwirtschaftliche Produktion, in der hunderte von Kleinbauern-Familien ihr Auskommen finden. Die Erzeugung von Getreide- und Milchprodukten sowie der Anbau einheimischer Früchte in Kooperativen führten dazu, dass nicht nur der soziale Zusammenhalt der Intag-Region gestärkt wurde, sondern auch dass Einkommen erwirtschaftet und die Vermarktbarensbedingungen durch die lokale Organisation Consorcio Toisán verbessert wurden.

Diese soziale und solidarische lokale Wirtschaft steht in deutlichem Kontrast zum herkömmlichen Wirtschaftsmodell, in dem der Markt das Sagen hat und die ländliche Bevölkerung lediglich nicht-qualifizierte Arbeitskräfte sind. Sie bietet nicht nur würdige Arbeit für die Kleinbäuer_innen-Familien, sie hat auch zu mehr Gleichberechtigung und einer gerechteren Verteilung innerhalb der Familien geführt, indem sie die Arbeit der Frauen im Haushalt wertschätzt und zur Diversifizierung der Produktion und zur Verbesserung der Ernährung beiträgt. Gleichzeitig sind durch die direkte Vermarktung und den lokalen Wandel eine Vielzahl menschenwürdiger Arbeitsplätze entstanden.

Im Gegensatz dazu finden sich im Bergbau für die Menschen auf dem Land lediglich kurzfristige, nicht-qualifizierte Arbeiten. Dabei handelt es sich normalerweise um schlecht bezahlte manuelle Tätigkeiten mit hohem Risiko, für die ausschließlich Männer eingesetzt werden. Oftmals geben diese dafür ihre vorige Arbeit auf und verkaufen ihr Land zu Preisen, die sich gerade bieten, womit das Konzept der „Akkumulation durch Enteignung“ Gestalt annimmt.

Schließlich soll auch eine weitere wichtige Initiative lokaler Organisationen, Gemeinden und Lokalregierungen erwähnt werden: Das Projekt *Hydro Intag*, mit dem die überreichen Wasser-



Die Nebelwälder sind unerlässlich für die Wasser-Ökosysteme dieser artenreichen und fruchtbaren Region

ressourcen der Region genutzt werden sollen. Die mehr als 25 Flüsse besitzen dank ihres oft starken Gefälles ein gewaltiges kinetisches Potenzial zur sauberen Energiegewinnung.

Dezentrale Energiegewinnung ist die saubere Alternative zu großen Wasserkraftwerken.

Mindestens neun kleine Wasserkraftwerke ohne Staubecken sollen entlang der Flüsse gebaut werden, die zusammen eine Leistung von 60 Megawatt erbringen. Damit kann der Energiebedarf von 500.000 Einwohner_innen gedeckt werden. Sie sind die saubere Alternative zu großen Wasserkraftwerken. Denn diese würden Staubecken zur Speicherung enormer Wassermassen benötigen und durch den Fäulnisprozess in der überschwemmten Biomasse zu den Hauptverursachern von Treibhausgasen gehören. Zudem müssen für ihren Bau oft ganze Ortschaften verlegt werden, landwirtschaftliche Flächen versinken im Wasser und das Wasser-Ökosystem gerät aus dem Gleichgewicht.

Auch das Bewirtschaftungsmodell des *Hydro Intag*-Projekts ist etwas besonderes: Es beruht zum einen auf einem ganzheitlichen Ansatz zum Schutz der Wasserökosysteme, die die Flüsse mit Wasser versorgen. Zum anderen werden die Erträge aus dem Verkauf der Energie, die sich nach Abzahlung der Investitionskosten auf etwa 30 Millionen US-Dollar belaufen, vom lokalen Gemeinwesen, dem Consejo Comunitario de Cuenca, verwaltet, der alle lokalen Akteur_innen einbindet und die erwirtschafteten Erträge in den Schutz der Ökowassersysteme und die lokale Entwicklung reinvestiert. So entsteht ein sich selbst verstärkender Kreislauf aus Erhaltung, Entwicklung und Energieproduktion.

Artenreichtum und nachhaltige Landwirtschaft sollen einem gigantischen Kupfer-Tagebau weichen





Die lokale Landwirtschaft dient der Ernährung der Familien und versorgt die lokale Bevölkerung

Fazit

An dem westlich-kolonialen Lebensstil, der auf der Ausbeutung von Arbeitskräften und natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer beruht, ist nichts nachhaltig. Es gibt genügend wissenschaftliche Belege, die darauf hinweisen, dass dieser Weg in die Sackgasse führt. Die multiplen Krisen – Umwelt-, Klima-, Wirtschafts-, humanitäre und sonstige Krisen –, die wir erleben, sind nur das Vorspiel einer Zukunft, die alles andere als ermutigend ist.

Wir haben die Wahl: Der Gegensatz zwischen Entwicklung, Wachstum und Nachhaltigkeit ist nicht zwangsläufig unüberwindbar. Es ist jedoch klar, dass das Konzept des Wachstums in Frage gestellt werden muss. Die bäuerlichen Gemeinden und die indigenen Völker zeigen es uns: Ein anderes Modell, eine andere Entwicklung ist möglich. Aber für uns ist auch klar, dass ein solches Modell bedeutet, gegen den Strom zu schwimmen und sich gegen die hegemonialen Interessen zu richten.

Über José Cueva

José Cueva ist studierter Agronom und seit 20 Jahren Teil des Organisationsprozesses im Intag – insbesondere ist er Gründungsmitglied der ökologischen Kaffeekooperative Rio Intag und setzt sich aktiv für den Schutz der Wälder ein. Er ist Aktivist und Sprecher in internationalen und nationalen Angelegenheiten des Widerstands gegen den Bergbau im Intag. Aktuell ist er Planungsdirektor des Landkreises Cotacachi.





3.2 ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT STATT ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Raus aus der Sackgasse: Eine demokratische Landwirtschaft für alle

Die industrielle Landwirtschaft hat den Welthunger nicht abschaffen können, aber soziale Strukturen, lokale Wirtschaftskreisläufe und Flächen vernichtet. Die Organisation der Kleinbäuer- und Landarbeiter_innen, *La Via Campesina* fordert deswegen das Recht aller Völker, Länder und Gruppen, ihre Agrar- und Ernährungssysteme zum Nutzen von Mensch und Natur statt der Märkte auszurichten. Anne Emden und Paula Giola zeigen, dass es dafür bereits Beispiele gibt – von der agrarökologischen Praxis weltweit bis hin zur globalen Organisation. Sie plädieren für breite Bündnisse zur Einschränkung der Konzernmacht und Durchsetzung der Menschenrechte.

Vor zwei Jahren gab es 777 Millionen Hungernde auf der Welt, seither ist ihre Zahl auf 815 Millionen angewachsen. Gleichzeitig hat die Menschheit noch nie mehr Lebensmittel pro Kopf produziert als heute. Das erklärte die FAO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, zur 23. UN-Weltklimakonferenz im Dezember 2017. Ursache für den wieder ansteigenden Welthunger seien der Klimawandel und teils daraus resultierende Konflikte. Das Paradox: Die meisten aller Hungernden leben in ländlichen Räumen.

Mythos industrielle Landwirtschaft: Wer ernährt die Menschheit?

Interessant ist, sich genau anzuschauen, wo unsere Lebensmittel herkommen: Die industrielle Landwirtschaft produziert 30 Prozent aller weltweit konsumierten Nahrungsmittel auf 70 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Bäuerliche Landwirtschaft bewirtschaftet hingegen lediglich 30 Prozent der weltweiten landwirtschaftlichen Nutzfläche, stellt damit aber 70 Prozent der konsumierten Lebensmittel bereit.

Der Hunger ist von Vorteil für die multinationale Agrarindustrie, die seit der „Grünen Revolution“ vielerorts exportorientiert agiert. In den 1960er Jahren hatte die Entwicklung von Hochleistungs- und Hoyertragssorten begonnen, die vor allem in den Ländern des globalen Südens Verbreitung fanden. Die Politik unterstützt diese Ausrichtung aktiv, da die dafür notwendige, hochgradig mechanisierte Art der Landwirtschaft mit ihren Ausfuhren oft wesentlich zum Bruttoinlandsprodukt, also der Wirtschaftsleistung der jeweiligen Staaten beiträgt.



Kleinbäuerin von „Amrita Bhoomi“ in Karnataka, Südindien. Die Mitgliedsorganisation von *Via Campesina* setzt sich für Ernährungssouveränität und Agrarökologie ein

Auch in Deutschland ist die Landwirtschaft in hohem Maße mechanisiert. Durch den großflächigen Zugang zu chemischen Düngemitteln und aufgrund verschiedener politischen Steuerungselemente der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in den frühen Jahren der Europäischen Union wird in den EU-Staaten



auf eine effiziente, erdölbasierte und vor allem exportorientierte Landwirtschaft gesetzt. Damals wie heute formuliert die GAP das Ziel, „die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern“.

Die darauffolgende Entwicklung hat uns in eine auf Wachstum und Effizienz getrimmte Landwirtschaft geführt, die eine Vielzahl an ökologischen, sozialen und ökonomischen Fallstricken birgt – hier und anderswo. Bäuerliche Existenzen, regionale Märkte und Wirtschaftskreisläufe werden vernichtet, und somit auch Arbeitsplätze. Hinzu kommt, dass es mehr Transporte gibt, damit mehr Treibhausgase ausgestoßen werden, die wiederum den Klimawandel vorantreiben.

Vorgeblich um die Klimaerwärmung zu bekämpfen, formulieren die Vertragsstaaten im Rahmen der UN-Klimakonferenzen kompliziert klingende Steuerungsmechanismen wie REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation in developing countries, and forest conservation, sustainable forest management and enhancement of forest carbon stocks). Dahinter verbergen sich verschiedene Instrumente, die es erleichtern, vor allem in den Ländern des globalen Südens Wälder abzuholzen oder in ihrer Qualität zu verschlechtern – und dieses Vorgehen als „ökologisch verträglich oder klimaneutral“ zu labeln. An einem Ort der Welt ist die Quelle der unrechtmäßigen Landnahme ein REDD+-Projekt, an anderen

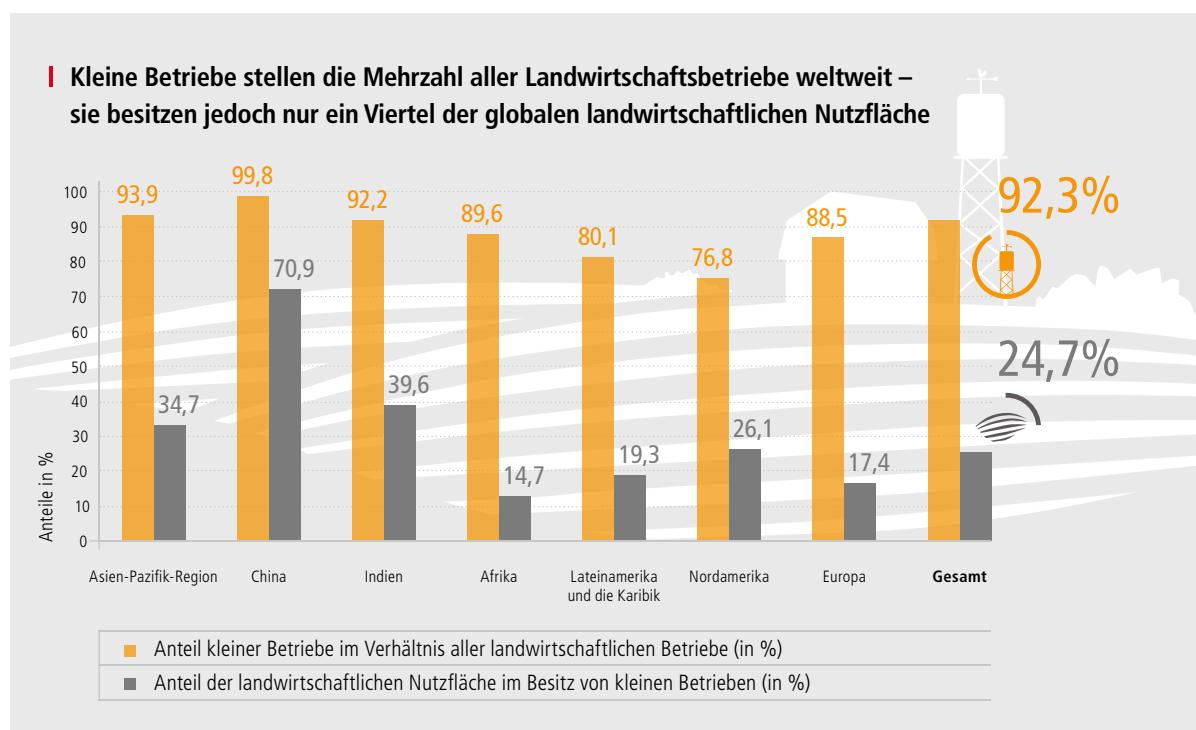
sind es die Einrichtung von Monokulturen für die Bioenergie-, Futtermittel- oder die industrielle Lebensmittelproduktion. Auch der Bau von Tagebauanlagen, Minen, Wasserdämmen, Flughäfen, Autobahnen, touristischen Anlagen, um die heutige Konsumgesellschaft stetig mit Gütern zu versorgen, sorgt für Flächenfraß. In all diesen Fällen sind die ersten Leidtragenden dieser Entwicklungen die lokalen Gemeinschaften.

In Namen der Produktionseffizienz und des Kampfes gegen den Welthunger geraten die im globalen Süden weit verbreiteten kleinbäuerlichen Agrarstrukturen immer stärker unter Druck. Im Sinne der kapitalistischen Wertschöpfung werden diese häufig durch hochtechnisierte Monokulturplantagen mit reichlich Dünger- und Chemieeinsatz verdrängt. Im Süden und Norden bleiben dabei Kleinbäuer_innen auf der Strecke.

Hin zu einem demokratischen Ernährungs- und Landwirtschaftssystem

Doch Bäuer_innen stellen sich nicht weiter nur als Zuschauer_innen und Spielbälle dieser Entwicklung zur Verfügung. Sie entwickeln eigene Strategien für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Denn wie in anderen Sektoren besteht auch hier bekanntermaßen die dringende Notwendigkeit zu sozial-ökologischer Transformation.

Aus diesem Grund wurde Anfang der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts *La Via Campesina* gegründet und sie





wächst seither stetig. *La Via Campesina* ist eine unabhängige internationale Bewegung, die aus bäuerlichen Familienbetrieben, kleinen und mittelgroßen Lebensmittelerzeuger_innen, ländlichen Frauen, indigener Bevölkerung, Fischer_innen, Landlosen, ländlicher Jugend, migrantischen und Saisonarbeitskräften besteht. Der Gründungsgedanke lag darin, kleinen Lebensmittelerzeuger_innen im globalen Kontext jenes Gehör zu verschaffen, das sie im Zuge der Liberalisierung der Agrarmärkte, der Politik von Internationalem Währungsfonds, Weltbank und der Gründung der Welthandelsorganisation dringend benötigten. Über 200 Millionen Menschen fühlen sich heute *La Via Campesina* zugehörig.

Schon damals sprachen die UN-Staaten davon, Hunger und Armut zu bekämpfen. Das Konzept der Ernährungssicherheit, das die FAO seit den 1970er Jahren vertritt, ist jedoch völlig unzureichend, denn es bildet lediglich die rein quantitative Seite der Ernährung ab: Ein Mensch soll täglich so viel Essen zur Verfügung haben, dass sein Kalorienbedarf gedeckt ist. Nicht relevant erscheint dabei, wie die Qualität des Essens ist, wie, wo und unter welchen Arbeitsbedingungen es produziert wurde. Um Ernährungssicherheit umzusetzen, wird das Wachstumsparadigma also nicht in Frage gestellt. Um dem etwas entgegenzustellen, Hunger und Armut weltweit zu bekämpfen sowie das Ernährungs- und Landwirtschaftssystem zu demokratisieren, brachte *La Via Campesina* während des Welternährungsgipfels 1996 in Rom erstmalig das Konzept der Ernährungssouveränität in die Debatte ein.

In der Nyéléni Deklaration 2007 wurde das Prinzip von Akteur_innen aller Teile der Wertschöpfungskette gemeinsam erarbeitet und niedergelegt. Sie definierten Ernährungssouveränität als das „Recht aller Völker auf gesunde und kulturell angepasste Ernährung, welche umweltfreundlich und nachhaltig in einem selbst gewählten und definierten Ernährungs- und Landwirtschaftssystem hergestellt wurde.“ Ein demokratisiertes Ernährungs- und Landwirtschaftssystem, das die Interessen aller und die einer zukunftsfähigen Landwirtschaft im Blick hat, stellt „diejenigen, die Nahrung produzieren, verteilen und konsumieren in den Mittelpunkt [...] und nicht Märkte und Unternehmen“, heißt es weiter.

Ein solches demokratisiertes Ernährungs- und Landwirtschaftssystem sieht vor, dass diejenigen, die Nahrungsmittel produzieren, nicht hungrig oder um ihre Existenz kämpfen müssen, sondern gerechte Löhne, eine würdige Arbeit und damit ein faires Auskommen in einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Landwirtschaft haben. Ernährungssouveränität ist somit das radikale Konzept dazu.

Um dorthin zu kommen, muss das kapitalistische System, in dem wir leben, in Frage gestellt werden. Ernährungssouveränität schafft, fördert und erkennt Wissen der Bäuer_innen an, respektiert die natürlichen Grenzen unseres Planeten und arbeitet deshalb mit der Natur und nicht gegen sie. Der Weg dahin wird bäuerliche Agrarökologie genannt.

„Bäuerliche Agrarökologie“: Die Praxis als Weg zum Ziel

Bäuer_innen setzen bereits seit Generationen agrarökologische Methoden zur bestmöglichen Nutzung und Verwertung aller im Ökosystem vorhandenen Ressourcen ein, um dieses nachhaltig zu gestalten und für kommende Generationen nutzbar zu halten. Dabei wenden sie beispielsweise Maßnahmen an wie den Zwischenfruchtanbau, verwenden Lebensmittelreste und tierische Exkreme, um die Felder natürlich zu düngen; sie beziehen die im Ökosystem vorhandene Artenvielfalt von Tieren, Pflanzen, Bäumen und Sträuchern sowie bäuerlichem Saatgut ein und nutzen sie. So ernähren sie nicht nur ihre Gemeinschaften vielseitig und gesund, sondern schaffen auch widerstandsfähige Systeme, die nicht zur weiteren Erwärmung des Klimas beitragen, aber den Veränderungen durch die steigenden Temperaturen gewachsen sind.

Bäuerliche Agrarökologie im Ganzen geht jedoch über die beschriebenen traditionellen landwirtschaftlichen Techniken weit hinaus, da sie auch relevante sozialpolitische Dimensionen enthält. Sie basiert auf der Vergangenheit und ist zukunftsorientiert. Sie stellt sich gegen das kapitalistische System und erkennt dabei die große Bedeutung der Zugehörigkeit der ländlichen Gemeinschaften zu ihren Lebensräumen an, fördert den direkten und lokalen Absatzmarkt und stellt patriarchale Machtstrukturen in Frage. Zudem generiert sie auf sozialer Ebene Arbeitsplätze und lebendige ländliche Räume.



Der freie Zugang zu Saatgut ist grundlegend, um die Vielfalt zu erhalten



Austausch zu agrar-ökologischen Praktiken zwischen koreanischen und indonesischen Kleinbäuer_innen

Wie jedoch können die Prinzipien von Ernährungssouveränität und der bäuerlichen Agrarökologie gängige Praxis für Bäuer_innen, Gesellschaft und Politik werden und auf diese Weise zu einem nachhaltigen, auf regionalen Wirtschaftskreisläufen fußenden und widerstandsfähigem Ernährungs- und Landwirtschaftssystem führen? Klar ist: Politische Rahmenbedingungen sind zur Umsetzung unerlässlich.

Bündnisse zur Einklagung von Menschenrechten

Das kapitalistische System und die Politik im Interesse der Agrarkonzerne wird sich nicht von heute auf morgen ändern. Es braucht dafür eine Vielzahl verbindender Initiativen, Bündnisse und Rahmenbedingungen, die bäuerliche Strukturen stärken und ihnen damit ermöglichen, Entscheidungen nicht primär nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern ganzheitlich auf ökonomischer, ökologischer und sozialer Grundlage treffen zu können. Die Schaffung solcher für die Transformation notwendigen politischen Rahmenbedingungen auf lokaler, regionaler und internationaler Ebenen ist eine wichtige Bedingung um gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen.

Zurzeit werden zwei internationale Initiativen im UN-Menschenrechtsrat verhandelt, die die Bedeutung solcher Rahmenbedingungen im Speziellen und von Bündnisarbeit generell zeigen: Dies ist zum einen die Erklärung für die Rechte der Kleinbäuer_innen und anderer Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten. Zum anderen ist es die Erarbeitung eines rechtsverbindlichen Abkommens zur Einschränkung der Macht transnationaler Konzerne und damit zur Einhaltung der Menschenrechte der betroffenen Bevölkerungsgruppen.

La Via Campesina erarbeitet schon seit 2002 eine Erklärung für die Rechte der Kleinbäuer_innen und anderer Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten. Darin sollen beispielsweise das Menschenrecht auf Nahrung, das Recht auf Land, Wasser, Saatgut und biologische Vielfalt garantiert werden. Wenn das Recht auf Nahrung verletzt wird, geht das oft einher mit weiteren grundlegenden Menschenrechtsverletzungen. Die aktuell bestehenden Menschenrechtsinstrumente verhindern die Ursachen dieser Verletzungen nicht ausreichend. Zivilgesellschaftliche Akteure aus verschiedenen Sektoren – Indigene-, Fischer_innen-, Hirtenorganisationen und Gewerkschaften zusammen mit *La Via Campesina* und unterstützenden NGOs – arbeiten seit 2012 gemeinsam mit der bolivianischen Regierung daran, dass die Erklärung zu den Rechten von Kleinbäuer_innen von den Vereinten Nationen ratifiziert wird.

Viele dieser Rechte werden von transnationalen (Agrar)Konzernen verletzt. Es gibt jedoch bisher keinen juristischen und internationalen Rechtsrahmen, um diese Verletzungen zu verfolgen und zu ahnden. Aus diesem Grund setzt sich ein weiteres Bündnis – einschließlich Lebensmittelproduzent_innen und Gewerkschaften – derzeit für ein durch die UN anerkanntes, rechtsverbindliches Abkommen zur Einschränkung der Macht transnationaler Konzerne und damit zur Einhaltung der Menschenrechte ein. Während die Interessen mächtiger Konzerne durch Institutionen wie die Welthandelsorganisation, den IWF oder die verschiedenen Handelsabkommen geschützt sind, scheint es, dass dies für die Rechte von indigenen Gesellschaften, Arbeiter_innen, Bäuer_innen und der Umwelt (besonders in den Ländern des Globalen Südens) nicht gilt.

Die Vielzahl der Menschenrechtsverletzungen in den verschiedensten Bereichen spricht eine eindeutige Sprache: Es bedarf einer juristischen Instanz, vor der die Betroffenen ihre Rechte einfordern können und Konzerne zur Rechenschaft gezogen werden! Auch hierfür müssen sich Bewegungen, Gewerkschaften und Organisationen gemeinsam einsetzen.

Über Anne Emden und Paula Giola

Anne Emden ist aktiv in der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) und in der Jugendgruppe von *La Via Campesina* in Europa. Paula Giola ist aktiv in der Arbeitsgemeinschaft bäuerlichen Landwirtschaft (AbL) – Mitgliedsorganisation von *La Via Campesina* in Deutschland – und repräsentiert Europa in der internationalen Koordination von *La Via Campesina*.



3.3 EMANZIPIERUNG VON ARBEITERINNEN IM INFORMELLEN SEKTOR

Kampf um die Infrastruktur

92 Prozent der Beschäftigten sind in Indien im informellen Sektor tätig, davon viele Frauen. Doch genau dort sind Gewerkschaften kaum präsent. Und Indien ist kein Einzelfall. Beteiligung ist grundlegend, wenn die Wirtschaft inklusiv und gerecht sein soll. Die LEARN Arbeiterinnen-Gewerkschaft hat einen ersten Schritt getan: Anhand von Protesten gegen den öffentlichen Nahverkehr beschreibt *Indira Gartenberg*, wie sich marginalisierte Frauen in einem Armenviertel aus ihrer gemeinsamen Identität heraus organisieren und zum ersten Mal einen Protest auf die Beine stellen, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Arme erwerbstätige Frauen in Indien müssen sich jeden Tag mit einer Reihe von Schwierigkeiten auseinandersetzen. Armut, Analphabetismus, Krankheiten, unregelmäßige prekäre Arbeitsverhältnisse, Niedriglohnarbeit, unzureichende öffentliche Dienstleistungen und traditionelle Geschlechterrollen sind für sie die Lebensrealität.



Gemeinsame Sache – indische Frauen organisieren sich für bessere Lebensumstände

Zugleich gibt es kaum einen Rahmen, in dem sich Arbeiterinnen treffen und über diese Herausforderungen austauschen, Unterstützung finden oder gemeinsam Lösungen für Missstände im persönlichen oder beruflichen Umfeld entwickeln können. Denn von den zwölf Dachgewerkschaften organisiert nur eine Arbeiterinnen im informellen Sektor. Der Grad der gewerkschaftlichen Organisation ist sehr gering und es gibt kaum Forschung, die sich mit ihren Problemen befasst.

Vor diesem Hintergrund entstand die LEARN Mahila Kamgaar Sanghatana. LMKS, auf deutsch etwa: die LEARN Arbeiterinnen Gewerkschaft. LEARN ist eine NGO mit Sitz in Mumbai, die Frauen im informellen Sektor in den städtischen Slums mobilisieren will. Im Fokus von LMKS steht der Aufbau einer soliden und aktiven Basis. In diesem Rahmen sollen sich Arbeiterinnen austauschen können und so ihre Kapazität für Kollektivverhandlungen sowie ihre Kollektivstimme entwickeln und stärken.

Zu den Mitgliedern zählen Hausangestellte, Heimarbeiterinnen, Müllsamplerinnen, Bauarbeiterinnen, Straßenveräuferinnen und Arbeiterinnen in Kleinstfabriken. Sie sind mehrheitlich Analphabetinnen und seit Generationen unterdrückt und ohne Mitspracherecht. Das Kastensystem in Indien verstärkt ihre Ungleichstellung und lässt sie im sozioökonomischen und kulturellen Gefüge noch weiter nach unten rutschen. Durch LMKS entwickeln sie eine Identität – als Frauen, Arbeiterinnen, Gewerkschaftsaktivistinnen und aktive Bürgerinnen.

LMKS



Die Frauengewerkschaft LEARN Mahila Kamgaar Sanghatana, kurz LMKS, hat ihren in Maharashtra, einem Bundesstaat an der Westküste Indiens. Sie ist gegenwärtig in drei Städten aktiv: Mumbai, Nashik und Solapur. In LMKS haben sich traditionell ausbeutete Arbeiterinnen zusammengeschlossen, um gemeinsam ihre Stimme zu erheben und ihre Interessen zu vertreten.



Protestmarsch der Arbeiter_innen von LMKS (2017)

An einem Beispiel möchte ich aufzeigen, wie die Frauen in LMKS vorgehen, Schlüsselthemen identifizieren, Schwerpunkte setzen und auswählen, bevor sie für ein Thema mobilisieren: Es geht um verbesserten Zugang zu öffentlichem Verkehr, ein wichtiger Faktor, der eine große Bandbreite von Menschen betrifft.

Es begann mit einer Erklärung Chandranilamma, der Sprecherin der Frauen aus einem Straßenzug, bei der monatlichen LMKS-Mitgliederversammlung im Januar 2017. Sie sagte:

„Schwestern, ich bin Hausangestellte und alleinerziehende Mutter. Ich arbeite jeden Tag 12 Stunden. Das Leben ist hart genug, aber jetzt habe ich es satt, ständig von meinem Arbeitgeber ermahnt zu werden, weil ich nicht pünktlich zur Arbeit erscheine. Obwohl ich früh aufstehe und meine Hausarbeiten zügig erledige, ist es mir unmöglich, rechtzeitig zur Arbeit zu kommen. Dabei trifft mich überhaupt keine Schuld daran. Ich warte jeden Tag bis zu zwei Stunden an der Bushaltestelle, und wenn der Bus nicht kommt, muss ich selbst für ein Taxi zu meiner Arbeitsstelle zahlen. Sobald ich meinen Lohn am Ende des Monats erhalte, kaufe ich mir eine Monatskarte für den Bus. Aber wofür taugt die, wenn ich den Busservice nicht benutzen kann? Meine Arbeitgeber bezahlen mich nicht extra, um diese zusätzlichen Transportkosten abzudecken. Wenn ich jeden Tag für ein Taxi zahlen muss, hinterlässt das eine große Lücke in

meinem ohnehin schon geringen Einkommen. Ich war schon mehrmals beim Busdepot und habe die Leute dort angefleht, etwas zu tun. Manchmal habe ich ihnen sogar gedroht, aber sie lachen einfach nur. Bisher hat sich nichts geändert. Glaubt Ihr, wir könnten gemeinsam etwas tun, um die Situation zu ändern?“

Die anderen lokalen Sprecherinnen der Gewerkschaft bestätigten das Problem, das nicht nur Hausangestellte, sondern auch andere Gruppen wie Bau- und Heimarbeiter_innen oder Schulkinder betreffe. Ihr Beschluss: „Das muss sich ändern, und wir müssen etwas tun, um das zu ändern!“

Eine Ideensammlung folgte, ein Aktionsplan wurde erstellt. Der kommunale Busbetreiber Best bekam die Chance, das Problem zu lösen. Aber einen Monat später hatte sich nichts getan. Als nächsten Schritt bereiteten die Gewerkschafterinnen eine Demonstration am Busdepot von Best in ihrem Stadtbezirk vor. Sie trugen jeweils 500 Rupien zur Deckung der Demonstrationskosten bei, dachten sich gemeinsam mit ihren Nachbarinnen, Freundinnen und Familien Plakatsprüche aus. Für besonders einfallsreiche Ideen gab es Lob und Ermutigung von Kolleginnen und Schwestern. Der kollektive Schaffungsprozess unterstrich die Bedeutung der Aktion und machten allen Beteiligten Spaß. So kam der große Tag.



Zahlreiche Frauen und Kinder schlossen sich der Demonstration an und skandierten lautstark ihre Slogans. Den Höhepunkt fanden die Proteste vor den Toren des Busdepots. Journalist_innen interviewten die Frauen. Chandranilamma und einige andere Vertreterinnen wurden zu Verhandlungen ins Büro des Depotleiters eingeladen. Dort sagte Chandranilamma:

„Sir, ich verdiene meinen Lebensunterhalt, indem ich Geschirr und schmutzige Kleidung wasche. Mein Einkommen ist bescheiden. Mein Arbeitgeber ermahnt mich jeden Tag. Ich habe ständig Angst, meine Anstellung zu verlieren. Ich muss meinen Stolz ablegen und die Angriffe auf meine Würde über mich ergehen lassen. Und all das, weil ich jeden Tag zu spät zur Arbeit komme. Nicht etwa, weil es meine Schuld wäre, sondern weil der Dienst ihres Busbetriebs nicht zuverlässig ist. Und das ist nicht nur meine Geschichte. Hunderte meiner Schwestern und Brüder haben das gleiche Problem. Ich hoffe, Sie werden meiner bescheidenen Bitte entsprechen und unser Leben etwas leichter machen, indem Sie die Taktfrequenz der Buslinien 52 und 70 erhöhen.“

Nach einer halbstündigen Verhandlung gab der Leiter des Busdepots nach und wies sein Team an, die Taktfrequenz der zwei Buslinien zu erhöhen. Für die Frauen bedeutete das ein Gefühl der persönlichen Befriedigung und der kollektiven Erfüllung. Bei der Rückkehr zu ihren Mitstreiterinnen lächelte Chandranilamma, erhob ihre Faust und sagte: „Wir haben es geschafft!“ Eine laute Welle des Beifalls, der Freude und Ausgelassenheit folgte. Es wurde allen langsam voller Stolz bewusst, dass sie tatsächlich das Undenkbare möglich gemacht hatten.

I Informeller Sektor in Indien

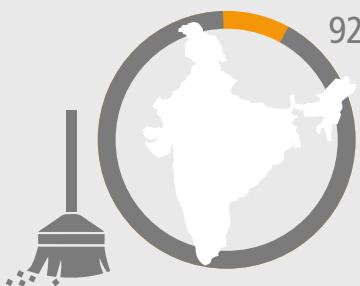
477 Mio.



477 Millionen Menschen in Indien zählen zur Erwerbsbevölkerung.

8 %

92 %



92 Prozent davon sind im informellen Sektor beschäftigt.

62 %

38 %



Sie tragen 62 Prozent zum BIP bei.

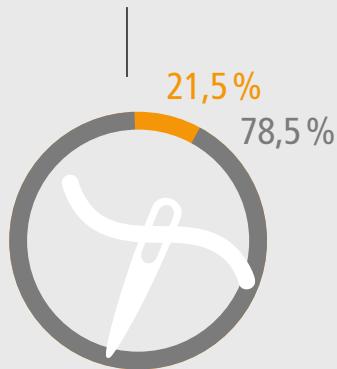
Mit der Organisation dieser Demonstration hatten die Frauen gelernt, sich auszutauschen, zusammenzuarbeiten, Ideen umzusetzen, zu planen, zu verhandeln, gemeinsam etwas zu schaffen, und sich dabei nützliche Fähigkeiten angeeignet: Wenige Monate nach dieser erfolgreichen Demonstration half eine der Sprecherinnen, die Heimarbeiterin Ajgari Khatun, bei einem Besuch in ihrem Dorf in der Region Bihar den dortigen Frauen, eine Versammlung einzuberufen und eine Demonstration bei der Kommunalbehörde zu organisieren, um ihren rechtmäßigen Anspruch auf Entschädigung für Überschwemmungsschäden geltend zu machen. Auch diese Aktion war von Erfolg gekrönt, und die Frauen gewannen an Selbstbewusstsein, ihre Rechte



I Frauen im informellen Sektor in Indien



78,5 Prozent der Frauen im informellen Sektor



... sind in traditionellen Branchen beschäftigt, die von niedriger Produktivität geprägt ist.



Schriftliche Verträge gibt es nicht.³

gemeinsam einzufordern. Die Gewerkschafterinnen wurden also zu Multiplikatorinnen, die Bewegung armer erwerbstätiger Frauen in Mumbai erzielte auch in weit entfernten Bezirken Wirkung.

Das ist wichtig, denn die schnelle Verstädterung erzeugt großen Druck auf begrenzte Ressourcen. Dabei ist oft entscheidend, ob es öffentliche Güter und Dienstleistungen gibt. Angesichts der Größe des informellen Sektors müssen die Schaffung wirtschaftlicher Perspektiven und die Bedürfnisse der dortigen Arbeiter_innen im Mittelpunkt allen Handelns stehen. Damit sie diese zunehmend auch formulieren und durchsetzen können, ist eine Organisierung und Emanzipation gerade dort besonders wichtig. Nur so können wir sicherstellen, dass die Wirtschaft Inklusivität und Gerechtigkeit garantiert. Das schließt die Verfügbarkeit von würdiger Arbeit ein, aber auch Zugang zu bezahlbarer Gesundheitsversorgung, Bildung, Infrastruktur, öffentlichen Einrichtungen sowie ein breit angelegtes Sozialnetz. Es reicht nicht aus, Arbeitsplätze zu schaffen, man muss auch die Mittel bereitstellen, damit Menschen Zugang zu ihnen haben. Arme Erwerbstätige sind auf die Bereitstellung von Öffentlichen Gütern und Dienstleistungen sowie auf staatliche Subventionen angewiesen. Wenn der Zugang zu ihnen beschränkt oder unmöglich gemacht wird, vergrößert sich die Kluft zwischen arm und reich noch mehr.

Es reicht nicht aus, Arbeitsplätze zu schaffen, man muss auch die Mittel bereitstellen, damit Menschen Zugang zu ihnen haben.

Basisbewegungen wie die hier beschriebene spielen eine grundlegende Rolle bei der Herausforderung, die Möglichkeiten der armen Bevölkerungsgruppen zu verbessern.

→ Übersetzung aus dem Englischen: Roberto Foth

Über Indira Gartenberg

Indira Gartenberg ist Regionalreferentin für Asien beim DGB Bildungswerk BUND und ehrenamtliche Organisationssekretärin von LEARN Mahila Kamgaar Sanghatana (LMKS) in Indien.



3.4 LEBENSGRUNDLAGEN ALS GEMEINEIGENTUM

Commons: Grundlage einer solidarischen Wirtschaft

Commons sind Gemeingut, Ressourcen wie Land, Wasser, Tiere, Pflanzen, aber auch Wissen und als „Creative Commons“ ausgezeichnete Werke wie Fotos oder Zeichnungen, die allen gehören und nach gemeinschaftlich ausgehandelten Prinzipien von allen genutzt werden können. Damit stellen sie eine – uralte – Alternative zu Markt und Staat dar. Wolfgang Höschele beschreibt anhand von Beispielen, wie dieser dritte Weg vielerorts bedroht wird. Der Kampf um die Erhaltung oder Rückgewinnung von Commons sei von kritischer Bedeutung für die Möglichkeit, solidarisch zu wirtschaften.

ANFANGSSTROPHE EINES ALTEN ENGLISCHEN PROTESTGEDICHTS⁴

*The law locks up the man or woman
Who steals the goose from off the common
But leaves the greater villain loose
Who steals the common from off the goose*

*Das Gesetz sperrt ein Männer und Frau'n
Die der Allmende Gänse klau'n
Doch dem größ'ren Schurken es erlaubt,
Dass der Gans er die Allmende raubt.*

Vom 15. bis ins 19. Jahrhundert wurde die englische Landbevölkerung systematisch ihres Landes und damit ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Obwohl die Felder schon lange rechtlich gesehen den Feudalherren gehörten, hatten die Dorfgemeinschaften darüber verfügt, wer unter welchen Bedingungen welche Streifen Land bewirtschaften und sein Vieh auf die gemeinsamen Weiden führen durfte. Das waren die *Commons* oder Allmenden, wie sie ähnlich in vielen anderen Ländern (auch in Deutschland) zu finden waren. Als England jedoch sein Getreide zunehmend aus Polen einföhrte und der Markt für tierische Produkte zunahm, vertrieben die Landeigentümer die meisten Bäuer_innen vom Lande, um nur noch wenige Viehhirt_innen anzustellen. Das hieß „enclosure of the commons,“ also etwa Einhegung der Allmende. Trotz ihres Wi-

derstandes mussten die meisten Bäuer_innen in die Städte ziehen, wo sie unter den widrigen von Karl Marx beschriebenen Bedingungen des Frühkapitalismus ihr Leben fristen mussten.

Dieses ist nur eines von unzähligen Beispielen, wie es einigen Menschen ermöglicht wurde und wird, sich durch die Enteignung gewöhnlicher Menschen zu bereichern. Die Geschichte der weltweiten Landnahme durch Kolonialreiche kann dazu herangezogen werden. Aktuell können „landgrabbing“ in Afrika und der Bergbau in vielen Teilen der Welt (auch in Europa, etwa beim Braunkohletagebau in Deutschland) beispielhaft erwähnt werden. Den betroffenen Menschen verbleibt oft die einzige Alternative, ihre Arbeitskraft am sogenannten freien Arbeitsmarkt zu verkaufen. Dann trifft Rosa Luxemburgs Feststellung zu, unter den Bedingungen des Kapitalismus sei es noch schlimmer, von Kapitalisten *nicht* ausgebeutet zu werden, als von ihnen ausbeutet zu werden!

Die Voraussetzungen würdiger, selbstbestimmter Arbeit werden hierdurch untergraben und Umverteilung von unten nach oben betrieben. Meistens geschieht dies auf Kosten der ökologischen Nachhaltigkeit, denn die meisten lokalen Gemeinschaften hatten Regeln der Ressourcennutzung und -pflege entwickelt, um die Lebensgrundlagen ihrer Kinder und Enkelkinder zu erhalten. Solche Regeln interessieren auf kurzfristige Renditen ausgelegte Unternehmen kaum.

Reformistische Ansätze versuchen, dieses Problem durch Umverteilung von oben nach unten zu überwinden, etwa mit steuer- und sozialpolitischen Mitteln. Diese Ansätze haben in den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in den reichen westlichen Industrieländern einigermaßen funktioniert, aber weltweit gesehen war das die absolute Ausnahme. Und

⁴Übersetzung veröffentlicht auf Keimform.de: <http://keimform.de/2010/the-goose-and-the-commons/>



der Siegeszug neoliberaler Reformen seit den 1970er Jahren bedroht auch diese Erfolge. Deshalb ist es wichtig, sich nicht allein auf herkömmliche Steuer- und Sozialpolitik zu verlassen. Wir müssen uns daran machen, die Umverteilung von unten nach oben zu verhindern, unter anderem indem wir *Allmenden* oder *Commons* erhalten, wiederbeleben oder neu schaffen!

Was sind Commons?

Dazu muss der Begriff „*Commons*“ nicht nur für traditionelle Gemeinschaften, sondern auch für moderne Stadtbewohner_innen Bedeutung gewinnen. Nach einer Definition der Autorin und *Commons*-Aktivistin Silke Helfrich und anderen gehören zu *Commons* erstens Commoners (eine Gemeinschaft von Nutzer_innen), zweitens *Commons*-Ressourcen (Gemeingüter) und drittens Commoning (die gemeinsame Entscheidungsfindung, Erarbeitung von Regeln und ähnliches).

Wir müssen die Umverteilung von unten nach oben verhindern, indem wir Commons erhalten, wiederbeleben oder neu schaffen!

Es kann sich um alle möglichen Gemeingüter handeln, etwa Land, Wasser, Luft, Biodiversität, gemeinsam genutzte Werkstätten, solidarische Landwirtschaft oder Wissen. Entscheidendes Merkmal von *Commons* ist, dass die Commoners darüber bestimmen, wie die Gemeingüter zu nutzen und pflegen sind, und sich dabei an den eigenen Bedürfnissen orientieren. *Commons*-Gemeinschaften werden durch dauerhafte und vielfältige Beziehungen aufgebaut, die gegenseitiges Vertrauen schaffen. Die Verfahren der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung müssen möglichst demokratisch gestaltet werden, damit die Bedürfnisse aller Beteiligten berücksichtigt werden. Anspruch und Wirklichkeit können natürlich auseinanderfallen, wie bei allen anderen menschlichen Institutionen auch, doch sind *Commons* ein wichtiger Weg zu bedürfnisorientierter, demokratischer Nutzung und Pflege gemeinsamer Ressourcen.

Der Zugang zum Wasser in Cochabamba

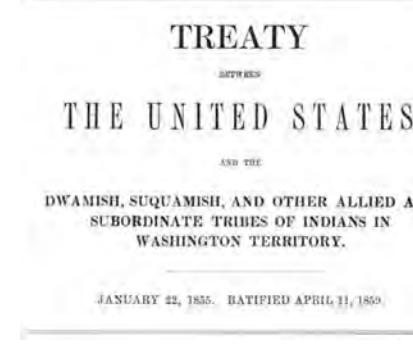
Konflikte zwischen Privatisierung und *Commons* gestalten sich immer wieder neu. Ein berühmtes Beispiel ereignete sich um das Jahr 2000 in der bolivianischen Großstadt Cochabamba, wo die kommunale Wasserversorgung an ein Tochterunterneh-

men des internationalen Konzerns Bechtel verkauft wurde. Die Preise für die Wasserversorgung wurden sofort drastisch erhöht, so dass große Bevölkerungsschichten sich kein Wasser mehr leisten konnten. Darüber hinaus wurde den Menschen verboten, auf ihren Hausdächern Wasser zu sammeln und durch kleine Versorgungsnetze in ihrer Nachbarschaft zu verteilen. Der allgemeine Zugang zu Regenwasser (ein *Commons*) wurde gesperrt, damit Bechtel sein Wassermanopoly voll ausnützen konnte! Es gab einen „Krieg um Wasser“ bis diese Regelung zurückgezogen und die Wasserversorgung rekomunalisiert wurde.

Natürlich ist es mit einer einfachen Rückführung in kommunale Trägerschaft nicht getan, denn eine zentral gelenkte öffentliche Wasserversorgung ist kein *Commons*. Damit diese sich in Richtung eines Gemeinguts bewegt, sind Mitspracherechte der Konsument_innen nötig, besonders der einfachen Haushalte. Nur so kommt es zu einer gerechten Gestaltung der Wasserversorgung. Schritte in diese Richtung wurden in Cochabamba unternommen.

Das Recht auf Fischerei im Staat Washington

Oft werden Gemeingüter privatisiert, wo vorher noch niemand auf die Idee gekommen war, sie als Eigentum zu beanspruchen – wie ja auch das Regenwasser in Cochabamba. In anderen Fällen wurden Rechte auf ein *Commons* verbrieft, aber nicht beachtet und das Gemeingut selbst weitgehend zerstört. Ein Beispiel im Staat Washington im Nordwesten der USA: Dort wurden 1854/55 fünf Verträge mit indigenen Volksgruppen – den so genannten „First Nations“ – unterzeichnet, die ganz wesentlich von der Lachsfischerei in den Flüssen lebten. Ihnen wurde das Recht auf Fischfang zugestanden „in common with all citizens of the United States“ (gemeinsam mit allen Bürger_innen der USA).



Der Vertrag von „Point Elliott“ (1855) zwischen der Regierung der USA und 22 Indianerstämmen im Umkreis des Puget Sound im heutigen Bundesstaat Washington



Fischer der Yakama-Stammesgruppe im Südosten des US-Bundesstaats Washington beim traditionellen Fischfang – 1984 wehrte die Gruppe sich gegen die Verringerung ihrer vertraglich zugesicherten Fischereirechte

Doch dann wurde ihnen der Zugang zu den Flüssen verwehrt, und darüber hinaus wurden die Fischbestände durch industrielle Überfischung und Landschaftsveränderungen dezimiert.

Die First Nations-Gemeinden erkämpften sich in den 1980er und 90er Jahren vor Gericht das Recht auf die Hälfte des Fischfangs und auf die gemeinsame Verwaltung der Fischerei mit den zuständigen Behörden, das heißt eine Form von *Commons*. Die Bestände sind dadurch jedoch nicht gesichert, und sie kämpfen weiterhin um die Anerkennung ihrer Nutzungsrechte.

Viele Großprojekte wie zum Beispiel Staudämme zerstören Gemeingüter und *Commons* in den betroffenen Regionen. Der Bergbau betrifft weltweit immense Bevölkerungen; Korruption ist immer wieder im Spiel, wie zuletzt die „Paradise Papers“ für die Demokratische Republik Kongo aufdeckten.

Wie können wir Commons vor Enteignungen schützen?

Wir können darauf drängen, *Commons* rechtlich anzuerkennen. Offiziell festzulegen, welche Ressourcen des Landes, der Fließgewässer, der Pflanzen und Tiere einer Region Gemeingut sind, würde Enteignungen wesentlich erschweren.

Allgemein ist es wichtig, am Vorrang der Menschenrechte vor allen Handelsabkommen, Eigentumsrechten und ähnlichem festzuhalten. Zu den Menschenrechten gehört der Zugang zu grundlegenden Gemeingütern, zu unseren Lebensgrundlagen. Auf internationaler Ebene bedeutet dies unter anderem, gegen Handelsverträge zu protestieren, die die Rechte internationaler Konzerne gegenüber Regierungen, Einzelpersonen und kleinen und mittleren Unternehmen weiter stärken. Regierungen kann man aber nur beeinflussen, wenn man eine starke



Zu den Menschenrechten gehört der Zugang zu grundlegenden Gemeingütern, zu unseren Lebensgrundlagen.

gesellschaftliche Basis hat. Deshalb ist es unerlässlich, *Commons* zuhause und international aufzubauen und zu unterstützen – *Commons*, die Menschen dazu befähigen, ihren Lebensunterhalt möglichst unabhängig von kapitalistischen Strukturen zu sichern. Dadurch können sie ihre gemeinsamen Interessen selbstbewusster vertreten und ihre eigenen Formen der sozialen Sicherung aufbauen (besonders wichtig in Ländern, wo der Staat dazu weder willens noch in der Lage ist).

Von entscheidender Bedeutung auf globaler Ebene sind Wissens-*Commons*, durch die Menschen weltweit voneinander lernen. Ein gutes Beispiel ist die Global Platform of Local and Indigenous Lands. Diese Organisation sammelt international Wissen über die Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften und hilft ihnen dabei, sich für die Erweiterung ihrer Rechte einzusetzen. Saatgut-*Commons* beispielsweise sind für die Erhaltung bäuerlicher Landwirtschaft von kritischer Bedeutung. Das Gemeingut in diesem Fall ist nicht nur das Saatgut, sondern auch das Wissen, dass nicht patentiert werden soll!



Freies Saatgut, freies Wissen – Commons als markt- und staatsunabhängige Alternative für Produktion, Handel und Wissen

Im deutschsprachigen Raum gibt es unter anderem Solidarische Landwirtschaften, das Mietshäuser Syndikat, Netzwerke zum Teilen von Saatgut, die alle mehr oder weniger nach *Commons*-Grundsätzen handeln und diese weiterentwickeln. Eine sehr viel ausführlichere Liste ist im Wikipedia-Artikel über *Commons* zu finden.

Anzustreben ist, dass Menschen überall gemeinsam über möglichst viele der Ressourcen verfügen, die sie zum Leben

Wissens-Commons: Global Platform of Local and Indigenous Lands auf Twitter

brauchen. Auf dieser Grundlage sind ganz spannende alternative, zukunftsfähige Wirtschaftssysteme denkbar!

Über Wolfgang Höschele

Wolfgang Höschele befasst sich seit seiner Studienzeit mit ökologischen und sozialen Fragen. Als Geographieprofessor in den USA entwarf er den Ansatz einer „Wirtschaft der Lebensfülle“ zur Überwindung der ökologischen Krise, den er heute in Heidelberg als freiberuflicher Publizist weiterentwickelt. Von ihm erschien gerade „Wirtschaft neu erfinden. Grundlegung für eine Ökonomie der Lebensfülle“, München 2017

Links

→ Northwest Indian Fisheries Commission, Treaties:
<https://nwifc.org/member-tribes/treaties>

→ Commons-Blog von Silke Helfrich:
<https://commons.blog>

→ Wikipedia-Artikel über Commons (vorwiegend von Mitgliedern des Commons-Instituts geschrieben):
<https://de.wikipedia.org/wiki/Commons>

→ Global Platform of Local and Indigenous Lands:
<http://www.landmarkmap.org>





3.5 DIE DEMOKRATISIERUNG DES WISSENS

Freies Werkzeug oder Ware

Kooperieren, teilen, tauschen, reparieren, selbst produzieren: Die digitalen Vernetzungsmöglichkeiten des Internets schaffen neue Möglichkeiten für die Demokratisierung von Wissen und Bildung, sagt Annette Jensen und präsentiert beispielhafte Projekte. Die Chancen müssten aber genutzt und verteidigt werden. Als Grundlage für eine Demokratie ist Wissen, der Zugang zu Informationen und Bildung essenziell. Doch wer bestimmt darüber, was Wissen ist? Und wer hat Zugang dazu? Auch die Konstruktion von Wissen und deren Zugang müssen demokratisiert werden.

„Bildung ist die stärkste Waffe, um die Welt zu verändern“, war Nelson Mandela überzeugt. Damit dieses Instrument tatsächlich Durchschlagkraft gewinnen kann, ist der freie Zugang zu Wissen essenziell. Im Prinzip hat das Internet die Voraussetzungen deutlich verbessert, Wissen zur Allmende der gesamten Menschheit zu machen und damit zu demokratisieren.



Ein Netz der Möglichkeiten

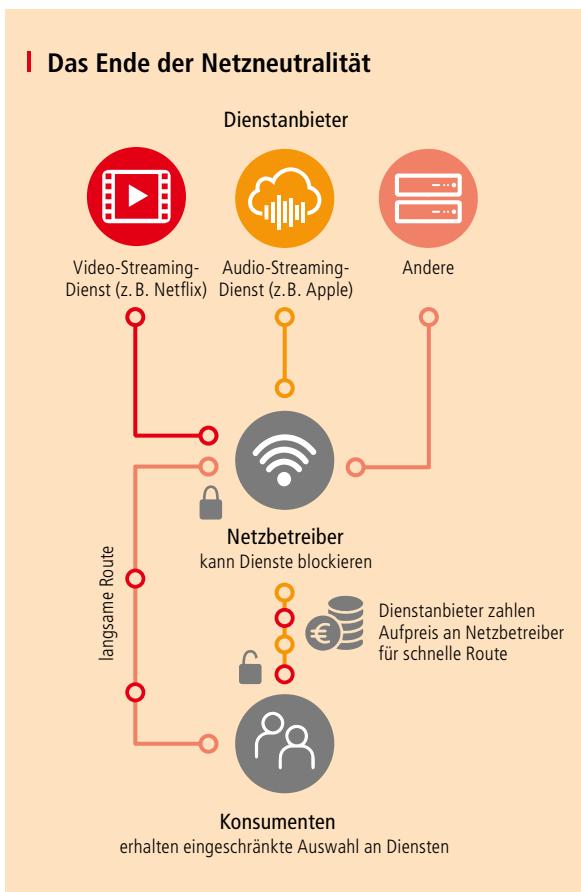
Das World Wide Web ist als dezentrales, offenes Netz konstruiert. Jede und jeder hat hier gleiche Rechte, kann sowohl lesen als auch selbst Botschaften senden. Der Schriftwechsel eines Großkonzerns sollte nicht schneller transportiert werden als die Reflexionen eines Jugendlichen über das Ende des Kapitalismus. Wer Zugang zu einem Computer mit Internetanschluss hat, sollte so gut wie kostenlos Informationen empfangen und verschicken können. Diese sogenannte *Netzneutralität* ist allerdings neuerdings auf den Druck großer Konzerne hin schon wieder bedroht. Die USA haben sie im Dezember 2017 abgeschafft, künftig sollen dort nicht mehr alle Daten gleich behandelt werden müssen (siehe Kasten).

Angriff auf das freie Netz für alle

Die Idee des Internets war es, alle Daten gleich zu behandeln und einen diskriminierungsfreien Zugang zu Daten- netzen zu bieten. Das heißt, kein Kabelbetreiber sollte seine eigenen Inhalte gegenüber denen der Konkurrenz bevorzugen können und kein Mobilfunkanbieter seine Kund_innen daran hindern, Telefonate übers Internet zu führen. Mit diesem Grundsatz hatten kleine Unternehmen mit innovativen Produkten die gleichen Chancen wie große Konzerne, Informationen konnten problemlos geteilt werden – auch wenn es immer wieder Versuche gab, dieses sogenannte Netzneutralitäts-Gebot zu unterlaufen.

Nun allerdings müssen sich Internetnutzer_innen in den USA darauf einstellen, dass dieser gleiche Zugang für alle nicht mehr gilt. Dass sie bestimmte Webseiten, welche künstlich verlangsamt wurden, nur gegen Bezahlung oder im schlimmsten Fall gar nicht mehr ansteuern können. Zugleich müssen Inhalteanbieter damit rechnen, ihr Publikum nur noch zu erreichen, wenn sie Mautgebühren an die Netzbetreiber überweisen. Damit wären finanzielle Konzerne im Vorteil gegenüber solidarisch wirtschaftenden kleineren Firmen, Verbänden und Initiativen.

Denn im Dezember 2017 hat die US-Telekommunikationsaufsicht FCC die Gleichbehandlungsregel aufgegeben. Ab Ende Februar sollte die *Netzneutralität* abgeschafft und der Startschuss dafür gegeben sein, das Internet durch und durch zu kommerzialisieren. Kritiker_innen rechnen damit, dass Telekommunikations-Konzerne überall auf der Welt bald Druck machen werden, dem Beispiel der USA zu folgen.



Die Digitalisierung macht es aber auch sehr einfach, Wissen zu teilen. Wer etwas abgibt, hat dadurch nicht weniger als vorher – im Gegenteil: Teilen eröffnet die Chance, dass andere den Faden aufnehmen und ihrerseits etwas beitragen, was dann auch den ursprünglichen Sender inhaltlich bereichert. Soweit die gute Nachricht.

Und jetzt die schlechte: Google, Apple und Facebook nutzen das Internet, um einen Großteil der menschlichen Kommunikation zu kommerzialisieren, indem sie Unmengen von Daten sammeln, verknüpfen und verkaufen. Wie ihre Dienste konstruiert sind, ist geheim, die Algorithmen ihrer Dienste kennen nur sie. Damit bekommt nicht nur die kapitalistische Profitorientierung Treibstoff für eine neue Innovationsschleife, Geheimdienste erhalten auch ein Überwachungsinstrument nie gekannten Ausmaßes. Die neuen Techniken ermöglichen also gleichermaßen Demokratisierung von Wissen und totalitäre Strukturen. Einerseits profitieren arme Bäuer_innen in der Demokratischen

Republik Kongo von einer App über gute Aussaat- und Erntezeitpunkte, die der *Open-Data*-Aktivist Narcisse Mbunzama Lokwa entwickelt hat. Und zugleich bekommen Wohlstandsbürger_innen personenspezifische Werbung, damit sich das kapitalistische Absatzkarussell noch schneller drehen kann.

Zwischen Demokratisierung und Kommerz

Seit jeher basiert wissenschaftlicher Fortschritt darauf, dass Forschungsergebnisse öffentlich gemacht werden. Bis vor kurzem funktionierte das über Bücher und Fachzeitschriften, die von öffentlichen Bibliotheken gekauft wurden. Dabei war die Ausstattung in Harvard selbstverständlich wesentlich besser als in Gaborone.

Im Prinzip könnte die Digitalisierung weltweiten Zugang für alle zur neuesten Literatur schaffen: Technisch spricht nichts dagegen, dass tausend Leute gleichzeitig das selbe Dokument studieren; auch entstünden dadurch keine höheren Kosten. Doch für die großen Zeitschriftenverlage Elsevier und Springer handelt es sich um Ware, die durch die Neuerungen sogar noch lukrativer geworden ist: Während die gedruckten Werke früher ins Eigentum der Bibliothek übergingen, kassieren die Verlage jetzt jedes Jahr für den Zugang. Ein einzelner Aufsatz kostet oft 30 bis 50 US-Dollar; Elsevier erwirtschaftete im vergangenen Jahr eine Rendite von über 40 Prozent.

Forschende in ärmeren Ländern sind vom Zugang zur neuesten Literatur abhängig. In manchen Fällen werden sie von Fachkolleg_innen aus dem Norden Huckepack genommen, Irland finanziert den Zugang einiger Universitätsbibliotheken in Malawi, Mosambik, Tansania und Uganda. Doch an den Strukturen ändert das nichts. Deshalb formierte sich zu Beginn des Jahrtausends die *Open Access*-Bewegung, um eine entgeltfreie Nutzung wissenschaftlicher Literatur zu ermöglichen. Das größte Projekt auf diesem Feld ist der von US-Forschern initiierte Digitalverlag PLOS.

*Forschende in ärmeren Ländern sind vom Zugang zur neuesten Literatur abhängig. Deshalb formierte sich die *Open Access*-Bewegung, um eine entgeltfreie Nutzung wissenschaftlicher Literatur zu ermöglichen.*

Zwar sehen sich die traditionellen Publikationskonzerne inzwischen vielfach gezwungen, offenen Zugang zu gewähren oder





Durch die Digitalisierung ist Forschungsliteratur weltweit zugänglich – wenn die jährlichen Zugangsgebühren bezahlt werden

eine offene Zweitveröffentlichung nach einer Karenzzeit zu erlauben – doch dafür verlangen sie jetzt hohe Gebühren von den Autoren oder deren Instituten. Das verbaut Forschenden aus armen Ländern wiederum die Möglichkeit, hier zu publizieren. Um gegenzusteuern haben viele lateinamerikanische Länder mit der Plattform Scielo verlagsunabhängige Strukturen aufgebaut. Der bereits 1997 von zwei ägyptischen Wissenschaftlern gegründete Verlag Hindawi Publishing Corporation veröffentlicht ebenfalls viele Open-Access-Fachzeitschriften. Zusammengerechnet immerhin 10.000 Titel verzeichnet der internationale Katalog Public Knowledge Project inzwischen. Dem stehen allerdings noch immer 25.000 kommerziell vertriebene Fachzeitschriften gegenüber. „Ein gerechter Nord-Süd-Ausgleich war ein sehr wichtiges Argument am Beginn der Open-Access-Bewegung, das aber mittlerweile immer stärker aus dem Blick gerät“, bedauert Christina Riesenweber von der FU Berlin.

Wer bestimmt über die Inhalte?

Doch es geht nicht nur um die Verbreitung, sondern auch um die Inhalte von Wissen. Was ist wichtig, um die Zukunft zu gestalten – und wer bestimmt darüber? Das auf Noten fokussierte Bildungswesen zielt darauf ab, Menschen fit zu machen für die etablierten Strukturen. Auch Apps und Nachrichtenzuteilung über geheime Algorithmen leisten der Normierung des Den-

kens und der Verengung der Wahrnehmung auf Vorgegebenes Vorschub. Es gibt jedoch auch völlig andere Ansätze.

Selbstbestimmtes Lernen

Die indische Swaraj-Bewegung will der ökologischen und spirituellen Krise durch „radikale Lerngemeinschaften“ entgegentreten. In „Entlernzentren“ kommen Menschen verschiedener Generationen und mit unterschiedlichen Fähigkeiten zusammen, um ihre jeweiligen Gaben zum Nutzen aller einzusetzen. An der Swaraj-Universität bei Udaipur sind Studierende Su-chende: Sie können ihr Bildungsprogramm selbst bestimmen und bekommen Unterstützung, damit sie ihre Visionen für eine dauerhaft tragfähige Lebensweise konkretisieren können.

Swaraj-Bewegung – in „Entlernzentren“ kommen Menschen verschiedener Generationen und mit unterschiedlichen Fähigkeiten zusammen, um ihre jeweiligen Gaben zum Nutzen aller einzusetzen.

Auch in Mexiko gibt es mit „Camino Abierto“ eine Bewegung für gemeinschaftliches, selbstbestimmtes, ins Leben der Beteiligten integriertes Lernen.



Auch in der ökologischen Landwirtschaft ist der Austausch von Wissen ein zentrales Instrument. Während an den Universitäten fast ausschließlich eine Agrarwirtschaft gelehrt wird, die auf große Mengen und kurzfristige Ertragssteigerungen durch den Einsatz von Düngern, Pestiziden und Hybridsaatgut setzt, entwickelten Kleinproduzent_innen alternative Netzwerke, um gemeinsam traditionelle Praktiken zu erlernen und weiterzuentwickeln. In der indischen Initiative Navdanya haben sich Bäuerinnen aus 17 indischen Staaten zusammengeschlossen. Sie betreiben dezentrale Saatgutbanken, um die biologische und regionale Vielfalt von Nutzpflanzen zu erhalten und allen zugänglich zu machen. Damit wehren sie sich ganz praktisch dagegen, dass sich heute 80 Prozent der weltweit gehandelten Gemüsesorten nicht mehr natürlich fortpflanzen können und Konzerne immer mehr Pflanzensorten patentieren.



Initiative Navdanya – indische Bäuer_innen setzen sich für den Erhalt der biologischen und regionalen Vielfalt von Nutzpflanzen ein

Denn mit dieser Entwicklung einher geht ein weltweiter, masiver Konzentrationsprozess in der Landwirtschaft. Dabei belegt der von 400 internationalen Wissenschaftler_innen verfasste Weltagrarbericht, dass dieser Trend ökologisch, sozial und letztlich auch ökonomisch fatal ist. Nur eine vielfältige, kleinteilige und regional angepasste Landwirtschaft ist in der Lage, die wachsende Weltbevölkerung mit gesunden und ausreichenden Mengen an Lebensmitteln zu versorgen. Nachdem sich die Chemie- und Landwirtschaftskonzerne in der Anfangsphase an der Erarbeitung des Weltagrarberichts beteiligt hatten, stiegen sie aus dem Prozess aus, als sie erkannten, dass sie sich auf diesem Feld nicht durchsetzen konnten. Dagegen ist ihr Einfluss auf der politischen Ebene ungebrochen: Die EU-Agrarpolitik fördert ebenso wie internationale Handelsverträge vor allem Großstrukturen.

Produktionspläne teilen statt durch Patente schützen

Die Demokratisierung von Wissen bedeutet aber auch, über die Dinge des Alltags mitbestimmen zu können und zu durch-

schauen, wie etwas hergestellt wird. Anhänger der *Open-Source-Hardware-Bewegung* veröffentlichen deshalb ihre Bauanleitungen im Internet; jeder und jede darf sie studieren, umsetzen und den eigenen Bedürfnisse entsprechend weiterentwickeln. Auf den Plattformen finden sich Konstruktionspläne für Lastenräder, Traktoren, Lampen, Häuser und Solaranlagen, aber auch Dateien zur Produktion von Plastiknippes und -kitsch mit Hilfe von 3-D-Druckern.

Der Peruaner Mauricio Cordova hat einen Schraubverschluss für Trinkwasserflaschen entwickelt, der mit Aktivkohle gefüllt ist und dadurch so gut wie alle Krankheitserreger und schädlichen Chemikalien herausfiltern kann – als Kind hatte er eine Choleraepidemie mit 12.000 Todesopfern erlebt. Cordovas *Open-Source*-Projekt wird unterstützt von Designer_innen und Forscher_innen unterschiedlicher Fachrichtungen. Ziel ist es, die Kosten für die Herstellung des Filters mit Hilfe eines 3-D-Druckers auf einen US-Dollar zu begrenzen und die Nutzenden in die Lage zu versetzen, die Aktivkohle selbst herzustellen und regelmäßig auszutauschen.

Der Grundansatz von Open Hardware besteht darin, das zu produzieren, was die jeweiligen Menschen brauchen oder wünschen. Eine Crowdfunding-Kampagne ermöglichte die Entwicklung von Rollstühlen, die auch in ländlichen Regionen des globalen Südens herstell- und einsetzbar sind. Mehrere Leute weltweit tüfteln an Prothesen, die sich mit Hilfe von 3-D-



Mehr als Schwarmintelligenz – Open Source Hardware teilt Bauanleitungen, Konstruktionspläne und 3-D-Druckvorlagen für Alltägliches und Innovatives

Drucken und leicht zugänglichen Komponenten bauen lassen. Der Niederländer Dave Hakkens hat drei Maschinen entwickelt, mit denen sich Plastikmüll recyceln und sinnvolle Gegenstände



herstellen lassen – und damit ein Netzwerk geschaffen, an dem Menschen von Nigeria über Sri Lanka bis nach Venezuela beteiligt sind. Mancherorts ist der kleine Gerätelpark schon Grundlage für ein bescheidenes Einkommen. Dagegen läuft die Produktion im herrschenden Wirtschaftssystem nach komplett anderen Kriterien: Immer größere Fabriken spucken immer mehr Waren aus und überschwemmen damit den Weltmarkt. Damit der Absatz ständig weiter steigt, müssen die Gegenstände möglichst kurzlebig und irreparabel sein.

Ihren Ausgang nahm die Open-Hardware-Bewegung 2002 in den USA am Massachusetts Institute of Technology (MIT), wo der Professor Neil Gershenfeld das erste FabLab aufbaute – eine offene High-Tech-Werkstatt mit 3-D-Drucker und Laser-cuttern, die auch Bürger_innen nutzen können. Bald entstanden weltweit einige Dutzend FabLabs, in ärmeren Ländern mit Unterstützung des MIT. Im afghanischen Jalalabad nutzten ein paar Enthusiast_innen die Möglichkeit, um ein WLAN-Netz für die umliegenden Stadtviertel zu errichten. Das eröffnete auch einem Krankenhaus mit akutem Ärztemangel den Zugang zu Fachkolleg_innen durch Telemedizin. Doch das Projekt scheiterte nach ein paar Jahren, weil es nicht selbst tragfähig geworden war und keine solide Finanzierungsgrundlage hatte.

Dagegen versucht Sénamé Koffi Agbodjinou aus Togo, den Open-Hardware-Ansatz mit einfachen Techniken sowie Traditionen aus seinem eigenen Land zu verbinden. In der von ihm gegründeten Gemeinschaftswerkstatt steht nicht die Herstellung von Produkten im Zentrum, sondern die Kooperation von vielfältigen Menschen aus der Nachbarschaft, die gemeinsam Lösungen für ihre Community entwickeln. Dabei knüpft der studierte Architekt und Anthropologe an dörfliche Riten seiner Heimat an, bei denen die junge Generation eine Weile lang isoliert zusammenlebt, dabei ihre jeweiligen Fähigkeiten und Fertigkeiten entdeckt und anschließend als Gemeinschaft bereit ist, die Verantwortung für die weitere Entwicklung des Dorfes mitzutragen.

Bei diesem Ansatz steht nicht die Herstellung von Produkten im Zentrum, sondern die Kooperation von Menschen aus der Nachbarschaft, die gemeinsam Lösungen für ihre Community entwickeln..

In diesem Sinne zielt Agbodjinous Ansatz darauf ab, dass Menschen auch in Städten gemeinsam lokale Lösungen entwickeln zum Beispiel für die Gesundheitsversorgung oder zum Recycling.

Entstanden ist *Open Source* im Softwarebereich. Damit reagierten Nerds auf Microsofts Monopoltendenzen bei PCs. Die Qualität des freien Betriebssystems Linux ist unbestritten: Hunderte kluger Köpfe aus aller Welt haben ständig Verbesserungen beigetragen. Doch die nächste Konzerngeneration hat schon wieder einen Weg gefunden, diese gemeinwohlorientierte Entwicklung zu vereinnahmen. Das auf Linux basierende Betriebssystem Android läuft auf 87 Prozent aller Smartphones und hat Google bis 2016 bereits 31 Milliarden Dollar beschert. Die Demokratisierung von Wissen, Bildung und den dazugehörigen Strukturen ist immer bedroht – und muss immer aufs Neue erkämpft werden.

Das Prinzip der Open Source

Open Source ist eine weltweite soziale Bewegung, die zunächst die Software, dann Wissen und Kultur und inzwischen auch Hardware der Kommerzialisierung entzieht. Es begann damit, dass eine kleine Gruppe von Programmierer_innen vor etwa 25 Jahren erstmals Quellcodes von Software offenlegten und damit die Regeln von Urheberrecht und Wirtschaft brachen. Denn so boten sie jedermann die Möglichkeit, die Grundlage der jeweiligen Programme kostenlos zu untersuchen, zu nutzen, zu kopieren, zu verändern und auch weiterzuentwickeln – wie etwa beim Betriebssystem Linux. Das gleiche Prinzip etwa für Wikipedia, oder den Bitcoin. Inzwischen gibt es aber auch offengelegte Baupläne für alles mögliche – vom Möbel über Solarmodule und Windturbinen bis zum Roboter. Es gibt sogar verschiedene Datenbanken, die *Open Source*-Projekte sammeln – eine offene Datenbank führt etwa das deutsch-französische Projekt Open!

→ https://opensourcedesign.cc/observatory/products#open_source_hardware_directory

Über Annette Jensen

Annette Jensen ist Journalistin und Autorin. 1992 gründete sie in der Tageszeitung taz das Ressort „Wirtschaft und Umwelt“. Seit 1998 ist sie freie Publizistin und veröffentlichte unter anderem „Wir steigern das Bruttosozialglück. Von Menschen, die anders wirtschaften und besser leben“, Freiburg 2011, und „Glücksökonomie. Wer teilt, hat mehr vom Leben“, (mit Ute Scheub), München 2014.



Zum Weiterlesen

Acosta

A. Acosta / U. Brand (2018): Radikale Alternativen. Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann, München

Brand/Wissen

Biesecker, Adelheid / Wichterich, Christa / Winterfeld, von Uta (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Kommissionsdrucksache 17(26)23 der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität des Deutschen Bundestags.

Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.

Brand, Ulrich / Niedermoser, Kathrin (Hrsg., 2017): Gewerkschaften in der Gestaltung einer sozial-ökologischen Gesellschaft, Wien, ÖGB Verlag.

Brand, Ulrich (2016): Neo-Extraktivismus. Aufstieg und Krise eines Entwicklungsmodells. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 39/2016, 21–26.

Haug, Frigga (2011): Die Vier-in-Einem-Perspektive. Eine Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg: Argument.

I.L.A. Kollektiv. 2017. Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert. München: oekom.

Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungs gesellschaft und ihr Preis. Berlin: Hanser.

Röttger, Bernd / Wissen, Markus (2017): Ökologische Klassenpolitik. In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, August 2017, <http://www zeitschrift-luxemburg de/oekologische-klassenpolitik>.

Wichterich, Christa (2016): Feministische internationale politische Ökonomie und Sorgeextrativismus. In: Ulrich Brand, Helen Schwenken, Joscha Wullweber (Hrsg.): Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern. Das Projekt Kritische Wissenschaft, Hamburg: VSA, 54–71.

Wissen, Markus / Brand, Ulrich (2017): (Re)producing inequality: production and consumption under the imperial mode of living. In: Global Labour Column, No. 281, July 2017, <http://column.global-labour-university.org/2017/07/reproducing-inequality-production-and.html#more>.

Cueva

DECOIN (2016). Geschichte des Widerstands. CODELCO RAUS AUS DEM INTAG. Siehe: <http://codelcoecuador.com/resistance>.

Bravo E. (Ed.). (2015). Íntag, eine Gesellschaft, die sich von der Gewalt nicht aushöhlen lässt. Psychosozialer Bericht über die Auswirkungen des von Bergbaugesellschaften und Staat durchgeführten Projekts Llurimagua auf die Íntag-Region. Quito, Ecuador. Acción Ecológica, Movimiento para la salud de los pueblos (Ökologische Aktion, Bewegung für die Gesundheit der Völker).

Harvey, „Der ‚neue‘ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung“.

Acosta, A. (2008). La maldición de la abundancia (Der Fluch des Ressourcenreichtums). Quito, Ecuador. Abya Yala.

Gartenberg

Raveendran G., 2013: Contribution of Women to the National Economy. Wiego. Verfügbar unter <http://www.wiego.org/sites/default/files/publications/files/Raveendran-contribution-of-women-to-india-economy>.

Höschele

Northwest Indian Fisheries Commission, Treaties. <https://nwifc.org/member-tribes/treaties>.

Commons-Blog von Silke Helfrich. <https://commons.blog>.

Wikipedia-Artikel über Commons (vorwiegend von Mitgliedern des Commons-Instituts geschrieben): <https://de.wikipedia.org/wiki/Commons>.

Global Platform of Local and Indigenous Lands. <http://www.landmarkmap.org>.

Reuter

Afheldt, H. (1994): Wohlstand für Niemand? Die Marktwirtschaft entlässt ihre Kinder, Frankfurt am Main / Wien.

Bandholz, H., Flaig, G., Mayr, J. (2005): Wachstum und Konjunktur in OECD-Ländern. Eine langfristige Perspektive, in: ifo Schnelldienst Nr. 4, S. 28–36.

Bosch, G., Wagner, A. (2003): „Beschäftigungshoffnung Dienstleistungen“ braucht politische Begleitung, in: IAT-Report, Nr. 4.

Deutscher Bundestag (2013): Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Schlussbericht, Berlin.

DGB Bundesvorstand (2017): Gerecht besteuern, in die Zukunft investieren. Steuerpolitische Eckpunkte des DGB zur Bundestagswahl, Berlin.

Horn, G.A./Lindner, F./Stephan, S./Zwiener, R.: Zur Rolle der Nominalhöhe für die Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse. Eine ökonometrische Analyse für Deutschland. IMK Report, Nr. 125, April 2017.

Maier, T. u.a. (2014): Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich trotz erhöhter Zuwanderung, BIBB-Report, Nr. 23.

Meyer, B. (2010): Ressourceneffiziente Wirtschaftsentwicklung unter dem Primat ökologischer Ziele, in: Seidl, I. / Zahrt, A. (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg, S. 167–177.

Reuter, N. (2007): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema neu übersetzt von John Maynard Keynes u. Wassily W. Leontief, 2. Aufl., Marburg.

Reuter, N. (2016): Der Ausbau von Dienstleistungen als Grundlage einer Postwachstumsökonomie, in: AK Postwachstum (Hg.): Wachstum Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise, Frankfurt a.M. 2016, S. 115–134.

Statistisches Bundesamt (2014): Umweltnutzung und Wirtschaft. Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen, Wiesbaden.

Ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Hg.) (2009): Konzept Steuer-gerechtigkeit, Berlin.

Zinn, K.G. (1998): Jenseits der Markt-Mythen. Wirtschaftskrisen, Ursachen und Auswege, Hamburg.

Urban

H. Meine / M. Schumann / H.-J. Urban (2011): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! Hamburg.

H.-J. Urban (2018): Ökologie der Arbeit. Ein weites Feld gewerkschaftlicher Politik?, in: L. Schröder / H.-J. Urban (Hrsg.): Ökologie der Arbeit. Jahrbuch Gute Arbeit. Ausgabe 2018. Köln, S. 329–349.



IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortliche: Sonja Gündüz
Redaktion: Sonja Gündüz und Beate Willms
Gestaltung: au gratin graphics
Druck: graphik und druck, Köln

DGB Bildungswerk BUND
Nord-Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Für den Inhalt ist allein das DGB-Bildungswerk BUND verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche und Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.